

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

Antragsspiegel

Nr.	Betreff	Antragssteller
-----	---------	----------------

A Kommunalpolitik

A 1	Leitantrag: Leitlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik	Landesvorstand
A 1	Änderungantrag zum A 1	Antragskommission
A 2	Gemeindeordnung § 107	UB Kreis Soest

B Bildung, Ausbildung und Qualifizierung

B 1	Abschaffung von Bildungsbeiträgen	KV Herford
B 2	Kinderarmut bekämpfen – Kinderarmut verhindern	OV Moers (Krs. Wesel)
B 3	Rechtsanspruch auf eine berufliche Ausbildung	OV Moers (Krs. Wesel)
B 4	Selbstständigkeit für alle Schulen in NRW	UB Unna, UB Hamm
B 5	Sprachunterricht für Sekundarschüler mit Defiziten in deutscher Sprache	STV Lippstadt

C Arbeit und Soziales

C 1	Echter Mindestlohn statt verstecktem Kombi-Lohn	UB Unna, UB Hamm
C 2	Geeignete Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit	KV Herford
C 3	Jugendliche mit besonderem Förderungsbedarf	KV Herford
C 4	Dezentrale Ausschreibung von Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur	KV Herford
C 5	„Zukunft der ARGEn – ARGEn der Zukunft“	UB Dortmund
C 6	Nachfolgestrukturen der ARGEn	Region Niederrhein
C 7	Zukünftige Wahrnehmung der Aufgaben des SGB II	UB Leverkusen
C 8	Bessere Arbeit – Neue Impulse	UB Kreis Mettmann
C 9	Pflege – Arbeitsmarkt- und Qualifizierungschancen nutzen	UB Kreis Mettmann
C 10	Keine Anrechnung des Kindergeldes auf ALG II-Leistungen	STV Lippstadt
C 11	„Gleiche Arbeit – gleicher Lohn“ in NRW	AfA Landeskonferenz
C 12	Demografische Herausforderungen meistern – Beschäftigungsfähigkeit stärken	AfA Landeskonferenz
C 13	Pflegestützpunkte – ein Ort für umfassende Beratung überall und für alle die Hilfe brauchen.	UB Dortmund

D Energie und Umwelt

D 1	Steinkohle hat Zukunft	UB Unna, UB Hamm
D 2	Vorrang für dezentrale Biomasseprojekte	KV Herford
D 3	CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramm verstetigen	UB Hamm
D 4	Abfall vermeiden, Verletzungen verhindern, Leistungsanreize schaffen, Müllgebühren senken, Sauberkeit erhöhen, Fahrradverkehr fördern	UB Köln

E Außenpolitik

E 1	Völkermord in Darfur: Deutschland muss endlich handeln	UB Köln
-----	--	---------

F Weitere Themen

F 1	Vertrauen in Politiker stärken – Transparenz schaffen – Korruption verhindern	KV Herford
F 2	Bürokratieabbaugesetz II	UB Kreis Soest
F 3	Landespersonalvertretungsgesetz	UB Kreis Soest
F 4	Beamtentum	UB Rhein-Erft-Kreis
F 5	Der gesellschaftspolitische Stellenwert des Sports für die NRWSPD	Landesvorstand
F 5	Der gesellschaftspolitische Stellenwert des Sports für die NRWSPD – Fassung Antragskommission	
F 6	Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand – Privatisierungen stoppen (StoPPP)	AfA Landeskonferenz
F 7	Unternehmensverlagerungen verteuern – weitere NOKIA's verhindern!	AfA Landeskonferenz

S Satzungsändernde Anträge

S 1	Änderungen der Landessatzung	Landesvorstand
-----	------------------------------	----------------

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: A 1**
2 **Antragsteller: Landesvorstand**
3 **Betreff: Leitlinien sozialdemokratischer Kommunalpolitik**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 *„Die solidarische Bürgergesellschaft hat ihren Ort vor allem in den*
7 *Kommunen.*

8 *Sie sind es, die für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind und den*
9 *Alltag der Menschen prägen. In den Kommunen entscheidet sich, ob*
10 *alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen, ob Menschen unter-*
11 *schiedlicher Kulturen miteinander oder nebeneinanderher leben, ob*
12 *Jugendliche ihre Freizeit sinnvoll gestalten, ob ältere Menschen inte-*
13 *griert bleiben, ob sich die Menschen im öffentlichen Raum sicher*
14 *fühlen.*

15 *Das gilt für die ländlichen Regionen und die großen Städte*
16 *gleichermaßen.*

17 *Es ist die überschaubare kommunale und regionale Lebenswelt mit*
18 *ihrer einzigartigen Geschichte und Kultur, die Heimat, Gemeinschaft*
19 *und Sicherheit im Wandel bietet.*

20 *Darum stärken wir die kommunale Selbstverwaltung, verbessern ihre*
21 *Qualität und vergrößern ihre Organisationsfreiheiten. Wir erweitern*
22 *den finanziellen Handlungsspielraum der Kommunen, und wir über-*
23 *tragen ihnen keine Aufgaben ohne die dafür erforderlichen Mittel.“*

24 **Grundsatzprogramm der SPD vom 28. 10. 2007 (Hamburger**
25 **Programm“ , Auszug).**

26

27 **Vor der Kommunalwahl 2009**

28 Die Bedingungen für die Kommunalwahlen im Jahr 2009 haben sich
29 durch die Änderungen des Kommunalwahlrechts der schwarz-gelben
30 Landesregierung gravierend verändert.

31 Letztmalig finden die Ratswahlen und die Wahlen der Oberbürger-
32 meister, Bürgermeister und Landräte gemeinsam statt. Durch den
33 Wegfall der Stichwahlen wird die demokratische Legitimation der
34 Hauptverwaltungsbeamten in vielen Fällen geschwächt.

35 Erstmals seit vielen Jahren bestreitet die SPD einen Kommunalwahl-
36 kampf als Oppositionspartei auf Landesebene.

37 Nordrhein-Westfalen galt jahrzehntelang als besonders kommunal-
38 freundliches Bundesland.

39 Seit der Zeit der CDU/FDP geführten Landesregierung hat sich das
40 Verhältnis zwischen Land und Kommunen grundlegend verschlech-
41 tert.

42 Zahlreiche Leistungskürzungen gegenüber den Kommunen, die Ver-
43 lagerung von zusätzlichen Aufgaben auf die Kommunen ohne ange-
44 messenen finanziellen Ausgleich, Benachteiligungen durch Verände-
45 rungen im kommunalen Finanzausgleich und die Änderungen des
46 Kommunalverfassungsrechtes belasten die Kommunalpolitik.

Empfehlungen der AK:

**Annahme in geänderter
Fassung**

**Ersetzen Zeilen 27 – Seite 2,
Zeile 15
Durch Ä 1 zum A 1**

1 Die Folgen haben die Bürgerinnen und Bürger zu tragen.
2 Die Herausforderungen an die Kommunalpolitik sind auch in der
3 Zukunft groß: Angefangen von den Auswirkungen der Globalisierung
4 auf der kommunalen Ebene über den demografischen Wandel der
5 Bevölkerungsstruktur bis zu den ökologischen Herausforderungen
6 infolge heraufziehender Energiekrisen und des Klimawandels stellen
7 viele Entwicklungen die Kommunen vor neue Aufgaben. Überdies
8 wird die kommunale Selbstverwaltung durch zahlreiche überörtliche
9 Entscheidungen beeinflusst. Darauf reagieren wir nicht pessimistisch,
10 sondern mit dem politischen Willen zur Gestaltung – insbesondere
11 auf der kommunalen Ebene.

12 Wir Sozialdemokraten wollen gute Lebensbedingungen für die
13 Menschen in unseren Städten und Gemeinden schaffen. Wir wollen
14 den Menschen eine hohe Lebensqualität in unseren Kommunen
15 bieten.

16

17 **I. Unser Grundverständnis**

18 **1. Kommunalpolitik ist Gesellschaftspolitik**

19 Die SPD ist die Kommunalpartei in Nordrhein-Westfalen.

20 Unsere Kommunalpolitik ist an unseren Grundwerten Freiheit,
21 Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Deshalb sind soziale Gerech-
22 tigkeit, Chancengleichheit, Integration, Toleranz und Demokratie un-
23 verzichtbare Bestandteile sozialdemokratischer Politik vor Ort.

24 Sie respektiert die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppen und leistet
25 ihren Beitrag zum Gelingen einer menschenfreundlichen Kommune.
26 Wir betrachten das Subsidiaritätsprinzip als ein zentrales Kriterium
27 kommunaler Sozialpolitik.

28 Die NRW-SPD steht für demokratische, soziale, integrative und damit
29 zukunftsorientierte Kommunalpolitik in Städten, Landkreisen und Ge-
30 meinden. Nachhaltige Kommunalpolitik orientiert sich am Gleichklang
31 von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Dadurch schaffen wir die
32 Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität der Menschen in
33 unseren Kommunen.

34 Für die SPD ist die Kommunalpolitik Teil der Gesellschaftspolitik und
35 muss deshalb einer Gesamtkonzeption folgen, die mit den Hand-
36 lungsebenen der Europa-, Bundes- und Landespolitik abgestimmt ist.

37 Für die SPD steht die Kommunalpolitik gleichberechtigt neben den
38 anderen politischen Ebenen. In diesem umfassenden Verständnis
39 von Kommunalpolitik unterscheiden wir uns von den Konservativen.

40

41 **2. Kommunalpolitik: lebendige Demokratie**

42 Die Kommunen sind die Erfahrungsebene der Bürgerinnen und
43 Bürger, auf der die Auswirkungen vieler gesellschaftlicher, wirtschaft-
44 licher und politischer Entwicklungen konkret und fassbar werden.

45 In immer komplexeren Zusammenhängen von Globalisierung und
46 einem zusammenwachsenden Europa ist es vor allem die kommunale
47 und regionale Lebenswelt mit ihrer einzigartigen Geschichte und
48 Kultur, die Heimat, Gemeinschaft, Überschaubarkeit und Sicherheit
49 im Wandel bietet.

Einfügen nach Zeile 36:
Der Einfluss der Europäischen Union auf die kommunale Ebene weitet sich seit Jahren aus. Nahezu 50 % der Gesetzgebung in Deutschland wird durch Vorgaben der EU veranlasst. Der weitreichende Einfluss der Europapolitik stellt eine permanente Herausforderung für die kommunale Alltagsarbeit dar. Wir wollen, dass Europa von der kommunalen Ebene, von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort selbst gebaut und getragen wird. Europapolitik muss stärker auf der kommunalen Ebene verankert werden. Die Verfassungsdebatte hat die Verankerung der kommunalen Selbstverwaltung erreicht. Daran gilt es anzuknüpfen und in der Nachfolge der großen europäischen Projekte der letzten Jahre Transparenz und Bürgernähe europäischer Politik auf der lokalen Ebene zu erweitern. Es gilt jetzt, neue Wege zu finden um die Bedeutung der europäischen Ebene für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sichtbar zu machen.

1 Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist gelebte Demokratie. Demo-
2 kratie lebt von der Mitwirkung und der Beteiligung aller Einwohner. Ihr
3 Engagement ist notwendig und erwünscht.

4 Sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und –politiker setzen
5 sich dafür ein, dass das repräsentative System wieder in den
6 Mittelpunkt der kommunalpolitischen Prozesse und in das tägliche
7 Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger tritt.

8 Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte bei der Novellierung der
9 Gemeindeordnung nicht die Kraft, eine wirksame Sperrklausel für den
10 Einzug in den Stadt- bzw. Gemeinderat und Kreistag einzuführen. Wir
11 wollen arbeitsfähige Räte und Kreistage, wir wollen keine Extremisten
12 in den kommunalen Vertretungen.

13 Wir fordern weiterhin die Einführung einer wirksamen Sperrklausel
14 und werden diese nach der nächsten Landtagswahl einführen.

15 Kommunale Selbstverwaltung ist eine Gemeinschaftsaufgabe von
16 Rat (Kreistag), Verwaltung und Bürgerschaft. Die Verantwortung für
17 das Gemeinwohl bleibt eine zentrale Aufgabe von Politik und Verwal-
18 tung.

19 Wir unterstützen Formen direkter Bürgerbeteiligung durch Bürgerbe-
20 gehren und Bürgerentscheide. Sie sind eine wichtige Ergänzung der
21 repräsentativen Demokratie.

22 Deshalb begrüßen wir auch die Sperrwirkung zulässiger Bürgerbe-
23 gehren. Sie führt dazu, dass nicht noch vor der Durchführung eines
24 Bürgerentscheides vollendete Tatsachen in einer Angelegenheit
25 geschaffen werden, über die die Bürgerschaft entscheiden soll.

26 Lokale Demokratie erschöpft sich nicht in formalen Beteiligungsrech-
27 ten, sondern verlangt eine Kommunikationskultur der verschiedenen
28 Akteure. Sozialdemokratische Kommunalpolitik vermittelt zwischen
29 den verschiedenen einzelnen Interessen und Bevölkerungsgruppen
30 und führt die gesellschaftlichen Kräfte zusammen, um Zukunftsfragen
31 gemeinsam vor Ort zu lösen.

32 Sozialdemokratische Politik fußt auf der grundgesetzlich normierten
33 Gleichstellung von Mann und Frau. Sie ist in der Bundesrepublik noch
34 immer nicht hergestellt und auch deshalb weiterhin ein Aufgabenfeld
35 der Kommunalpolitik. Angefangen von der geringeren Erwerbsquote
36 über die Defizite bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der un-
37 gleichen Einkommensverteilung bis zu Fragen der Gewaltprävention
38 erfordert Kommunalpolitik immer auch noch den besonderen Blick
39 und Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung.

40 Bürgerschaftliches Engagement muss gefördert und zum Bestandteil
41 der Kommunalpolitik werden. Die Gesellschaft ist auf die Eigeninitia-
42 tive der Betroffenen genauso wie auf das vielfältige private Engage-
43 ment in der Bevölkerung angewiesen. Bürgerschaftliches Engage-
44 ment mit seinen unterschiedlichen Formen war und ist innovativer
45 Impuls und sozialpolitische Schubkraft für die soziale Arbeit, die
46 gesellschaftliche Entwicklung und damit auch für die freie Wohlfahrts-
47 pflege.

48 Bürgerschaftliches Engagement hat als Beitrag zur Hilfoptimierung
49 zugleich auch eine wirtschaftliche Bedeutung. Es ist jedoch kein
50 „Sparmodell“ als Ersatz für notwendige hauptamtliche bezahlte Ar-
51 beit. Bürgerschaftliches Engagement ersetzt nicht notwendige staat-
52 liche Rahmenbedingungen für Eigenhilfe und Selbsthilfe sowie Ange-

1 bote ergänzender oder ersetzender Hilfen durch hauptamtliche
2 Dienste.

3 Neben dem besonders wichtigen ehrenamtlichen Engagement in
4 Vereinen, Kirchen, Verbänden und Organisationen wächst die
5 Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement auch außerhalb
6 gebundener Organisationsformen.

7 Die Förderung von Netzwerken ehrenamtlicher Arbeit, ihre gesell-
8 schaftliche Anerkennung, die Gründung entsprechender Initiativen
9 („Ehrenamtsfonds“), Agenturen oder Hilfen für Bürgerstiftungen
10 machen wir uns zu eigen und werden uns für deren materielle
11 Unterstützung einsetzen.

12 Wir Sozialdemokraten treten dabei für die Interessen derjenigen, die
13 sich in der modernen Zivilgesellschaft nur unzureichend artikulieren
14 können, besonders ein. Diese Unterstützung kann durch Bürgerbüros
15 und einen guten Bürgerservice erfolgen. Die SPD sollte in den Kom-
16 munen auch als „Kümmerer“ der konkreten Anliegen der Bürgerinnen
17 und Bürger erfahrbar werden.

18 Die politische Kultur in einer Kommune ist Ausdruck der Zufrieden-
19 heit, Zustimmung und Auseinandersetzung mit der lokalen Demokra-
20 tie als Teil der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik
21 Deutschland. Die Parteien, aber auch andere gesellschaftliche Akteu-
22 re sind gefordert, die Menschen für die Demokratie zu gewinnen.

23 Bei dieser Aufgabe müssen auch die Schulen und Weiterbildungs-
24 träger eine aktive Rolle einnehmen. Kenntnisse und Wissen um die
25 Bedeutung der kommunalen Selbstverwaltung sowie kommunalpoliti-
26 scher Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse müssen verbes-
27 sert werden.

28 Wir sind davon überzeugt, dass auch auf der lokalen Ebene Parteien
29 als wesentliche Träger der politischen Willensbildung unverzichtbar
30 sind.

31 In den Kreistagen und Räten wollen wir alle Formen der Bürgermit-
32 wirkung an der Entscheidungsfindung nutzen. Dazu sollen auch das
33 Internet, Formen des e-government an der Schnittstelle von Bürgern
34 und Verwaltung und die Beteiligung an Entscheidungsprozessen
35 durch Information und Beratung (z. B. im Rahmen von Ratsinformati-
36 onssystemen) offensiv eingesetzt werden. Wir wollen den Dialog mit
37 den Bürgerinnen und Bürgern und das Gespräch zwischen den
38 Generationen.

39 Die SPD orientiert ihre Partei- und Fraktionsarbeit vor Ort an den sich
40 wandelnden Bedürfnissen der Bevölkerung. Sie wird sich und die
41 Institutionen des repräsentativen Systems auf kommunaler Ebene für
42 interessierte Bürgerinnen und Bürger öffnen. Dazu werden die Partei
43 und Fraktionen vor Ort in einen neuen Dialog mit der Bevölkerung
44 treten, ihr Handeln und Entscheiden offen legen und neue Formen
45 der Mitwirkung für interessierte und kompetente Bürgerinnen und
46 Bürger in der Kommunalpolitik weiter ausbauen.

47 Dazu gehört, dass das kommunale Ehrenamt für die Bevölkerung
48 wieder attraktiver wird. Wer sich für die ehrenamtliche Kommunalpoli-
49 tik engagiert muss die dafür notwendige berufliche Freistellung auch
50 bei flexibilisierten Arbeitszeiten erhalten.

51 Den ehrenamtlichen Ratsmitgliedern muss durch Informationen und
52 Weiterbildung eine bessere Aufgabenerfüllung ermöglicht werden.

1 Sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und –politiker setzen
2 sich dafür ein, ausländische Bevölkerungsgruppen, Aussiedler und
3 Eingebürgerte in die bestehenden repräsentativen Strukturen einzu-
4 binden und zu integrieren und ihnen damit die Möglichkeit zu bieten,
5 sich politisch zu betätigen.

6 Deshalb sprechen wir uns auch für die Einführung eines allgemeinen
7 Ausländerwahlrechtes auf der kommunalen Ebene aus. Heute för-
8 dern wir die Einrichtung und Arbeit von Integrationsräten in den Kom-
9 munen. Das Ergebnis ihrer Beratungen muss durch Rat und Verwal-
10 tung respektiert und in konkrete politische Entscheidungen umgesetzt
11 werden.

12 Wir werden bei der Aufstellung der Listen für die kommunalen Ver-
13 tretungen darauf achten, dass möglichst alle Bevölkerungsgruppen
14 der jeweiligen Kommune angemessen vertreten sind. Der Anspruch
15 der SPD als Volkspartei bemisst sich auch daran, dass mehr Jüngere
16 in den sozialdemokratischen Fraktionen mitarbeiten und ihre Zusam-
17 mensetzungen den Bevölkerungsstrukturen entsprechen.

18 Mit der Reform der Gemeindeordnung hat die schwarz-gelbe Lan-
19 desregierung der Anerkennung der Kommunalpolitik geschadet. Die
20 Trennung von Wahlzeiten der Hauptverwaltungsbeamten und der
21 Räte und Kreistage erschwert die Zuordnung kommunalpolitischer
22 Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger und schadet der Ver-
23 antwortungsgemeinschaft von Rat/Kreistag und Ober/ Bürgermeister/
24 Landrat. Das ehrenamtliche Ratsmandat (Kreistags-) wird ent-
25 wertet. Die Vermehrung von Wahlterminen schadet der kommunalen
26 Demokratie.

27 **Die SPD wird dafür sorgen, dass die Trennung der Wahlperioden**
28 **wieder aufgehoben wird.**

29

30 **Dafür steht die SPD in NRW**

31 ➤ Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken. Sie ist die
32 Basis für eine gelingende, gute Kommunalpolitik.

33 ➤ Gute Kommunalpolitik braucht Teilnahme und Teilhabe aller Ein-
34 wohner einer Gemeinde auf der Grundlage der repräsentativen
35 Demokratie. Wir wollen die Beteiligungsrechte stärken, mehr
36 Gelegenheiten zur Beteiligung schaffen, das Wissen über die
37 Kommunalpolitik verbreitern und eine gute Kommunikationskultur
38 fördern.

39 ➤ Kommunale Demokratie braucht Partei. Deshalb werben wir für
40 die Unterstützung und Mitwirkung in einer starken SPD in den
41 Kommunen.

42 ➤ Wir wollen auf der kommunalen Ebene die Zivilgesellschaft för-
43 dern und unterstützen. Wir ermutigen zu ehrenamtlichem Engage-
44 ment durch materielle Förderung und gesellschaftliche Aner-
45 kennung. Wir wissen um den großen Einsatz vieler ehrenamtlich
46 getragener Vereine und Verbänden und ihre soziale, kulturelle
47 und gesellschaftliche Arbeit, die wir auch weiter unterstützen.
48 „Ehrenamtsfonds“, lokale und regionale „Akademien zur Förde-
49 rung des Ehrenamtes“, Bürgerstiftungen, Netzwerke und Weiter-
50 bildungsangebote sollen Menschen zu ehrenamtlichem Engage-
51 ment ermuntern.

52 ➤ Wir setzen uns für ein kommunales Wahlrecht für Ausländer ein.
53 Heute fördern wir die Einrichtung und Arbeit von Integrationsräten

1 in den Kommunen und binden ihre Anregungen in den politischen
2 Meinungsbildungsprozess ein.

3 ➤ Wir werden die Gemeindeordnung (Kreisordnung) weiterentwi-
4 ckeln und auch dafür sorgen, dass die Trennung der Wahlperi-
5 oden von Hauptverwaltungsbeamten und Räten wieder aufge-
6 hoben wird.

7 ➤ Wir werden eine wirksame Sperrklausel einführen.

8
9

10 3. Bürgerfreundliche und effiziente Kommunalverwaltung

11 Sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und -politiker gehören
12 zu den Vorreitern moderner Verwaltung. Sie ist aber kein Selbst-
13 zweck.

14 Neue Steuerungselemente, die Einführung betriebswirtschaftlicher
15 Instrumente, die Nutzung moderner Kommunikationstechniken sollen
16 dazu dienen, dass die Kommunalverwaltung ihre Aufgaben bürgernah,
17 dienstleistungsorientiert, aufgabengerecht und kosteneffizient wahr-
18 nimmt und für Zukunftsaufgaben gut aufgestellt ist.

19 Die Modernisierung der Kommunalverwaltung ist eine ständige Auf-
20 gabe, weil sich die Verwaltung immer wieder neuen Aufgaben stellen
21 muss, bisherige Aufgaben in Frage gestellt werden und neue Metho-
22 den der Aufgabenerledigung entstehen.

23 Viele Aufgaben werden die Kommunen in der Zukunft besser gemein-
24 sam lösen können.

25 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat im Zuge ihrer so genannten
26 Verwaltungsstrukturreform die Absicht, den dreigliederigen Verwal-
27 tungsaufbau zwischen Land, Bezirksregierungen und Kommunen zu
28 zerschlagen und anstelle der fünf (staatlichen) Regierungspräsidien
29 und der beiden (kommunalen) Landschaftsverbände, drei Mischver-
30 waltungen auf der mittleren Ebene (sog. Regionalpräsidien) einzu-
31 richten.

32 Die SPD lehnt diese Zerschlagung der staatlichen Verwaltung und die
33 Auflösung der Landschaftsverbände ab.

34 Neben den grundsätzlichen staatsrechtlichen Bedenken, wird dieses
35 Modell dem einwohnerstärksten Bundesland nicht gerecht. Es geht
36 an den Notwendigkeiten einer leistungsfähigen staatlichen Verwal-
37 tung vorbei und verbaut unserem Land zukunftssichere Perspektiven.
38 Dieser Weg ist auch für die Kommunen nicht akzeptabel, weil er die
39 kommunale Selbstverwaltung nicht stärkt, sondern schwächt, Zu-
40 ständigkeiten und Verantwortung verwischt, für die Bürgerinnen und
41 Bürger sowie die Unternehmen kaum nachvollziehbar ist und keine
42 Akzeptanz in Nordrhein-Westfalen findet.

43 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat im Zuge ihrer Verwaltungs-
44 strukturreform den Kommunen und Kreisen neue Aufgaben gegeben,
45 ohne die dafür entstehenden Kosten zu erstatten. Wir verlangen des-
46 halb vom Land, dass es die Regeln des Konnexitätsprinzips, wie es
47 die Landesverfassung vorsieht, beachtet.

48 Gute Kommunalverwaltung braucht engagierte Mitarbeiterinnen und
49 Mitarbeiter. Nur mit ausreichendem Personal in den Verwaltungen
50 kann Kommunalpolitik handeln und die Kommunen gestalten. Ihnen
51 müssen qualifizierte Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Die
52 Beschäftigten müssen durch gute Weiterbildungsangebote qualifiziert
53 werden. Dabei ist der Qualifizierung von Frauen zur Vorbereitung auf

Einfügen nach Zeile 6:

*Wir suchen den Dialog mit den
Bürgerinnen und Bürgern und
wollen die politischen Diskussi-
onen auf der europäischen
Ebene – beispielsweise im
Rahmen landesweiter Europa-
wochen - vor Ort transparent
machen.*

Einfügen zwischen Zeilen 42 und 43:

*Der Landesparteitag lehnt das
„Bürokratieabbaugesetz II“
entschieden ab. Dieses Gesetz
ist bürgerunfreundlich, weil es
weniger Rechtsschutz für die
Bürgerinnen und Bürger bringt.
Deshalb muss das
Widerspruchsverfahren
wiedereingeführt werden.*

1 Leitungs- und Führungsaufgaben besondere Aufmerksamkeit zu wid-
2 men. Dem Leistungsprinzip muss mehr Achtung verschafft werden.
3 Das Entscheidungsrecht von Räten /Kreistagen bei der Besetzung
4 von Führungsaufgaben muss beachtet werden.
5 Mit der Beseitigung von Mitbestimmungsrechten hat die schwarz-
6 gelbe Landesregierung der Motivation der Beschäftigten schweren
7 Schaden zugefügt und die Personalpolitik nicht erleichtert.
8 Sozialdemokraten werden die Mitbestimmung der Beschäftigten so-
9 lange freiwillig auf der Grundlage des alten Landespersonalvertre-
10 tungsrechtes ermöglichen, bis eine Revision des Gesetzes möglich
11 ist.

12

13

14 **II. Handlungsfelder sozialdemokratischer Kommunalpolitik**

15

16 **1. Beste Bildung und Betreuung vor Ort**

17 Von herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer
18 Städte und Gemeinden ist der Umgang mit und die Fürsorge für die
19 Kinder und Jugendliche und ihre Familien.

20 Es war richtig, dass die rot-grüne Bundesregierung durch die Grün-
21 dung von zahlreichen örtlichen „Bündnissen für Familie“ die Aufmerk-
22 samkeit der Kommunalpolitik auf dieses wichtige Handlungsfeld ge-
23 lenkt hat. Viele gut funktionierende kommunale Netzwerke haben
24 Ideen entwickelt und auf ihre Wirksamkeit in der Praxis hin überprüft,
25 so dass das sprichwörtliche „Rad“ nicht immer wieder neu erfunden
26 werden muss.

27 Wir wollen kinder- und familienfreundliche Städte und Gemeinden mit
28 guten Kindergärten und Schulen auch deshalb, weil eine zukunftsori-
29 entierte Betreuung und Bildung zur Vermeidung von Armutsrisiken
30 beiträgt.

31 Die Kommunen müssen als bürgernahe Verwaltungsebene in ihrer
32 örtlichen Verantwortung für Kinderbetreuung, Schulentwicklung, Er-
33 wachsenen- und Weiterbildung sowie der Jugendhilfeplanung deut-
34 lich gestärkt werden. Voraussetzung ist eine partnerschaftliche
35 Kooperation mit allen freien und kirchlichen Trägern.

36 Die kommunale Kinder- und Jugendhilfe muss dafür sorgen, dass
37 unterstützende Angebote auch tatsächlich arme und benachteiligte
38 Kinder und ihre Familien erreichen.

39 Dieser Verantwortung wollen wir mit der Erarbeitung eines kommu-
40 nalen Leitbildes für Bildung und soziale Förderung gerecht werden.
41 Die zukünftigen Bildungslandschaften sind nur durch eine neue Ko-
42 operationskultur erreichbar, an der sich Weiterbildungseinrichtungen,
43 Kindergärten, Jugendhilfe, Schulen, Betriebe, Kammern, Kirchen,
44 Gewerkschaften, Arbeitsagenturen, Verbände, Hochschulen u. a.
45 beteiligen.

46 Eltern sollen bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder möglichst
47 früh gefördert werden. Vor allem für junge Eltern ist eine aufsuchende
48 Elternberatung der Familien- und Gesundheitshilfe (wieder) einzu-
49 richten. Erziehungsberatung muss bedarfsgerecht und niedrigschwellig
50 zur Verfügung gestellt werden. Angebote der Familienbildung sind
51 neu zu konzipieren. Durch die Zusammenarbeit mit Gynäkologen /

1 Hebammen müssen auch Eltern aus dem Armutsmilieu bereits vor
2 der Geburt ihrer Kinder erreicht und anschließend in Geburtsvorbe-
3 reitungskursen und in Still-, Krabbel- und Kleinkindergruppen einbe-
4 zogen werden. Neben Betreuungsangeboten, die den unmittelbaren
5 Kontakt zu den Familien bereits zum Zeitpunkt der Geburt eines Kin-
6 des sicherstellen (Hausbesuche, aufsuchende Arbeit), wollen wir
7 möglichst viele Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen.
8 In diesen Einrichtungen sollen die Angebote der Kinder- und Jugend-
9 hilfe, der Erziehungsberatung, der Familienhilfe und der Familien-
10 bildung sowie der Gesundheitsvorsorge zusammengeführt und
11 sozialräumlich vernetzt werden.

12 Die gestiegenen Anforderungen an die Elementarbildung erfordern
13 eine Neuausrichtung des pädagogischen Personals. Dabei soll auch
14 künftig ein Mix unterschiedlicher formaler Qualifikationen möglich
15 bleiben. Für die heute in den Einrichtungen rund 75.000 Fachkräfte
16 muss ein qualitativvolles Fort- und Weiterbildungsangebot geschaffen
17 werden.

18 Junge Eltern wollen Beruf und Familie miteinander vereinbaren und
19 brauchen Entlastung bei der Betreuung ihres Nachwuchses durch
20 qualitativ gut ausgestattete Einrichtungen mit ausreichenden Öff-
21 nungszeiten im Anschluss an die Elternzeit. Kindergärten und Kinder-
22 krippen sind wichtige Bestandteile der Bildungskette, die für die Le-
23 benschancen der Kinder und für die Zukunftschancen unserer Gesell-
24 schaft entscheidend sind. Deshalb setzen wir uns für eine baldige
25 Elternbeitragsfreiheit für Tageseinrichtungen ein.

26 Wir wollen auch eine optimale Betreuung und schnelle Integration
27 behinderter Kinder. Perspektivisch müssen die vorhandenen Sonder-
28 kindergärtenplätze soweit wie möglich abgebaut werden. Es soll eine
29 aktive Integration der behinderten Kinder z.B. in integrativen Gruppen
30 von Kindertagesstätten erfolgen.

31 Die Entwicklungsprozesse von Kindern verlaufen sehr unterschied-
32 lich. Für alle Kinder ist eine verlässliche und ganzheitlich ausgerich-
33 tete Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung sicherzustel-
34 len. Um jedem Kind einen guten Start in das Schulleben zu ermög-
35 lichen, muss die Zusammenarbeit und Verknüpfung zwischen Kinder-
36 tageseinrichtungen und Grundschulen ausgebaut werden.

37 Um den grundrechtlich fundierten Ansprüchen auf Gleichstellung und
38 Teilhabe zu entsprechen, muss „Barrierefreiheit“ ein durchgehendes
39 Element auch des Erziehungs- und Bildungswesens werden. Zugäng-
40 lichkeit und Nutzbarkeit der Regeleinrichtungen des Bildungswesens
41 für Kinder und Jugendliche muss ein festes Kriterium beim Bau und
42 Umbau von Einrichtungen sein.

43 Den Kommunen kommt als Schulträger und Träger von Kindertages-
44 einrichtungen dabei eine wichtige Vorbildfunktion zu. Sie sind aber
45 auch gefordert, die Kooperation der freien und kirchlichen Träger von
46 Einrichtungen mit den Schulen zu unterstützen und sicherzustellen.

47 Wir setzen uns für den Erhalt ortsnaher Grundschulen auch bei rück-
48 läufigen Schülerzahlen ein. Hier muss das Land Freiräume für Ko-
49 operationen im Rahmen der kommunalen Schulentwicklungsplanung
50 schaffen.

51 Wir wollen alle Grundschulen zu offenen Ganztagsgrundschulen und
52 zu Häusern des Lernens mit einer anregenden Lernatmosphäre,
53 Raum und Zeit für Bewegung und einer gesunden Ernährung beim
54 gemeinsamen Mittagessen weiterentwickeln. Wir wollen, dass kein

1 Kind in den Bildungseinrichtungen aus finanziellen Gründen vom
2 gemeinsamen Mittagessen und anderen schulischen Aktivitäten
3 ausgeschlossen wird.

4 Wir wollen die wohnortnahe Vielfalt schulischer Abschlüsse auch bei
5 rückläufigen Schülerzahlen sichern und setzen auf längere gemein-
6 same Lernzeiten.

7 Die SPD will schrittweise die Gemeinschaftsschule einführen. Sie
8 steht für eine neue Lernkultur, für längeres gemeinsames Lernen, gu-
9 ten Unterricht und bessere Chancen aller Schülerinnen und Schüler.

10 Das von der Wissenschaft, von der Wirtschaft, den Gewerkschaften
11 und nicht zuletzt von vielen Menschen unterstützte Modell der NRW-
12 SPD zur Gemeinschaftsschule sichert sowohl ein vielfältiges Sekun-
13 darschulangebot in kleineren Städten und Gemeinden als auch die
14 Überwindung einer frühen Selektion von Schülerinnen und Schülern.
15 Das Land muss den Kommunen hier einen deutlich größeren Gestal-
16 tungsspielraum eröffnen, um den spezifischen Anforderungen für die
17 beste Bildung in jeder Kommune gerecht werden zu können.

18 Auch bei den weiterführenden Schulen wollen wir die positiven Erfah-
19 rungen aus der Arbeit mit den Partnern aus Jugendhilfe, Kultur und
20 Sport im Rahmen der Offenen Ganztagschulen nutzen und das
21 Zusammenspiel der Fachkräfte aus diesen Bereichen mit den Lehr-
22 kräften auf gleicher Augenhöhe für Ganztagsangebote nutzen. Das
23 so entstehende gegenseitige Verständnis und die Kontakte sind
24 hilfreich für die individuelle Begleitung der Kinder und Jugendlichen,
25 insbesondere in den kritischen Phasen des Übergangs zwischen den
26 Bildungssystemen oder zwischen Schule und Beruf. Hier kann effek-
27 tive und engmaschige Begleitung und Unterstützung auf kommunaler
28 Ebene organisiert werden, für die aber eine finanzielle Unterstützung
29 durch das Land unabdingbar ist.

30 Im Rahmen der kommunalen Bildungsplanung wollen wir die Koope-
31 ration der Weiterbildungseinrichtungen mit den Schulen stärken.
32 Dabei denken wir an Angebote zur kommunalen Lehrerfortbildung
33 und zum Erwerb von anerkannten Zertifikaten (z.B. Fremdsprachen
34 und IuK-Techniken) für Schülerinnen und Schüler.

35 Volkshochschulen und Berufskollegs, die wir zu beruflichen Kompe-
36 tenzzentren umbauen wollen, stellen ein kommunal abgestimmtes
37 Angebot zur beruflichen Weiterbildung bereit. Unsere Volkshoch-
38 schulen mit ihrer kommunalen Verankerung und ihren langjährigen
39 Kooperationen sollen ihre Erfahrungen als Moderatoren und Koordi-
40 natoren im gesamten Bildungsbereich einbringen. Die Volkshoch-
41 schulen haben nicht nur einen Auftrag im Spektrum der beruflichen
42 Weiterbildung, sondern sollen auch die Grundversorgung mit Ange-
43 boten der allgemeinen, politischen und kulturellen Bildung sichern.
44 Deshalb müssen wir in den Kommunen den Stellenwert der Weiter-
45 bildung erhöhen und die materielle und personelle Ausstattung
46 sichern.

47 Durch die Kürzungen der Weiterbildungsförderung durch die
48 schwarz-gelbe Landesregierung wird diese wichtige kommunale Auf-
49 gabe zur Zukunftssicherung unserer Gesellschaft weiter erschwert.

50

51

1 Dafür steht die SPD in NRW:

- 2 ➤ Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen. Wir wollen, dass
3 für den Besuch von Kindertageseinrichtungen künftig keine
4 Elternbeiträge erhoben werden.
- 5 ➤ Wir helfen den Kindertageseinrichtungen beim Ausbau ihrer
6 Qualitäten in Bezug auf die Sprach- und Gesundheitsförderung.
- 7 ➤ Die gestiegenen Anforderungen an die Elementarbildung erfor-
8 dern eine Neuausrichtung des pädagogischen Personals. Für die
9 heute in den Einrichtungen arbeitenden rund 75.000 Fachkräfte
10 muss ein qualitätsvolles Fort- und Weiterbildungsangebot ge-
11 schaffen werden.
- 12 ➤ Wir setzen uns für den schnellen und bedarfsgerechten Ausbau
13 von Betreuungsplätzen für Kinder im Alter von unter drei Jahren
14 ein.
- 15 ➤ Wir wollen die Integration behinderter Kinder an Kindertagesein-
16 richtungen bei gleichzeitigem Abbau von Sonderkindergärten-
17 plätzen, soweit dies möglich ist.
- 18 ➤ Bildungseinrichtungen sollen barrierefrei den Zugang und die
19 Nutzbarkeit für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen
20 ermöglichen.
- 21 ➤ Die Schule der Zukunft ist die Gemeinschaftsschule.
- 22 ➤ Wir setzen uns für ein ortnahes Schulangebot ein.
- 23 ➤ Sprachförderung muss frühzeitig und gezielt beginnen.
- 24 ➤ Die Bildungseinrichtungen müssen ein Höchstmaß an Selbst-
25 ständigkeit erhalten.
- 26 ➤ Jedes Kind muss nach seiner Geburt im häuslichen Umfeld
27 aufgesucht werden. Damit signalisiert die Kommune, dass sie die
28 Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung von Beginn an nicht
29 alleine lässt.
- 30 ➤ Es ist eine fundierte Sozialplanung (Jugendhilfeplanung, Gesund-
31 heitsberichterstattung, Schul- und Kindergartenentwicklungspla-
32 nung usw.) in jeder Kommune notwendig, die passgenaue
33 Angebote ermöglicht.
- 34 ➤ Jedes Kind soll ein warmes und qualitativ hochwertiges Essen am
35 Tag erhalten. Hierzu müssen die Kommunen im Rahmen der
36 Ganztagsbetreuung die Voraussetzungen schaffen und vom Land
37 unterstützt werden. Kein Kind soll aus finanziellen Gründen vom
38 gemeinsamen Mittagessen ausgeschlossen werden.
- 39 ➤ Kinder- und Jugendeinrichtungen und die Schulen in sozial belas-
40 teten Stadtteilen müssen besonders gefördert werden. Dies gilt
41 sowohl für die Sach- als auch für die Personalausstattung.
- 42 ➤ Viele Schulen müssen modernisiert werden. Wir wollen, dass alle
43 Schulen zur Optimierung ihrer Energieeffizienz, Aufenthaltsquali-
44 tät für den Ganztagsbetrieb und Technikausstattung auf den mo-
45 dernsten Stand gebracht werden. Wir fordern dafür ein gemein-
46 sames Investitionsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden.
47 Dabei sind Kooperationen im Rahmen öffentlich-privater Partner-
48 schaften einzubeziehen.
- 49 ➤ Wir wollen eine qualitativ hochwertige Ausbildung behinderter
50 Kinder an den überregionalen Förderschulen der Landschafts-
51 verbände sichern, mittelfristig jedoch, dass die Integration

- 1 behindert Kinder an Regelschulen überregional organisiert
2 erreicht wird.
- 3 ➤ Wir wollen die kommunalen Bildungsausgaben nicht an die
4 rückläufigen Schülerzahlen anpassen und stellen somit künftig
5 mehr Geld für jeden Schüler und jede Schülerin zur Verfügung.
- 6 ➤ Bund und Land sind in der Pflicht, die Kommunen so zu
7 unterstützen, dass sie ihrem öffentlichen Bildungsauftrag
8 entsprechen können.

Einfügen nach Zeile 2:

- *Wir wollen unsere Berufskollegs zu Kompetenzzentren beruflicher Bildung und Weiterbildung entwickeln.*
- *Wir wollen den Stellenwert der Weiterbildung insgesamt durch unsere Volkshochschulen fördern und ihre materielle und personelle Ausstattung sichern.*

2. Die soziale Stadt ...

11 *„Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt schon heute in städtischen
12 Ballungsräumen. Die Zukunft der Städte entscheidet über die Zukunft
13 der Gesellschaft. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher
14 Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung zu gestalten, ist
15 die Aufgabe einer sozialen Stadtpolitik. Leitbild unserer Politik ist die
16 solidarische Stadt, die alle Bewohnerinnen und Bewohner zu gestal-
17 tender Teilhabe am gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen
18 Leben einlädt.*

19 *Die Bewahrung und Stärkung bewohnter Innenstädte gelingt nur,
20 wenn es dort auch genügend bezahlbaren Wohnraum gibt. Wohn-
21 raum darf nicht zum Spekulationsobjekt werden. Sowohl ältere Men-
22 schen als auch Familien mit Kindern in der Innenstadt zu halten, ist
23 Voraussetzung für eine lebendige Stadt.*

24 *Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den sozialen Zusammenhalt
25 in den Städten und Quartieren zu verbessern. Wir wollen barrierefreie
26 und generationsübergreifende Wohnformen fördern. Damit auch die
27 älter werdende Stadt lebensfähig ist, wollen wir die Potentiale des ak-
28 tiven Alters heben und bürgerschaftliches Engagement gerade der
29 älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger fördern. Abwertungs- und Aus-
30 grenzungsprozesse in benachteiligten Stadtquartieren müssen ver-
31 hindert werden. Für mehr Arbeitsplätze, die Verstärkung von Integra-
32 tion und Teilhabe und die Verbesserung des Zugangs zu Bildung und
33 Qualifikation sind übergreifende Konzepte und gemeinsames Han-
34 deln gefragt.*

35 *Die „soziale Stadt“ ist eine Querschnittsaufgabe für alle
36 Politikbereiche.“*

Grundsatzprogramm der SPD vom 28. 10. 2007 (Hamburger Programm“ , Auszug)**2.1 ... hat hohe Lebensqualität**

41 Nordrhein-Westfalen ist stärker als alle anderen Flächenländer der
42 Bundesrepublik ein Land der Städte. Der weitaus größte Teil der
43 Menschen lebt in tragfähigen städtischen Strukturen.

44 Wir wollen die soziale Stadt, in der sich die Menschen wohl fühlen,
45 mit der sie sich gerne identifizieren und in der die Menschen sich
46 umeinander kümmern und füreinander einstehen.

47 Wir wollen Städte und Gemeinden mit hoher Lebensqualität, mit de-
48 nen sich die Menschen identifizieren können, die sie als ihre Heimat
49 wahrnehmen und die sie gestalten wollen.

50 Wir wollen lebendige Städte und Gemeinden, die den Menschen
51 Chancen bieten, ihre Talente zur Geltung zu bringen, ihrem Beruf

1 nachzugehen, gut zu wohnen, ihre Freiheit zu nutzen und sich selbst
2 verwirklichen zu können.

3 Jenseits des materiellen und kulturellen Reichtums der Städte, ihrer
4 Vielfalt und Attraktivität sind sie auch Kristallisationskerne gesell-
5 schaftlicher Veränderungen und Probleme. Wir wollen uns mit sozi-
6 alen Brennpunkten, Armut und Obdachlosigkeit nicht abfinden; sie
7 stehen in krassem Gegensatz zum wirtschaftlichen Erfolg unseres
8 Landes.

9 Der vorsorgende Sozialstaat beginnt in den Kommunen. Er setzt an
10 den Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit an und zielt darauf ab,
11 Leistungsempfänger von den empfangenen Leistungen unabhängig
12 zu machen.

13 Alle kommunalpolitischen Instrumente und Möglichkeiten müssen
14 dazu genutzt werden, vorausschauend Fehlentwicklungen zu erken-
15 nen und nachhaltig wirksam für soziale Gerechtigkeit und Integration
16 aller Bevölkerungsgruppen zu sorgen.

17 Der erste Ansatz unserer Problemlösungen setzt an den Ursachen
18 an:

19 ➤ Vorbeugen ist besser als spätes Heilen.

20 Der zweite Ansatz orientiert sich am Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe:

21 ➤ Fördern und Fordern.

22 Gleichmaßen muss aber auch konkrete Hilfen geleistet werden:

23 ➤ Fehlentwicklungen müssen behoben werden.

24 Sozialdemokratische Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, dass sozi-
25 ale Dienste nicht erst aktiv werden, wenn die Menschen zu "Fällen"
26 geworden sind und als Anspruchsberechtigte Dienstleistungen nach
27 den Sozialgesetzen erhalten.

28 Wir wollen eine querschnittsorientierte Kommunalpolitik, die das reine
29 Ressortdenken überwindet. Stadtentwicklung und Planungsrecht,
30 Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik, Jugendhilfe und kom-
31 munale Bildungs- und Familienpolitik müssen durch Vernetzung und
32 Kooperation zunächst den gesamtstädtischen Zielen verpflichtet sein.

33 Ähnliches gilt für die Zusammenführung und Moderation unterschied-
34 licher öffentlicher, kirchlicher und freier Träger und Einrichtungen un-
35 tereinander, mit Formen der Nachbarschaftshilfe und ehrenamtlichen
36 Tätigen.

37 Vorsorgende kommunale Sozialpolitik umfasst viele Teilbereiche der
38 Kommunalpolitik, auf der Grundlage einer systematischen Sozialpla-
39 nung sollte sie sich vor allem an Sozialräumen orientieren.

40 Sozialdemokratische Sozialpolitik setzt sich vor Ort für die Stärkung
41 des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft ein. Sie versteht
42 sich aber nicht nur als Hilfe für Menschen in besonderen materiellen
43 Notlagen.

44 Wir wenden uns gegen die soziale Abgrenzung der gesellschaftlichen
45 Gruppen voneinander und wollen den Zusammenhalt durch
46 gegenseitiges Lernen und Verstehen stärken.

47

Ersetzen Zeile 11:

~~Leistungsempfänger von den empfangenen Leistungen~~

Durch:

Menschen von Unterstützung

Ersetzen Zeile 26:

~~Dienstleistungen~~

Durch:

Leistungen

**Verschieben Zeilen 37 – 39
nach Zeile 27**

1 2.2 ... schafft Sicherheit

2 In unseren Städten schafft die große Zahl von Menschen in den frei-
3 willigen und Berufsfeuerwehren Sicherheit für die Menschen. Ein gut
4 funktionierendes Rettungswesen ist für uns unverzichtbar. Die Poli-
5 zistinnen und Polizisten in den Städten und Gemeinden tragen maß-
6 geblich zu mehr Sicherheit in unseren Kommunen bei.

7 Die von den Sozialdemokraten begonnenen Ordnungspartnerschaf-
8 ten sind ein Instrument zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in
9 der Öffentlichkeit, die wir fortsetzen und ausbauen wollen. Innere
10 Sicherheit ist aber nicht allein durch Überwachung und Sicherheits-
11 kräfte zu gewährleisten.

12 Die Gestaltung des öffentlichen Raumes, ein gute soziale Infrastruk-
13 tur, die Förderung einer „Kultur des Hinschauens“, Sozialarbeit, Bil-
14 dung und die Integration von Minderheiten in die Gesellschaft, sind
15 die besten Bedingungen zur Verhinderung von Aggression und
16 Gewaltdelikten.

17 Wenn Städte und Gemeinden Sicherheit bieten sollen, fordern wir
18 hierzu auch soziale Verantwortung ein und treten jenen entgegen, die
19 meinen, sie könnten ihre Freiheit auf Kosten der Freiheit anderer
20 ausleben.

21 Wir wenden uns entschieden gegen alle Formen von Ausländerfeind-
22 lichkeit und treten dem Rechtsradikalismus offensiv entgegen.

23 Einer der zentralen Ansatzpunkte sozialer Stabilität in den Städten
24 und Gemeinden besteht in der Schaffung bester Bildungseinrich-
25 tungen, angefangen von der frühzeitigen Betreuung von Kindern über
26 eine gute Schulausbildung bis zum ersten berufsqualifizierenden
27 Abschluss (s. Kapitel II.1).

28 Ebenso wichtig sind die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und die
29 Schaffung eines ausreichenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzange-
30 botes für Männer und Frauen. Auch der soziale Arbeitsmarkt (Job
31 Perspektive) kann neue Chancen durch öffentlich geförderte Beschäf-
32 tigung bieten. (s. Kap. II.6).

33 Darüber hinaus muss die kommunale Sozialpolitik den Zusammen-
34 hang mit anderen Handlungsfeldern herstellen und offensiv gestalten:

35 Wir wollen, dass Armutsbekämpfung ein integraler Bestandteil
36 kommunaler Sozialpolitik wird.

37 Städte und Stadtteile nicht nur zu stabilisieren, sondern zu revitalisie-
38 ren, ist hierbei unser Ziel. Wir stützen uns auf die Erfahrungen der
39 Programme für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Stadt-
40 teilentwicklung muss als kommunalpolitische Querschnittsaufgabe
41 begriffen und mit den unterschiedlichen Akteuren vor Ort vernetzt
42 werden (Verbände, Vereine, Interessengemeinschaften etc.).

43 Die NRW SPD hat mit ihren Konzept zum „Leitbild soziale Stadt“ die
44 damit verbunden Herausforderungen und Lösungswege beschrieben.

45

46 2.3 ... ist kinder- und familienfreundlich

47 Sosehr wir eine kinderfreundliche Gesellschaft und die Wünsche von
48 Eltern, Kinder zu bekommen durch gute soziale Infrastrukturangebote
49 in den Kommunen unterstützen wollen, dürfen wir die Augen vor
50 Fehlentwicklungen nicht verschließen:

Einfügen Zeile 46:
kinder-, jugend- und
familienfreundlich

1 Familien mit Kindern sind in größerem Umfang Armutsrisiken ausge-
2 setzt. Der Ausfall oder die Minderung des Erwerbseinkommens eines
3 Elternteiles führen schnell an die Armutsgrenze. Kinder sind aber
4 auch selbst arm, weil Eltern ihnen manchmal die notwendigen Mittel
5 der Erziehung nicht bieten.

6 Über 800.000 Kinder in NRW – fast 25 Prozent aller Kinder – gelten
7 nach dem Sozialbericht des Landes NRW mittlerweile als arm. Wir
8 setzen uns deshalb für Konzepte zur Bekämpfung der Kinderarmut
9 ein, wie es sie beispielhaft in vielen Kommunen bereits gibt. Passge-
10 naue Hilfen für Eltern, Hausbesuche durch Jugendamt und Schule,
11 die Vernetzung zwischen Gesundheitswesen, Sozialämtern, Famili-
12 engerichten und Polizei muss so organisiert werden, dass ein guter
13 Informationsaustausch gewährleistet, Hilfsprogramme synchronisiert
14 und erforderlichenfalls präventiv gehandelt werden kann.

15 Dazu müssen Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie die Schulen in
16 sozial belasteten Stadtteilen besonders gefördert werden. Dies gilt
17 sowohl für die Sach- als auch für die Personalausstattung.

18 Wir wollen soziale Frühwarnsysteme in den Städten und Gemeinden
19 entwickeln, um Risiken für die Kindererziehung rechtzeitig zu erken-
20 nen.

21 Mit dem Förderprogramm „soziale Stadt“ haben Sozialdemokraten
22 konkrete Maßnahmen der Stadterneuerung und des Stadtumbaus
23 eingeleitet, die fortgesetzt werden müssen.

24 Gesellschaftliche Probleme zeigen sich in sozialen Brennpunkten vor
25 Ort. Die räumliche Seite von Benachteiligung kommt in Stadtvierteln
26 und Stadtteilen unterschiedlich zum Ausdruck: wo die meisten Zu-
27 wanderer leben, leben die meisten Kinder und dort ist auch die Armut
28 am größten. Armut wird sichtbar und im täglichen Leben erfahrbar.
29 Öffentliche Sicherheit, Diskriminierung, Integrationsdefizite, kurzum
30 soziale Problemlagen werden in den Kommunen konkret.

31 Vor allem in Stadtteilen mit besonderen sozialen Problemlagen sind
32 Formen des Quartiersmanagements zu entwickeln. Unter Beteiligung
33 und Forderung der Betroffenen werden gemeinsame Maßnahmen
34 umgesetzt, die den sozialen Zusammenhalt fördern.

35 Angefangen von stadtteilbezogenen Infrastruktureinrichtungen (Nach-
36 barschaftsläden, Selbsthilfekontaktstellen, Stadtteilzentren) über die
37 Organisation informeller Begegnungsmöglichkeiten (Elterncafés,
38 Seniorenhilfen, etc.), der Schaffung von „Frühwarnsystemen“ bis zu
39 fachübergreifenden Integrationskonzepten gibt es eine Vielzahl von
40 Ansatzpunkten wie der vorbeugende Sozialstaat praktisch werden
41 kann. Und dennoch gilt: Auch wenn die Herausforderungen ähnlich
42 sind, müssen die Antworten ortsspezifisch gefunden werden.

43

44 **2.4 ... ist weltoffen und tolerant**

45 Integrationserfolge und –misserfolge werden in unseren Städten und
46 Gemeinden sichtbar. Kommunen leisten einen wichtigen Beitrag,
47 damit Integration gelingen kann.

48 Erfolgreiche Städte und Gemeinden zeichnen sich durch Weltoffen-
49 heit und Toleranz aus. Zuwanderer tragen auch zu einer positiven
50 wirtschaftlichen Entwicklung der Kommunen bei. Angesichts der de-
51 mografischen Veränderungen werden Städte und Gemeinden auch
52 unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten auf Zuwanderung angewiesen
53 sein.

1 Wir brauchen auf der kommunalen Ebene die gemeinsame Definition
2 von Zielen der Integrationspolitik und die gemeinsame Entwicklung
3 von Handlungsschritten auf dem Weg dorthin.

4 Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird vor allem in
5 den Städten weiter wachsen. In zehn Jahren hat jedes dritte Kind in
6 NRW einen Migrationshintergrund. Bereits heute leben in manchen
7 Sozialräumen bis zu 50% Migranten. Die Zahl solcher Quartiere wird
8 weiter zunehmen.

9 Die damit verbundene Vielfalt ist eine Bereicherung des städtischen
10 Lebens, für die offensiv geworben werden muss. Gleichwohl sind
11 damit aber auch erhebliche Probleme verbunden, die verstärkte Inte-
12 grationsanstrengungen erfordern. Oft empfindet gerade die ältere
13 deutsche Wohnbevölkerung die Konfrontation mit fremden Kulturen
14 und Sprachen eher als Bedrohung, nicht als Bereicherung.

15 Kommunalpolitik sollte fachübergreifende Integrationskonzepte entwi-
16 ckeln, bei denen das Zusammenwirken der verschiedenen politischen
17 und gesellschaftlichen Akteure, der freien Wohlfahrtspflege, der Kir-
18 chen, der ehrenamtlichen Organisationen, der Verbraucherverbände,
19 der örtlichen Wirtschaft, der Bildungsträger etc. moderiert und koor-
20 diniert wird.

21 Einer der Bausteine guter Integrationspolitik besteht in besseren Be-
22 teiligungsmöglichkeiten von Migranten an der Stadtpolitik. Wir wollen
23 eine kommunale Integrationspolitik, die Voraussetzungen für gesell-
24 schaftliches Miteinander und die Akzeptanz im Zusammenleben von
25 Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen ermöglicht.
26 Dies erfordert eine Definition von Zielen der Integrationspolitik in den
27 Kommunen, deren Einhaltung abgesichert wird und von beiden Sei-
28 ten gleichermaßen mit Verbindlichkeit verfolgt wird, z.B. Erhöhung
29 der AbiturientInnenquote, der abgeschlossenen Ausbildungsverträge
30 etc.

31 Wir erwarten allerdings von Einwanderern, dass sie sich auch aktiv
32 an unserem gesellschaftlichen Leben beteiligen und ihren Beitrag zur
33 Integration leisten. MigrantInnen müssen nicht nur in ihrem direkten
34 Lebensumfeld („Community“), sondern in der Kommune Verantwor-
35 tung übernehmen können und übernehmen wollen – sei es in Politik
36 und Verwaltung oder im Ehrenamt.

37 Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es selbstver-
38 ständlich, Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in
39 allen Formen zu bekämpfen.

40 Integration funktioniert nicht automatisch, wie viele lange gehofft und
41 geglaubt haben.

42 Einer der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und Voraussetzung
43 für Integration ist die Sprachförderung.

44 Insgesamt ist es wichtig, dass sich die städtischen Angebote im
45 sozialen, kulturellen, sportlichen oder gesundheitlichen Bereich auf
46 die gezielte Integration von Migrantinnen und Migranten ausrichten.

47

48 **2.5 bietet Wohnraum zum Leben**

49 Nach wie vor kommt der sozialen Wohnraumförderung eine große
50 Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund ist der Verkauf der landesei-
51 genen Wohnungsgesellschaft durch das Land abzulehnen, weil sich
52 damit das Land aus seiner Verpflichtung zur Schaffung preiswerten
53 Wohnraumes für schwächere Einkommensschichten entzieht.

Ersetzen Zeilen 50f.:
der landeseigenen
~~Wohnungsgesellschaft durch~~
das Land
Durch:
des Landesanteils der LEG-
Wohnungen

1 Ebenso birgt der Verkauf großer Wohnungsbestände an Fonds aus
2 privatem Beteiligungskapital (Private Equity) hohe Risiken für die
3 Mieter und die Sozialstruktur.

4 Auf der einen Seite sind die kommunalen Wohnungsunternehmen
5 gehalten, die eigenen Verbrauchskosten an ihrem Gebäudebestand
6 und die ihrer Mieter durch Energiemanagement und wärmetechni-
7 sche Verbesserungen an Gebäuden zu senken. Auf der anderen Sei-
8 te müssen Anreize für private Vermieter von Wohnraum geschaffen
9 werden, in die energetische Gebäudesanierung zu investieren.

10 Die Einführung der Energieausweise für Wohngebäude stellt mehr
11 Transparenz am Wohnungsmarkt her. Auch über einen „ökologischen
12 Mietspiegel“ kann ein Merkmal für die Bestimmung der Angemessen-
13 heit der Miethöhe gebildet werden. Ebenso muss für die Bestimmung
14 der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslo-
15 se die energetische Beschaffenheit einer Wohnung ihren Nieder-
16 schlag finden. Wir begrüßen die Überlegungen, bei der Berechnung
17 des Wohngeldes künftig die „Warmmiete“ zur Grundlage zu machen.

18 Der Wohnraumversorgung kommt aber auch angesichts der verän-
19 derten Altersstrukturen in der Bevölkerung große Bedeutung zu.
20 Insbesondere die wachsende Anzahl von Haushalten mit älteren
21 Menschen und ihren Wünschen, gemeinsam in Wohngemeinschaften
22 zu leben, stellt neue Aufgaben für die Wohnungswirtschaft dar.

23 Als allgemeines Lebensrisiko ist „Pflegebedürftigkeit“ ein „Normalfall“
24 menschlichen Lebens und bedarf daher der systematischen Berück-
25 sichtigung in der Stadtentwicklung und Wohnraumversorgung (barri-
26 erefreies Wohnen, Wohnen mit Service, Neue Wohnformen).

27

28 **2.6 ... gestaltet den Bevölkerungswandel**

29 Auch in der Vergangenheit haben sich die Kommunen querschnitts-
30 orientiert mit Fragen der Veränderungen der Bevölkerungsstruktur im
31 Rahmen ihrer integrierten Stadtentwicklungsplanung befasst. Umfang
32 und Tiefe der Veränderungen der Bevölkerungsstruktur geben dem
33 demografischen Wandel einen besonderen Stellenwert.

34 Demografischer Wandel bedeutet aber keineswegs nur Risiken, son-
35 dern auch Chancen für eine vorsorgende Sozialpolitik, die wir nutzen
36 wollen. Die Feststellung „weniger, älter, bunter“ muss konkret auf die
37 jeweilige Situation vor Ort übersetzt werden und in einer eigenständigen
38 Analyse mit Handlungsschritten versehen werden (lokale Master-
39 pläne Demografie).

40 „Demografietrainings“ für politische Entscheider können zur Bewälti-
41 gung der Herausforderungen des demografischen Wandels ebenso
42 hilfreich sein, wie Handlungskonzepte, die den Anpassungsbedarf
43 konkret erfassen, um Segregation (Entmischung nach sozialen Grup-
44 pen oder Merkmalen) frühzeitig zu erkennen und zu beeinflussen.

45 Wir wollen, dass sich die Stadt der Zukunft der demografischen Ent-
46 wicklung stellt und älteren Menschen eine Teilhabe am gesellschaftli-
47 chen Leben ermöglicht. Wir wollen die Älteren motivieren, ihre Kom-
48 petenzen und Erfahrungen für die Menschen in unseren Städten und
49 Gemeinden einzubringen.

50 Kommunale Seniorenpolitik muss sich an neuen Altersbildern aus-
51 richten und die Bedarfe der „Rentengeneration“ mit ihren unterschied-
52 lichen Zielgruppen differenziert berücksichtigen. Ein entsprechend

Einfügen nach Zeile 3:
Um den Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt gerecht zu werden, sind kommunale Masterpläne Wohnen ein geeignetes Instrument.

1 vielfältiges, zeitgemäßes und qualifiziertes Angebot soll die Selbstän-
2 digkeit der älteren Generation erhalten und fördern.

3 Wir werden dafür Sorge tragen, dass die kommunale Infrastruktur
4 den Bedürfnissen alter und behinderter Menschen angepasst wird.
5 Der altersgerechte Umbau von Wohnraum und ein bedarfsorientiertes
6 Angebot ambulanter und (teil)stationären Hilfen zählen hierzu ebenso
7 wie die Umnutzung öffentlicher Einrichtungen und die Mobilisierung
8 der Kompetenzen und Erfahrungen nicht mehr berufstätiger Men-
9 schen im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten.

10 Pflegebedürftigen Menschen werden wir die Möglichkeit eröffnen,
11 möglichst lange und möglichst selbstständig in ihrem gewohnten
12 Umfeld zu bleiben und zu leben.

13 Hieraus ergeben sich nicht nur Herausforderungen für die pflegeri-
14 schen und Pflegeergänzenden und –unterstützenden Angebote,
15 sondern auch hinsichtlich der Anpassung der Wohnquartiere an die
16 entsprechenden Bedarfslagen.

17 Die damit verbundenen Problemstellungen sollen zur Regelaufgabe
18 der kommunalen Sozialplanung und Stadtentwicklungsplanung
19 werden.

20

21 **Dafür steht die SPD in NRW:**

22 ➤ Der vorsorgende Sozialstaat muss ein Leitprinzip sozialdemokra-
23 tischer Kommunalpolitik sein. Wir wollen eine querschnittsorien-
24 tierte Kommunalpolitik, die das reine Ressortdenken überwindet.

25 ➤ Kommunale Sozialplanung muss noch deutlicher an Integration
26 und Vernetzung orientiert sein.

27 ➤ Bürgerschaftliches Engagement soll gefördert und die Eigenkräfte
28 der Betroffenen sollen gestärkt werden. Bürgerschaftliches Enga-
29 gement fördern wir als Ergänzung, nicht als Ersatz für sozialstaat-
30 liche Verantwortung.

31 ➤ Armutsbekämpfung muss integraler Bestandteil kommunaler So-
32 zialpolitik sein. Kinderarmut muss durch passgenaue lokale Kon-
33 zepte bekämpft werden. Hilfen für Eltern, Hausbesuche durch
34 Jugendamt und Schule, die Vernetzung zwischen Gesundheits-
35 wesen, Verbraucherschutz, Sozialämtern, Familiengerichten und
36 Polizei müssen so organisiert werden, dass ein guter Informati-
37 onsaustausch gewährleistet, Hilfsprogramme synchronisiert und
38 erforderlichenfalls präventiv gehandelt werden kann.

39 ➤ Es muss Formen des Quartiersmanagements vor allem in Stadt-
40 teilen mit besonderen sozialen Problemlagen geben.

41 ➤ Kommunalpolitik soll fachübergreifende Integrationskonzepte
42 unter Beteiligung der verschiedenen politischen und gesellschaft-
43 lichen Akteure entwickeln.

44 ➤ Kommunalpolitik soll eine integrierte, sozialräumlich ausgerichtete
45 Fortentwicklung differenzierter, kleinräumig vernetzter Angebote
46 zur häuslichen Pflege in Stadtteilen und Wohnquartieren betrei-
47 ben.

48 ➤ Die soziale Wohnraumförderung muss eine öffentliche Aufgabe
49 bleiben, die nicht allein dem Markt überlassen werden darf.

50

Streichen Zeile 49:
~~die nicht...darf.~~

1 3. Stadt und Land – neue Allianzen für die Zukunft

2 Wir wollen attraktive Städte und lebenswerte Regionen. Lebendige
3 Städte und Gemeinden brauchen vielseitige Zentren, die Standorte
4 von Wohnen und Leben, Wirtschaft, Arbeit und Handel sind.

5 Die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilräumen
6 des Landes ist ein grundgesetzlicher Auftrag, zu dem wir Sozialde-
7 mokraten uns bekennen. Die Jahrzehnte des Infrastrukturausbaus
8 haben diesen Auftrag weitgehend erfüllt. Heute geht es um die Schaf-
9 fung von Lebensbedingungen, die Chancengleichheit für Einzelne
10 und Solidarität in und zwischen den Regionen fördert.

11 Trotz unterschiedlicher Siedlungsstrukturen in NRW haben wir den
12 klassischen Gegensatz von Stadt und Land überwunden. Die Unter-
13 schiede zwischen Stadt und Land sind in der Sozialstruktur, Lebens-
14 stilen, Bildung und Kultur kaum noch wahrzunehmen. Allerdings be-
15 stehen weiterhin Differenzen, die jeweils eigene Strategien erfordern:
16 Beispielsweise stehen die Städte vor deutlich größeren sozialpoliti-
17 schen Herausforderungen während in Bereichen wie Mobilität, Nut-
18 zung von Informationstechnologien, Ausbildungs- und Arbeitsplatzan-
19 geboten vor allem für Frauen Nachholbedarfe kleinerer und mittel-
20 großer Kommunen bestehen.

21 Die Schaffung guter Lebensqualität erfordert kommunal und regional
22 flexible Lösungen, bei denen neue Dienstleistungen entstehen und
23 neue Technologien eine Rolle spielen.

24 Es wächst die Einsicht, dass Stadtregionen und Verdichtungsräume
25 als regionale Wachstumsmotoren neue Formen der Zusammenarbeit
26 benötigen. Deshalb sollte Fragen der regionalen Zusammenarbeit
27 größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Es kommt darauf an,
28 Klarheit darüber zu schaffen, welche Anforderungen auf Stadtregio-
29 nen und regionale Kooperationen zukommen, um im europäischen
30 Wettbewerb der Regionen bestehen zu können und Synergien durch
31 regionale Kooperation zu erreichen.

32 Die Entwicklungsdynamik von Wirtschaft und Bevölkerung wird künf-
33 tig in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich ausfallen. Regio-
34 nen mit schwacher Wirtschaftskraft und sinkenden Bevölkerungszah-
35 len stehen Wachstumsregionen mit verstärkten Zuzügen gegenüber.

36 So droht in Regionen mit zu wenigen Arbeitsplätzen die Abwande-
37 rung insbesondere der jüngeren Bevölkerung, die für sich dort keine
38 Perspektiven mehr sieht. Bevölkerungsrückgänge, besonders hohe
39 Anteile älterer Menschen, Wohnungsleerstände, unterausgelastete
40 kommunale Infrastruktureinrichtungen, Schulschließungen und
41 Brachen gehören dort zum Bild.

42 Vor allem in Regionen mit sinkenden Bevölkerungszahlen brauchen
43 wir neue städtebauliche Konzepte für die Innenentwicklung unserer
44 Städte und Gemeinden. Wenn Städte und Gemeinden lebenswert
45 bleiben sollen, benötigen wir Ideen für die Wiedernutzung brach ge-
46 fallener Gebäude und Flächen, mit denen wir neue Qualitäten und
47 Perspektiven schaffen. Wichtig ist dabei, Nahversorgungszentren und
48 Orte der Begegnung in unseren Stadtteilen, Quartieren und Dörfern
49 zu erhalten oder neue Angebote zu schaffen.

50 Wir benötigen Zukunftskonzepte, wie solche Schrumpfungsprozesse
51 aktiv bewältigt und Chancen der Umgestaltung genutzt werden
52 können.

Ergänzen Zeile 17:
*Mobilität und ihrer Kosten für
die Bevölkerung, Nutzung*

1 In Wachstumsregionen dagegen drohen u. a. Wohnungsmarkteng-
2 pässe, Integrationsprobleme und eine zunehmende soziale Spaltung
3 der Bevölkerung mit der Gefahr, den sozialen Zusammenhalt aufzu-
4 lösen. Dies stellt die Kommunalpolitik vor die dauerhafte Aufgabe,
5 diesen Prozessen entgegenzusteuern.

6 Die Gleichzeitigkeit und das direkte Nebeneinander von Wachstums-
7 und Schrumpfungsprozessen schaffen in den einzelnen Regionen,
8 Kreisen, Städten und Gemeinden jeweils einzigartige Problemkon-
9 stellationen. Städte und Gemeinden müssen deshalb gemeinsam mit
10 ihren Nachbarn eigene Antworten auf die Herausforderungen in ihrer
11 Region suchen und neue Konzepte für die Zukunft ihrer Region ent-
12 wickeln.

13 Die Konzentration immer größerer Handelseinrichtungen in den
14 Stadtzentren und auf der „grünen Wiese“ beeinträchtigt die Vielfalt
15 der Zentren und bedroht die Versorgungsqualität in den peripheren
16 Regionen.

17 Die Stadt-Umland-Wanderungen befördern den Flächenverbrauch
18 und produzieren Verkehr.

19 Die einseitige Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik auf große Sub-
20 ventionsempfänger verhindert die Förderung ländlicher Regionen und
21 ihrer Infrastruktur.

22 Der demografische Wandel stellt neue Herausforderungen für die
23 Stadtentwicklung dar (s. Kap. 2.6).

24 Wir wollen attraktive Städte und lebenswerte Regionen.

25 Deshalb brauchen wir neben einer Stadtentwicklungspolitik zur För-
26 derung von Infrastruktur, Handel und Verkehr auch eine Unterstüt-
27 zung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit.

28 Wichtige Aufgabenfelder der Stadtentwicklung liegen in der Heraus-
29 bildung und Erhaltung identitätsbildender Zentren mit einem funktio-
30 nierenden Einzelhandel, in der Bewahrung historischer Bauwerke, in
31 der Orientierung auf eine qualitätsschaffende Baukultur, der Stärkung
32 der Innenstädte als Wohnstandorte und einer stadtverträglichen Ver-
33 kehrsentwicklung.

34 In „schrumpfenden“ Städten und Gemeinden mit sinkender Bevölke-
35 rungszahl müssen wir uns der Aufgabe stellen, die Infrastrukturein-
36 richtungen anzupassen. Dieses kann Schließungen, den Rückbau
37 technischer Anlagen oder auch den Abriss von Wohnungen
38 bedeuten.

39 Mit den Stadtumbauprogrammen haben Sozialdemokraten in den
40 vergangenen Jahrzehnten die Modernisierung vieler Städte und
41 Gemeinden unterstützt. Dieser Weg ist noch nicht abgeschlossen.

42 Alte Aufgaben stellen sich neu: Die „Stadt der Kinder und Familien“
43 ist als stadtpolitisches Ziel offensiv anzugehen, neue Lebensstile und
44 Haushaltstypen sind zu berücksichtigen.

45 In der Standortpolitik müssen kommunale und regionale Stärken als
46 Innovationsmotoren ausgebaut werden.

47 Unvermeidbare Schrumpfungsprozesse müssen in gesamtstädtische
48 Handlungsstrategien durch integrierte und regional abgestimmte
49 Entwicklungskonzepte gestaltet werden.

50 Gleichmaßen muss Stadtentwicklungspolitik den ökologischen Her-
51 ausforderungen im Zeichen von Klimaschutz und Flächenverbrauch

1 Rechnung tragen. Dabei werden der öffentliche Personennahverkehr
2 und die Organisation von Mobilität von wachsender Bedeutung sein.
3 Insgesamt bleibt die Städtebauförderungspolitik für benachteiligte
4 Stadtteile und die Stärkung der Zentren ebenso notwendig wie wir
5 eine durchgreifende Strategie für die ländlichen Regionen.

6

7 **Dafür steht die SPD in NRW:**

- 8 ➤ Die Kommunen brauchen auch in Zukunft eine zeitgemäße För-
9 derung der Stadtentwicklung durch Bund und Land, insbesondere
10 für benachteiligte Stadtteile. Zu deren Stabilisierung fordern wir
11 den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, beispielsweise
12 im Rahmen des „sozialen Arbeitsmarktes“.
- 13 ➤ Lebendige Kommunen brauchen funktionierende Zentren, die
14 Standort für Wirtschaft und Handel sind.
- 15 ➤ Wir brauchen eine starke regionale Zusammenarbeit der Zentren
16 mit den umliegenden Städten und Gemeinden, die durch finan-
17 zielle Anreize unterstützt wird.
- 18 ➤ Wir wollen die „Stadt der Kinder und Familien“ als stadtpolitisches
19 Ziel offensiv verfolgen.
- 20 ➤ Lebenswerte Kommunen bieten ihren Bürgerinnen und Bürgern
21 gute Bildung und Betreuung, tragfähige soziale Strukturen, einen
22 guten öffentlichen Personennahverkehr und vielseitige kulturelle
23 Angebote.
- 24 ➤ Die Kommune der Zukunft muss auf demographische Verände-
25 rungen vorbereitet sein. Wir wollen unvermeidbare Schrump-
26 fungsprozesse in gesamtstädtischen Handlungsstrategien durch
27 integrierte und regional abgestimmte Entwicklungskonzepte
28 gestalten.
- 29 ➤ Zukunftsfähige Städte und Gemeinden bieten jungen Familien
30 und älteren Menschen bezahlbaren Wohnraum in den Innen-
31 städten und wirken der Gefahr der unkontrollierten Zersiedelung
32 entgegen.
- 33 ➤ Wir brauchen eine nachhaltige Strategie für die ländlichen Regio-
34 nen, die mit einer Neuausrichtung der europäischen Agrarförde-
35 rung einhergeht.
- 36 ➤ Wir wollen die Stadtentwicklung auf die ökologischen Herausfor-
37 derungen im Zeichen von Klimaschutz und Flächenverbrauch
38 ausrichten und fordern konkrete und nachvollziehbare Ziele und
39 deren Umsetzen zur Reduktion von Emissionen. Regionale Um-
40 weltzonen sollen diesen Weg unterstützen. Eine Förderung des
41 öffentlichen Personennahverkehrs und Mobilitätsmanagement
42 gehören ebenso dazu.
- 43 ➤ Wir wollen eine umgehende Neuausrichtung der europäischen
44 Agrarpolitik, die stärker auf die Entwicklung ländlicher Räume
45 statt auf die Einzelförderung großer landwirtschaftlicher Betriebe
46 setzt. Dies ist auch bereits in der laufenden Förderperiode der
47 europäischen Agrarpolitik möglich.
- 48 ➤ Wir wollen zur Förderung der ländlichen Regionen die Chancen
49 regenerativer Energien (Biomasse) nutzen, ohne dabei die Flä-
50 chen zur Produktion von Nahrungsmitteln zur Disposition zu
51 stellen.

4. Gute Lebensbedingungen: dafür sorgen die Gemeinden

Moderne Daseinsvorsorge ist eine kommunale Aufgabe

Die Kommunen haben die Aufgabe, für Bürgerinnen und Bürger effizient und kostengünstig ein gleichwertiges, diskriminierungsfreies und flächendeckendes Angebot notwendiger Dienstleistungen und Güter hoher Qualität zu gewährleisten.

Wir Sozialdemokraten haben einen umfassenden Begriff von kommunaler Daseinsvorsorge, der sich nicht nur auf die materielle Grundversorgung bezieht, sondern auch die sozialen und kulturellen Aufgaben der Städte und Gemeinden umfasst. Auch die Organisation von Straßenbau und Straßenreinigung, Wohnungsbau, Bauleitplanung, Sozialhilfe, Jugendhilfe, Kinderbetreuung, Schulträgerschaft, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und öffentliche Sicherheit gehören zur Daseinsvorsorge.

Die Leistungen der kommunalen Grundversorgung müssen bezahlbar bleiben.

Deshalb muss die öffentliche Eigentümerstruktur gestärkt werden, wobei auch die Bewahrung und Vermehrung des öffentlichen Eigentums von besonderer Bedeutung ist. Nur so kann der Einfluss auf Kernbereiche der Daseinsvorsorge sichergestellt werden.

Die ideologische Politik des "Privat vor Staat" gefährdet die kommunale Daseinsvorsorge. Wir denken und handeln anders: Sozialdemokraten lehnen privatwirtschaftliches Engagement nicht ab, aber die öffentliche Verantwortung für die Daseinsvorsorge muss gesichert bleiben. Für uns sind Städte, Kreise und Gemeinden mehr als Standorte privatisierter Ver- und Entsorgungskonzerne, kommerzialisierter Sport- und Freizeiteinrichtungen und sozialgewerblicher Einrichtungen.

Dies wird besonders deutlich bei der Versorgung mit Energie und dem wichtigsten Lebensmittel Wasser, im öffentlichen Personennahverkehr, bei der Entsorgung von Abfall und Abwasser und im Gesundheitsbereich.

Die Versorgung mit preiswertem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung bleibt angesichts des demografischen Wandels eine Aufgabe der kommunalen Wohnungswirtschaft. Projekte der Stadtentwicklung und Stadterneuerung können häufig nur mit öffentlichen Unternehmen umgesetzt werden. Deshalb sind kommunale Wohnungsunternehmen, unverzichtbar. Dabei hat auch der genossenschaftliche getragene Wohnungsbau seinen Platz.

Das öffentliche Sparkassenwesen gewährleistet die Versorgung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen und des Handwerks mit Krediten. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen müssen erhalten bleiben. Pläne, die Sparkassen für privates Kapital zu öffnen, sind mit dem öffentlichen Auftrag nicht zu vereinbaren und schwächen unsere Volkswirtschaft.

Kommunale Unternehmen sichern Arbeitsplätze, schaffen überdurchschnittlich viele Ausbildungsplätze und sind verlässliche Partner von Handwerk und Mittelstand. Öffentliche Daseinsvorsorge mit hoher Qualität und zu bezahlbaren Preisen ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und Arbeitnehmer. Sie sind im regionalen und internationalen Standortwettbewerb von Bedeutung.

Kommunale Selbstverwaltung umfasst das Recht und die Freiheit zur wirtschaftlichen Betätigung. Ohne kommunale Unternehmen ist die

1 Handlungsfähigkeit der Kommunen gefährdet. Kommunale Unter-
2 nehmen dürfen nicht diskriminiert werden. Es muss Chancengleich-
3 heit im Interesse einer kostengünstigen Aufgabenerfüllung bestehen.
4 Die Kommunen müssen die Möglichkeiten haben, ihre Einnahmen
5 selbst zu beeinflussen. Sie dürfen nicht ausschließlich von staatlichen
6 Zuweisungen abhängig sein.

7 Erfolgreiche kommunale Unternehmen erwirtschaften Erträge für die
8 örtliche Gemeinschaft und schütten eine soziale Dividende aus. Ver-
9 eins- und Kulturförderung, umweltschonender Verkehr, Klimaschutz,
10 Unterstützung des Breitensports und zahlreiche soziale Förderungen
11 werden daraus finanziert. Von unseren politischen Vertreter/innen in
12 den Aufsichtsgremien erwarten wir, dass sie sich für eine verbrau-
13 cherpolitische Vorbildfunktion der kommunalen Unternehmen einset-
14 zen.

15 Die Menschen vor Ort erwarten, dass die Kommunen Verantwortung
16 für die Daseinsvorsorge behalten und diese aktiv gestalten. Die Da-
17 seinsvorsorge darf nicht von privaten Gewinninteressen bestimmt
18 werden. Vielmehr müssen kommunale Unternehmen so gestärkt
19 werden, dass sie in wirksame Konkurrenz zu privaten Monopolen und
20 Oligopolen treten können. Hierin unterscheiden sich Sozialdemokra-
21 ten von Vertretern neoliberaler Ansätze.

22 Da die öffentliche Daseinsvorsorge der Grundversorgung und der Si-
23 cherung der Lebensqualität der Menschen in den Städten, Gemein-
24 den und Kreisen dient, dürfen elementare Bedürfnisse, Güter und
25 Dienstleistungen nicht zu beliebigen Waren gemacht werden, die
26 ausschließlich Marktmechanismen unterliegen, weil damit ungerechte
27 und unsoziale Folgen verbunden sind.

28 Städte, Gemeinden und Kreise sollen im Rahmen ihrer kommunalen
29 Selbstverwaltung eigenverantwortlich darüber entscheiden können,
30 ob und wie sie öffentliche Dienstleistungen entweder selbst erbrin-
31 gen, ein kommunales Unternehmen damit betrauen, eine institutio-
32 nelle oder vertragliche Öffentlich - Private - Partnerschaft eingehen
33 oder sie an private Unternehmen vergeben möchten.

34 Vielfalt und Qualität der Leistungen, die kommunale Unternehmen in
35 den verschiedenen Bereichen kommunaler Daseinsvorsorge erbrin-
36 gen, zeigen, wie wichtig die Entscheidungsfreiheit der Kommunen ist.

37 Bei Veräußerungen von kommunalem Vermögen muss der kurzfris-
38 tige Erlös und der langfristige Verlust von Handlungs- und Einnah-
39 memöglichkeiten sorgfältig gegeneinander abgewogen werden. Einen
40 Zwang zur Vermögensveräußerung lehnen wir ab.

41 Die kommunalfeindliche Änderung der Gemeindeordnung in NRW
42 durch die schwarz-gelbe Landesregierung gefährdet die kommunale
43 Daseinsvorsorge. Der grundsätzliche Vorrang der Privatwirtschaft vor
44 der Kommunalwirtschaft entspringt ideologischen Mustern, ist nicht
45 pragmatisch und stellt nicht die Interessen der Menschen in den Mit-
46 telpunkt der Politik

47 Kommunale Unternehmen dürfen nicht diskriminiert werden. Sie
48 müssen unter fairen Bedingungen am Wettbewerb teilnehmen kön-
49 nen. Deshalb werden wir die Änderungen im Gemeindegewirtschafts-
50 recht rückgängig machen.

51 Wir wollen Chancengleichheit für die Kommunalwirtschaft in NRW
52 und in der Bundesrepublik. Es darf nicht sein, dass kommunale Un-
53 ternehmen innerhalb Deutschlands durch unterschiedliche rechtliche

1 Rahmenbedingungen untereinander und gegenüber der Privatwirt-
2 schaft benachteiligt werden.

3 Deshalb setzt sich die SPD in Nordrhein-Westfalen dafür ein, dass
4 der steuerliche Querverbund erhalten und die wirtschaftliche Betäti-
5 gung der Kommunen europarechtlich abgesichert wird. Hoheitliche
6 Aufgabenerfüllungen durch die Kommunen im Bereich der Abfall- und
7 Abwasserentsorgung müssen im Interesse der Bürgerinnen und Bür-
8 ger steuerbefreit bleiben. Eine Umsatzsteuer auf die Abfall- und Ab-
9 wassergebühr bringt den Bürgerinnen und Bürgern keine Mehrleist-
10 ung, sondern nur eine Mehrbelastung.

11

12 **Dafür steht die SPD in NRW:**

- 13 ➤ Wir Sozialdemokraten haben einen umfassenden Begriff von
14 kommunaler Daseinsvorsorge, der sich nicht nur auf die mate-
15 rielle Grundversorgung bezieht, sondern auch die sozialen und
16 kulturellen Aufgaben der Städte und Gemeinden umfasst.
- 17 ➤ Die ideologische Politik des "Privat vor Staat" gefährdet die
18 kommunale Daseinsvorsorge. Sozialdemokraten lehnen privat-
19 wirtschaftliches Engagement nicht ab, aber die öffentliche Ver-
20 antwortung für die Daseinsvorsorge muss gesichert bleiben.
- 21 ➤ Kommunale Unternehmen dürfen nicht diskriminiert werden, des-
22 halb müssen die Änderungen im Gemeindegewirtschaftsrecht rück-
23 gängig gemacht werden.
- 24 ➤ Die Strukturen der öffentlich-rechtlichen Sparkassen müssen
25 erhalten bleiben. Pläne, die Sparkassen für privates Kapital zu
26 öffnen, sind mit dem öffentlichen Auftrag nicht zu vereinbaren.
- 27 ➤ Kommunale Wohnungsunternehmen sichern die Versorgung der
28 Bevölkerung mit preiswertem Wohnraum und nehmen wichtige
29 Aufgaben der Stadtentwicklung wahr.

30

31 **5. Die Finanzkraft der Kommunen stärken!**

32

33 Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist in hohem Maße von den
34 finanziellen Spielräumen, die vor Ort bestehen, abhängig. Selbst bei
35 günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind viele Kommu-
36 nen nicht mehr in der Lage, ihre strukturellen Defizite auszugleichen.

37 Das anhaltend hohe Niveau der Kassenkredite ist dafür ein ein-
38 drucksvoller Beleg. Es besteht gleichzeitig ein erheblicher Investiti-
39 onsbedarf in die Infrastruktur.

40 Die schwarz-gelbe Landesregierung spart nicht im Bereich ihrer eige-
41 nen Zuständigkeit, sondern entlastet sich auf Kosten der Kommunen.
42 Sie entzieht ihnen die Beteiligung an der Grunderwerbssteuer. Sie
43 verdoppelt die Finanzlasten bei den Krankenhäusern

44 Wesentliche Teile der Landesverwaltung werden kommunalisiert,
45 ohne die Kosten nach dem Konnexitätsprinzip zu übertragen, wie
46 dies am Beispiel der Umweltverwaltung und der Versorgungsverwal-
47 tung deutlich geworden ist. Die SPD in Nordrhein-Westfalen steht
48 zum verfassungsrechtlich festgelegten Grundsatz der Konnexität und
49 fordert dessen strikte Einhaltung.

50 Der SPD in der Bundesregierung und im Bundestag hat für den Erhalt
51 der Gewerbesteuer gesorgt. Trotz konjunkturell bedingter Mehrein-

1 nahmen arbeiten zahlreiche Kommunen notgedrungen mit Haus-
2 haltssicherungskonzepten oder befinden sich im Nothaushaltsrecht.
3 Dies zeigt, dass eine dynamische Fortentwicklung der Gewerbe-
4 steuer erforderlich ist.

5 Größeren finanziellen Handlungsspielraum können die Kommunen
6 gewinnen, wenn die Finanzmittel zwischen den staatlichen Ebenen
7 neu verteilt und zwischen den Kommunen sachgerecht ausgeglichen
8 werden.

9 Die NRWSPD unterstützt die Forderung der Kommunalen Spitzen-
10 verbände, die Städte und Gemeinden mit Nothaushalten vom Eigen-
11 anteil beim Wettbewerb zur Vergabe von Fördermitteln zu befreien.

12 Der Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, dass sich das Land auch
13 beim Solidarpakt auf Kosten der Kommunen entlastet hat. Sämtliche
14 überzahlten Beträge müssen den Kommunen sofort zurückerstattet
15 werden. Die Verteilungsregelung zwischen Land und Kommunen
16 muss so verändert werden, dass es nicht mehr zu Überzahlungen der
17 Kommunen kommt.

18 Darüber hinaus fordern wir eine Neuausrichtung des Solidarpaktes,
19 der sich nicht „nach Himmelsrichtung“, sondern nachvollziehbaren
20 Strukturkriterien orientiert muss.

21 Die Verteilung von Pflichten und Lasten im öffentlichen Bereich be-
22 darf einer Überprüfung. Beispielsweise führt die Inanspruchnahme
23 der Grundsicherung im Alter zu höheren Ausgaben vor Ort, für die es
24 keine Kompensation gibt. Im Bereich des Wohngeldes hat zwar die
25 Anzahl der Bedarfsgemeinschaften abgenommen, aber die Ausgaben
26 für die Bedarfsgemeinschaften sind gestiegen. Hierdurch werden die
27 Kommunen belastet.

28 Wegen der unzureichenden Finanzausstattung muss die starre Ein-
29 teilung in Pflichtaufgaben und freiwillige Aufgaben der Gemeinden
30 überprüft werden. Diese Unterscheidung ist zumindest in den Berei-
31 chen fragwürdig, in denen strukturschwache Gemeinden auf präven-
32 tive Ausgaben verzichten müssen, die das Entstehen wesentlich hö-
33 herer Kosten im Bereich der Pflichtaufgaben verhindern würden.

34 Für die SPD in Nordrhein-Westfalen ist die Solidarität in der kommu-
35 nalen Familie unverzichtbar. Deshalb muss der kommunale Finanz-
36 ausgleich die unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen in den
37 Gebietskörperschaften berücksichtigen.

38 Die Landesregierung hat die Handlungsfreiheit der Kommunen im Be-
39 reich der Kommunalwirtschaft massiv beeinträchtigt. Auch aus fi-
40 nanzpolitischer Sicht muss die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunal-
41 wirtschaft wiederhergestellt werden.

42 Die kommunale Selbstverwaltung ist in der Verfassung verankert.
43 Schon deshalb darf eine angespannte finanzielle Situation kein Alibi
44 für Untätigkeit sein. Zur kommunalen Finanzverantwortung gehört
45 Ausgabendisziplin. Ziel sozialdemokratischer Finanzpolitik ist es des-
46 halb, finanzielle Mittel verantwortungsvoll einzusetzen und die Lasten
47 für nachfolgende Generationen im Auge zu behalten. Investitionen
48 müssen nachhaltig und konsumtive Aufwendungen effizient und wir-
49 kungsorientiert erbracht werden.

50 Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, trotz enger Spielräume
51 alle Möglichkeiten der Konsolidierung ihrer Finanzen auszuschöpfen.
52 Modernes Finanzmanagement muss allerdings auch auf der kommu-
53 nalen Ebene so gesichert werden, dass der Umgang mit Steuergel-

1 dern nicht spekulativ erfolgt. Der Verkauf kommunalen Eigentums
 2 und die Veräußerung kommunaler Beteiligungen sind allerdings in
 3 der Regel zur Konsolidierung nur dann geeignet, wenn auch die Ur-
 4 sachen struktureller Defizite ausgeglichen werden können. Andern-
 5 falls besteht neben dem Verlust an Steuerungsmöglichkeiten und
 6 Einfluss die Gefahr weiterer struktureller Verschlechterungen.

8 **Dafür steht die SPD in NRW:**

- 9 ➤ eine unverzügliche, vollständige und auflagenfreie Erstattung der
- 10 kommunalen Finanzmittel aus dem Solidarbeitragsgesetz als
- 11 Konsequenz des Verfassungsgerichtsurteils NRW,
- 12 ➤ die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips,
- 13 ➤ die Gewerbesteuer zu erhalten und weiterzuentwickeln,
- 14 ➤ die Finanzkraft strukturschwacher Kommunen zu stärken,
- 15 ➤ die Pflichtaufgaben auf das Notwendige zu begrenzen,
- 16 ➤ die Mischfinanzierung zu überprüfen und zu reduzieren,
- 17 ➤ die Zuständigkeit für die Erfüllung der Aufgaben und ihre Finan-
- 18 zierung eindeutig zu definieren,
- 19 ➤ klare Kriterien für die Ausgestaltung des kommunalen Finanzaus-
- 20 gleichs zu formulieren,
- 21 ➤ eine Gemeindefinanzreform auf der Ebene des Bundes,
- 22 ➤ die Rücknahme der kommunalfeindlichen finanzpolitischen Ent-
- 23 scheidungen des Landes, wie die Wegnahme des kommunalen
- 24 Anteils an der Grunderwerbssteuer und die Verdopplung der
- 25 Krankenhauspauschale,
- 26 ➤ eine Ergänzung des Solidarpaktes, der die besondere Situation
- 27 von Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen mit erhebli-
- 28 chen Strukturproblemen einbezieht,
- 29 ➤ einen verlässlichen und auskömmlichen kommunalen Finanzaus-
- 30 gleich für unsere Städte und Gemeinden.

32 **6. Gute Arbeit – Wirtschaftspolitik in Kommunen und Regionen**

33 Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung
 34 beruflicher Perspektiven für junge Menschen bleibt für die SPD in
 35 Nordrhein-Westfalen eine herausragende politische Aufgabe. Dies gilt
 36 sowohl für städtisch geprägte Ballungsräume als auch für den ländli-
 37 chen Bereich.

38 Nordrhein-Westfalen hat wirtschaftlich attraktive Regionen mit erheb-
 39 lichen Potentialen. Qualifizierte und hochmotivierte Arbeitnehmerin-
 40 nen und Arbeitnehmer schaffen die Voraussetzungen für Wachstum
 41 und wirtschaftliche Erneuerung. Kleine und mittelständische Unter-
 42 nehmen bilden das Rückgrat wirtschaftlicher Prosperität und Beschäf-
 43 tigung. Gemeinsam mit Industrie, Mittelstand Handwerk und Gewerk-
 44 schaften müssen vor Ort gute Bedingungen für Unternehmen und si-
 45 chere Arbeitsplätze geschaffen werden.

46 Die sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels in Nordrhein-
 47 Westfalen gehört zu den großen Leistungen der SPD in unserem
 48 Land. Kommunale Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und staatli-
 49 che Politik unterstützen und ergänzen sich.

Einfügen nach Zeile 25:

- *einen verantwortungsvollen Einsatz finanzielle Mittel und nachhaltiges Wirtschaften, das die Lasten für nachfolgende Generationen im Auge behält,*

Einfügen Zeile 35:

Aufgaben. Wir wollen gute Arbeit in den Städten, Gemeinden und Kreisen. Und wir wollen guten Lohn für gute Arbeit.

1 Neben den privaten Akteuren nehmen auch die Kommunen selbst als
2 Arbeitgeber und große Investoren eine wichtige Rolle im Wirtschafts-
3 geschehen ein. Ein Abbau des hohen Investitionsbedarfs in die
4 öffentliche Infrastruktur leistet wirksame Impulse für die regionale
5 Wirtschaft. Kommunale Unternehmen sind große Arbeitgeber und
6 stellen viele Ausbildungsplätze zur Verfügung. Eine starke Kommunalwirtschaft ist weniger Konkurrent als vielmehr Partner der Unternehmen vor Ort.

9 Regional und örtlich vorhandene Kompetenzen sind wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik. Wir werden deshalb den Technologietransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Betrieben unterstützen.

13 Kommunale Wirtschaftspolitik darf nicht an den Grenzen der Gebietskörperschaften enden. Die Zusammenarbeit und die Vernetzung in den Regionen unseres Landes stärken den Wirtschaftsstandort. Die regionale Strukturpolitik, die Konzentration auf regionale Cluster und die Förderung von Kooperation und Konsens zwischen Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften sind ein Markenzeichen zukunftsorientierter Wirtschaftsförderung.

20 Industrie- und große Dienstleistungsunternehmen müssen ihre Verantwortung für die lokale Wirtschaft und den regionalen Arbeitsmarkt wahrnehmen und darin eingebunden werden. Standortverlagerungen im europäischen Subventionswettbewerb trotz guter Rentabilität und Absatzmärkte, treffen auf unseren entschiedenen Widerstand.

25 Arbeit und Umwelt bilden einen Zusammenhang. Hohe Umweltstandards und eine nachhaltige Wirtschaftspolitik können neue Wachstumsmärkte erschließen. Im Sinne einer aktiven Verbraucherpolitik wollen wir Verbraucher/innen durch Bildung, Information und Beratung als Träger der Nachfrage stärken und damit einen fairen Wettbewerb auf bestehenden und sich neu entwickelnden Märkten ermöglichen.

32 Zu unserem Verständnis von Wirtschaftsförderung gehört auch die Unterstützung der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch neue Arbeitszeitmodelle und die Förderung von Teilzeitangeboten für Männer und Frauen. Besondere Förderberatung und Unterstützungen für Gründerinnen, Werbung für Ausbildungsplätze in gewerblich technischen Berufen für junge Frauen, u. ä. sind nötig.

38 Sozialdemokratische Wirtschaftsförderung setzt sich verstärkt für kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründer ein. Dies geschieht vor allem durch gezielte Gründungsberatung, Bestandspflege und Bestandsentwicklung, Innovationsförderung sowie die Entwicklung von Kooperationen. Leistungen der Verwaltung aus einer Hand („one-stop-agency“), Hilfen beim Standort- und Unternehmensmarketing, die Förderung von Standortgemeinschaften (z.B. Gewerbehöfe) sind Beispiel fortschrittlicher Wirtschaftsförderung, die wir unterstützen.

47 Unsere Bodenvorratspolitik setzt auf modernes Flächenmanagement, das durch An- und Verkauf, Flächenrecycling und Neuerschließung gewerblicher Flächen ein möglichst vielfältiges Angebot für alle Formen der Nachfrage bereithält und ungerechtfertigten Flächenverbrauch stoppt.

52 Attraktive Standorte brauchen die Nähe zu den Absatzmärkten, gute technische Infrastruktur und qualifizierte Beschäftigte. Mehr und mehr spielt im regionalen und nationalen Standortwettbewerb das Bil-

Ersetzen Zeile 3:

Investitionsbedarfsstaus und Befriedigung des Investitionsbedarfs.

Einfügen und ersetzen Zeile 32:

Eine erfolgreiche Wirtschaftsförderung in den Kommunen ist auf ein großes Angebot gut ausgebildeter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen. Zu unserem Verständnis von Wirtschaftsförderung gehört Deshalb gehört zur Wirtschaftsförderung auch die...

Einfügen Zeile 46:

Die Kommunen müssen deshalb die Chancen, die die „einheitliche Dienstleistungsrichtlinie der EU“ mit dem sogenannten „einheitlichen Ansprechpartner“ für die Unternehmen bietet, eigenverantwortlich nutzen können.

1 dungsangebot, die kulturelle und soziale Infrastruktur, Einkaufsattraktivität und das Sportangebot eine Rolle. Die Verknüpfung von Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing muss die klassische Trennung zwischen harten und weichen Standortfaktoren überwinden

5 Für Sozialdemokraten ist Arbeit nicht nur wirtschaftliche Existenzgrundlage. Sie ist auch Voraussetzung für gesellschaftliche Anerkennung und das Selbstwertgefühl der Menschen. Auch wenn die Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf kommunaler Ebene begrenzt sind, nehmen wir unsere lokale Verantwortung bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen wahr.

11 Zur Förderung neuer Arbeitsplätze gehören auch solche für behinderte Menschen. Sozialdemokratische Kommunalpolitik unterstützt die Arbeit der Integrationsämter bei den Landschaftsverbänden, die die Errichtung von Arbeitsplätzen für behinderte Menschen finanzieren und Anreize für Arbeitgeber schaffen, wie dies beispielhaft in den Integrationsfirmen in Nordrhein-Westfalen geschieht.

17 Kommunaler Sachverstand muss bei der Überwindung der Arbeitslosigkeit verbindlich eingebunden werden. Die lokalen und regionalen Kenntnisse über den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftsstruktur sind für die gezielte Förderung unverzichtbar. Dabei liegt die Hauptverantwortung allerdings weiterhin bei der Bundesebene.

22 Vor Ort organisierte öffentlich geförderte Arbeit kann einen Weg in den ersten Arbeitsmarkt ebnen. Wir verfolgen das Prinzip „Fördern und Fordern“. Allen Arbeitssuchenden soll eine Beschäftigungs- oder Ausbildungsmöglichkeit geboten werden. Zudem müssen die Möglichkeiten der Ausbildung und Qualifikation für Arbeitssuchende verbessert werden. Wir fordern aber auch die Mitverantwortung der Betroffenen im Einzelfall.

29 Sozial notwendige und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigungsmaßnahmen und -projekte müssen initiiert und durchgeführt werden, denn unser Leitbild ist die Förderung guter Arbeit und nicht die Alimantation von Arbeitslosigkeit. Gleichwohl halten wir die Einrichtung eines dritten Arbeitsmarktes (sozialer Arbeitsmarkt) für erforderlich, damit diejenigen Personen, die nur in Ausnahmefällen eine Chance zur Integration in den regulären Arbeitsmarkt haben, Beschäftigung finden.

37

38 **Dafür steht die SPD in NRW:**

- 39 ➤ Kommunale Wirtschaftsförderung unterstützt die Schaffung von Arbeitsplätzen, sie sichert und verbessert die Standortbedingungen für Unternehmen und fördert die Modernisierung lokaler und regionaler Standorte.
- 43 ➤ Wir unterstützen den Technologietransfer zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Betrieben, fördern Existenzgründungen und kümmern uns im Rahmen von Bestandspflege und –entwicklung um die Unternehmen vor Ort.
- 47 ➤ Standortverlagerungen im europäischen Subventionswettbewerb trotz guter Rentabilität und Absatzmärkte treffen auf unseren entschiedenen Widerstand.
- 50 ➤ Die regionale Strukturpolitik, die Konzentration auf regionale Cluster und die Förderung von Kooperation und Konsens zwischen Unternehmen, Kammern und Gewerkschaften sind ein Markenzeichen zukunftsorientierter Wirtschaftsförderung.

Einfügen Zeile 21:

Bei der Umsetzung des Europäischen Sozialfonds in NRW fordern wir vom Land eine partnerschaftliche Beteiligung der Kommunen, der Sozialpartner und weiterer regionaler Institutionen bei der Entwicklung und Auswahl geeigneter Projekte.

Ersetzen Zeile 50:

regionale
Durch:
regionalisierte

Einfügen Zeile 53:

Sie ist ein wichtiger Baustein zur Wissensgesellschaft, bei dem Arbeitnehmerorganisationen und Kommunen beteiligt werden müssen.

- 1 ➤ Wir fördern die Erwerbstätigkeit von Frauen und unterstützen
2 Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- 3 ➤ Wir halten die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes für einen
4 sinnvollen Weg, um auch denjenigen, die kurz- und mittelfristig
5 keine Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben,
6 eine job - Perspektive zu bieten.
- 7 ➤ Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wollen wir die Zusam-
8 menarbeit der Agentur für Arbeit mit den lokalen Akteuren fortset-
9 zen und verbessern. Wir sind davon überzeugt, dass die lokale
10 Kompetenz der beiden Ebenen zu Synergieeffekten führt. Über-
11 dies steht die Verantwortung des Bundes für die Bekämpfung der
12 Arbeitslosigkeit außer Zweifel.

13

14 7. Verbraucherpolitik als kommunale Aufgabe

15 Die Veränderungen von Gesellschaft und Wirtschaft nehmen die
16 Menschen nicht nur an ihrem Arbeitsplatz wahr, sie sind auch als
17 Verbraucher immer wieder mit neuen Entwicklungen und Herausfor-
18 derungen konfrontiert.

19 Güter und Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand angeboten
20 werden, Infrastrukturleistungen und die Attraktivität von Städten im
21 Allgemeinen nehmen die Bürgerinnen und Bürger als Verbraucherin-
22 nen und Verbraucher wahr. Dabei geht es um Umfang und Qualität
23 der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen.

24 Verbraucherpolitik muss daher auch eine Perspektive sozialdemokra-
25 tischer Kommunalpolitik sein.

26 Aus kommunaler Sicht ist das breite Angebot von Beratungsstellen
27 der Verbraucherzentrale NRW sinnvoll und notwendig. Deshalb tra-
28 gen die Kommunen auch jeweils die Hälfte der Kosten der lokalen
29 Verbraucherberatungsstellen. Sozialdemokraten stehen dafür ein,
30 das Netz an bürgernahen Anlaufstellen für die Verbraucherinnen und
31 Verbraucher flächendeckend zu sichern und auszubauen.

32 Wir erwarten vom Land, dass es seine Kürzungen der Verbraucher-
33 beratung in NRW zurücknimmt und den Bestand der Verbraucherbe-
34 ratungsstellen sichert.

35 Es gehört zum öffentlichen Auftrag der kommunalen Weiterbildungs-
36 träger durch Bildung, Information und Beratung das Verbraucherbe-
37 wusstsein fördern. Dies gilt für alle Bildungsinstanzen von Kinder-
38 gärten über Schulen bis hin zu Einrichtungen der außerschulischen
39 Jugend- und Erwachsenenbildung.

40 Die SPD will die Verbraucherpolitik auch auf der kommunalen Ebene
41 fördern und unterstützen. Lokale Verbraucherpolitik ist für uns auch
42 Ausdruck von Bürgernähe.

43

44 **Dafür steht die SPD in NRW:**

- 45 ➤ Art und Umfang kommunaler Schuldnerberatung sind ein wichti-
46 ges Element, um die Überschuldung privater Haushalte zu redu-
47 zieren, die sich auch in den Ausgaben der Sozialhaushalte nie-
48 derschlagen können,
- 49 ➤ die Sicherung von Fahrgastrechten in einem leistungsfähigen
50 öffentlichen Personennahverkehr,

Einfügen nach Zeile 44:

- *Die Unterstützung von Verbraucherinnen und Verbrauchern bei allgemeinen Rechtsfragen.*

- 1 ➤ die technische Verschmelzung im Bereich von Rundfunk, Fernsehen
2 und Telefon (Digitale Konvergenz), bei der es um Transparenz
3 und die Sicherung von Mieterinteressen geht,
- 4 ➤ Fachberatungen bei energetischer Gebäudesanierung durch die
5 Verbraucherzentrale NRW oder kommunale Versorgungsunternehmen
6 tragen zum Klimaschutz und reduzieren die Energiekosten
7 von Mietern und Hausbesitzern („zweiten Miete“),
- 8 ➤ Vermittlung von Basiskompetenzen wie der Ernährungsbildung
9 (gesunde Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen),
- 10 ➤ die Gewährleistung einer anbieterunabhängigen Gesundheits-,
11 Pflege- und Wohnanpassungsberatung, um den Menschen eine
12 neutrale Orientierung zu bieten und Kosten bei den Kommunen
13 und Sozialhilfeträgern zu sparen,
- 14 ➤ Förderung regionaler und biologischer Produkte und ihrer Ver-
15 marktung,
- 16 ➤ bürgernahe Dienstleistungen der Verwaltung,
- 17 ➤ verbraucherfreundliches Verhalten von privaten und öffentlichen
18 Unternehmen.

19

20 **8. Mobilität – umweltgerecht und bürgerfreundlich**

21 Mobilität ist ein Element der Lebensqualität und eröffnet mehr Mög-
22 lichkeiten, sich frei bewegen zu können. Gleichzeitig beeinträchtigen
23 die Auswirkungen des Verkehrs die Menschen und die Umwelt.

24 Kommunale sozialdemokratische Verkehrspolitik dient dem Ziel, allen
25 mehr Mobilität zu ermöglichen, ohne Umwelt und Lebensqualität in
26 den Städten zu ruinieren. Sie ist Teil der Klimaschutzpolitik auf lokaler
27 Ebene (vgl. Kapitel 9 Umweltpolitik).

28 Angesichts der Folgen des motorisierten Verkehrs ist Verkehrsver-
29 meidung ein verkehrspolitisches Ziel. Kommunale Stadtentwicklungs-
30 planung sollte deshalb „kurze Wege“ ermöglichen.

31 Wir wollen die fahrradfreundliche Stadt und setzen uns für die Gleich-
32 berechtigung aller Verkehrsteilnehmer im öffentlichen Raum ein.

33 Carsharing und ähnliche Konzepte sind zu unterstützen. Sie dienen
34 nicht nur umweltfreundlicher Mobilität, sie entsprechen auch einem
35 solidarischen und gemeinschaftlichen Gesellschaftsmodell. Moderne
36 Dienstleistungen wie Bring-Services oder Ähnliches vermeiden nicht
37 nur Autoverkehr, sondern sie ermöglichen auch Teilhabe für diejeni-
38 gen, die selbst nicht oder nicht mehr mobil sein können.

39 Die Zersiedelung immer weiterer Gebiete muss vermieden und Frei-
40 flächen für Umwelt und Erholung sollen nicht durch überflüssige
41 Straßenbauprojekte zerstört werden.

42 Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Verkehrsverlagerung durch weite-
43 ren Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs im Verbund, die
44 Sicherung der Mobilität der Fußgänger und Fahrradfahrer und die
45 Verlagerung von Güterverkehren auf umweltfreundliche Transport-
46 mittel (Schiene und Wasserstraßen) zu fördern.

47 Die Verbesserung der Verkehrssicherheit ist ein wichtiges Anliegen
48 einer sozialen Verkehrspolitik. Die flächendeckende Einführung von
49 Tempo 30 in den Städten unter Ausnahme der Hauptverkehrsachsen
50 und –straßen, ist deshalb ein richtiger Weg.

1 Das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs wird durch Spar-
 2 maßnahmen der schwarz-gelben Landesregierung gefährdet und
 3 durch eine bürokratische Organisationsveränderungen unnötig aufge-
 4 bläht. Die ÖPNV-Finanzierung muss durch hinreichende Mittelzuwei-
 5 sung gesichert und durch eine rechtlich gesicherte, kommunale Quer-
 6 verbundsfinanzierung unterstützt werden können. Die Finanzierung
 7 von Ausgleichsleistungen für rabattierte Schüler- und Auszubilden-
 8 denverkehre sowie für Schwerbehindertenfreifahrten muss gesichert
 9 werden.

10 Für Instandhaltungs- und Erneuerungsarbeiten müssen ausreichend
 11 Mittel zur Verfügung stehen, damit die Qualität des ÖPNV nicht ge-
 12 gefährdet wird. Er muss eine echte Alternative zur Benutzung des Autos
 13 sein und nicht auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule die gängigen
 14 Vorurteile (u.a. immer zu spät, ständig überfüllt, doppelte Fahrzeit als
 15 mit dem Auto) für „Umsteiger“ in kürzester Zeit bestätigen. Sozials-
 16 tickets sind ein Weg, Menschen mit geringem Einkommen mehr Mobi-
 17 lität zu verschaffen.

18 Schwerpunkte kommunaler sozialdemokratischer Verkehrspolitik sind
 19 Konzepte der Verkehrsvernetzung und des Verkehrsmanagements.
 20 Kein Verkehrsträger kann die vorhersehbaren Steigerungen des Ver-
 21 kehrsauflommens allein bewältigen. Mobilität lässt sich nur durch
 22 enges Zusammenspiel unterschiedlicher Verkehrsträger sichern.

23

24 **Dafür steht die SPD in NRW:**

25 ➤ Wir wollen den Menschen Mobilität ermöglichen, den erforderli-
 26 chen Warenaustausch sichern und dennoch die Umweltbelastun-
 27 gen reduzieren.

28 ➤ Um allen vergleichbare Möglichkeiten zur Mobilität zu verschaf-
 29 fen, wollen wir die Einführung von Sozialtickets für Menschen mit
 30 geringeren Einkommen ermöglichen.

31 ➤ Die Kooperation der Verkehrsträger ist durch regionale und lokale
 32 Maßnahmen zu verbessern.

33 ➤ Die Organisation des ÖPNV soll einfach und unbürokratisch sein.
 34 Nahverkehrspläne müssen verbindlicher sein. Kommunen sollten
 35 Genehmigungen für Linienverkehre selber erteilen können. Wir
 36 sprechen uns für die Sicherstellung des ÖPNV durch kommunale
 37 Verkehrsunternehmen aus und geben, soweit möglich, einer
 38 marktorientierten Direktvergabe den Vorzug vor einer europa-
 39 weiten Ausschreibung

40 ➤ Die moderne Informations- und Kommunikationstechnik ist offen-
 41 sive für die Verbesserung des Gesamtverkehrssystems zu nutzen.
 42 Durch die Nutzung umweltschonender Technologien sollen vor-
 43 handene Kapazitäten effizienter genutzt und Engpässe beseitigen
 44 werden.

45 ➤ Wir setzen uns für die Stadt der kurzen Wege ein, die Rücksicht-
 46 nahme auf schwächere Verkehrsteilnehmer und eine städtische
 47 Verkehrsplanung aus der Perspektive der Kinder.

48 ➤ Fahrradfreundliche Stadtplanung, Radwege und konsequente
 49 Ampel-Vorrangschaltungen für den ÖPNV gehören ebenso dazu
 50 wie Park+Ride-Anlagen als sinnvolle Kombinationen der ver-
 51 schiedenen Verkehrsträger.

52 ➤ Ländliche Regionen sollen eine ausreichende ÖPNV-Anbindung
 53 untereinander und an die Ballungsräume haben.

Einfügen Zeile 10:

Erneuerungsarbeiten sowie
 mögliche Reaktivierungsmaß-
 nahmen von derzeit stillgeleg-
 ten Streckenabschnitten
 müssen

- 1 ➤ Das Projekt des „Gigaliners“ muss wegen seiner negativen
2 Auswirkungen auf den städtischen Straßenverkehr und die Ver-
3 kehrssicherheit eingestellt werden.
- 4 ➤ Eine gute Eisenbahninfrastruktur als wichtiger Standortvorteil ist
5 zu erhalten und zu fördern. Schienengüterverkehr dient neben
6 seinen Vorteilen für die Umwelt auch der Entlastung der Städte
7 vom LKW-Verkehr.
- 8 ➤ Bund und Land müssen einen angemessenen Beitrag zur Finan-
9 zierung umweltfreundlicher Verkehrsmittel leisten.
- 10 ➤ Verkehrsvermeidung, Verkehrsverlagerung und Lärmschutzmaß-
11 nahmen dienen der Reduktion des Verkehrslärms. Er beeinträch-
12 tigt Lebensqualität und Gesundheit vieler Bürgerinnen und Bür-
13 ger.

14

15 9. Global denken, lokal handeln: Umwelt-, Klima- und 16 Energiepolitik

17 Der Klimaschutz ist für die Menschheit eine außerordentlich große
18 Herausforderung. Es ist überfällig, endlich zu erkennen, dass Klima-
19 schutz und Umweltschutz nicht nur die Lebensgrundlage für Kinder
20 und Enkelkinder bewahrt, sondern der zentrale Schlüssel für neue
21 Technologien und neue Arbeitsplätze am Wirtschaftsstandort
22 Deutschland in einer globalisierten Weltwirtschaft sind.

23 Energie

24 Es ist unsere Aufgabe, den CO₂-Ausstoss jetzt massiv zu vermindern.
25 Der Energiebedarf von Gebäuden kann durch neue Fenster, Wärme-
26 dämmung, effizientere Heizungsanlagen erheblich vermindert wer-
27 den. Energieeinspar-Investitionen sind deshalb ausdrücklich zu för-
28 dern, um den Klimaschutz voranzubringen und um Arbeitsplätze ge-
29 gerade im mittelständischen Handwerk zu sichern und zu schaffen.
30 Hierzu gehört auch eine umfassende und kompetente Beratung der
31 Haus- und Gebäudeeigentümer, für die erkennbar werden muss,
32 dass sich Energieeinspar-Investitionen rentieren. Dieses gilt auch für
33 öffentliche Gebäude.

34 Die energetische Sanierung von Gebäuden muss auch aus kommun-
35 aler Sicht stärker gefördert werden. Dies ist ebenso aus Gründen
36 des Klimaschutzes wie auch angesichts rasant steigender Energie-
37 preise aus sozialen Gründen nötig (zweite Miete). Gerade Menschen
38 mit geringem Einkommen profitieren hiervon, da sie vorwiegend in
39 älteren Wohnungen mit geringem wärmetechnischem Standard woh-
40 nen.

41 Integrierte Umweltpolitik

42 Sozialdemokratische Umweltpolitik muss sich darauf konzentrieren,
43 vorzubeugen und nicht nur zu reparieren. Es bedarf einer vernetzten
44 Umweltpolitik, die alle Umweltmedien (Wasser, Boden, Luft) gleich-
45 zeitig im Blick hat und als ressortübergreifende Aufgabe verstanden
46 wird. Für einen aktiven Klima- und Umweltschutz sind dabei die
47 Kommunen und ihre kommunalen Unternehmen ein wichtiger Partner
48 nach dem Leitsatz „Global denken – lokal handeln“.

49 Hierzu gehört auch eine nachhaltige Stärkung des Öffentlichen Per-
50 sonennahverkehrs (s. Kap. II.8)

51 Die Wasser-/Trinkwasserversorgung, die Abfallentsorgung und die
52 Abwasserreinigung müssen in kommunaler Hand bleiben, weil die

Einfügen Zeile 1:

“Gigaliners“ (überlange und schwere LKW) muss

Einfügen Zeile 5:

fördern. In diesem Zusammen-
hang muss auch über die
Reaktivierung derzeit stillge-
legter Streckenabschnitte
nachgedacht und finanzielle
Mittel bereitgestellt werden.
Schienengüterverkehr

Einfügen nach Zeile 16:

Die SPD hat sich in ihrem
Grundsatzprogramm zur Ener-
giegewende als Schlüsselaufgabe
des 21. Jahrhundert bekannt und
die Notwendigkeit des Wegs in
das Solarzeitalter beschrieben.
Auch auf der kommunalen
Ebene wollen wir die Treibhaus-
gase reduzieren, erneuerbare
Energien fördern, Effizienztech-
nologien entwickeln und er-
schöpfliche Energien sparen.
Als Brücke ins solare Energie-
zeitalter setzen wir auf moderne
Kohle- und Gaskraftwerke mit
hocheffizientem Einsatz der Kraft
– Wärme – Kopplung.

Einfügen nach Zeile 40:

Zur Steigerung der Energie-
effizienz fördern wir den Bau von
Blockheizkraftwerken. Der Ein-
satz effizienter Technik im Rah-
men des gesamten Gebäude-
managements und des Einsatz-
es von technischem Gerät und
energiesparender Fahrzeuge im
Rahmen des kommunalen Be-
schaffungswesens sind unver-
zichtbare Investitionsfelder kom-
munaler Energie- und Klima-
politik.
Stadtwerke sollen durch ihre
eigene Produktion regenerative
Energien fördern, ihren Bezug
von Ökostrom steigern und die
Energieberatung ausbauen.
Auch Stadtplanung und Stadt-
entwicklung müssen sich stärker
als bisher den Erfordernissen
des Klimaschutzes stellen.

1 Kommunen seit Jahrzehnten ein verlässlicher Garant für eine um-
2 weltgerechte Ver- und Entsorgung sind. Sie garantieren eine orts-
3 nahe Grundversorgung auf der Grundlage des kommunalabgaben-
4 rechtlichen Kostendeckungsprinzips, das Gewinnstreben nicht er-
5 möglicht, sondern unter anderem durch den abgabenrechtlichen
6 Grundsatz der Erforderlichkeit der Kosten auf eine verträgliche Kos-
7 ten- und Gebührenentwicklung im Rahmen der Gesetze ausgerichtet
8 ist.

9 **Abfall**

10 Im Bereich der Abfallentsorgung ist durch die europa- und bundes-
11 rechtlich getrennte Entsorgung von Restmüll, Altpapier, Bioabfall und
12 Elektroaltgeräten ein hohes Maß an Schonung der natürlichen Roh-
13 stoffreserven erreicht worden. Gleichwohl erfordert die Abfallentsor-
14 gung auch zukünftig z. B. hochmoderne Müllverbrennungsanlagen
15 mit hervorragender Abgasreinigung, weil Abfälle wegen der hohen
16 Nachsorgekosten nicht mehr ohne Vorbehandlung auf Deponien ab-
17 gelagert werden dürfen.

18 Klimaschutz verlangt eine ortsnahe Entsorgung der Abfälle, damit
19 unnötige Abfalltransporte quer durch Deutschland und darüber hinaus
20 vermieden werden („Abfalltourismus“).

21 Im Lichte neuer Erkenntnisse muss die Erfassung, Sortierung und
22 Verwertung von gebrauchten Einwegverpackungen nach der Verpa-
23 ckungs-Verordnung neu strukturiert werden. Die ortsnahe Erfassung
24 der Einwegverpackungen muss durch eine Änderung der Verpa-
25 ckungs-Verordnung in die Hände der Städte und Gemeinden als öf-
26 fentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zurückgegeben werden, damit
27 wieder eine klar überschaubare sowie funktionssichere, ortsnahe
28 Entsorgungsstruktur geschaffen wird, die die Einwohner kennen und
29 der sie vertrauen.

30 Dieses schließt eine weiter bestehende Verantwortung der System-
31 betreiber für das Duale System sowie der privaten Entsorgungswirt-
32 schaft für die Sortierung und Verwertung gebrauchter Einwegverpa-
33 ckungen nicht aus.

34 **Abwasser**

35 Die Abwasserentsorgung muss in öffentlicher Verantwortung der
36 Städte und Gemeinden sowie der sondergesetzlichen Wasserver-
37 bände in NRW bleiben. In den vergangenen Jahrzehnten war diese
38 Trägerschaft der Garant für eine umweltgerechte und kostenorien-
39 tierte Aufgabenerfüllung. Die enge Verknüpfung der Abwasserentsor-
40 gung mit der kommunalen Bauleit- und Entwicklungsplanung erfordert
41 diese Struktur, die kompetente Ansprechpartner für die Bürgerinnen
42 und Bürger vor Ort bietet. Dieses gilt auch für die Dichteprüfungen
43 von Abwasserleitungen auf privaten Grundstücken und ihre kosten-
44 günstige Sanierung.

45 Erforderlich ist es aber auch, europäische Vorgaben wie die EU-
46 Wasserrahmenrichtlinie zur Verbesserung der Gewässergüte im
47 Gleichklang mit den anderen EU-Mitgliedsstaaten umzusetzen und
48 den in NRW über mehrere Jahrzehnte erreichten hohen Stand der
49 Abwasserreinigung und des Gewässerschutzes nicht klein zu reden.

50 **Luft**

51 Luftreinhalte ist Gesundheitsschutz. Daher müssen die Belastun-
52 gen etwa durch Feinstaub (Russpartikel; PM 10) in dem von der Eu-
53 ropäischen Union vorgegebenen Rechtsrahmen vermindert werden.

Einfügen Zeile 11:
*Altpapier, Klärschlamm-
entsorgung, Bioabfall*

Einfügen Zeile 40:
*Entwicklungsplanung, aber
auch der Hochwasserschutz
erfordern*

1 Neben den Umweltzonen dient auch eine vorsorgende Bauplanung
2 der Verbesserung der Luftqualität, in dem z. B. Frischluftschneisen in
3 den Innenstädten nicht zugebaut werden. Auch eine verbesserte Ab-
4 gasreinigung bei Hausbrandanlagen trägt zu einer Verbesserung der
5 Luftqualität bei.

6 Städte und Gemeinden dürfen aber bei dieser Aufgabe nicht allein
7 gelassen werden. Es ist unverzichtbar, dass auch der Bund und das
8 Land NRW einen Rechtsrahmen schaffen, der die Kommunen vor Ort
9 unterstützt.

10 **Lärm**

11 Lärm kann Menschen krank machen. Lärmaktionspläne sind ein In-
12 strument, um Lärmbelastungen für die betroffenen Bürgerinnen und
13 Bürger zu senken. Der Bau von Lärmschutzwänden, der Einbau von
14 Lärmschutzfenstern, die Verwendung geräuscharmer Fahrbahnbe-
15 läge sind Beispiele, die umgesetzt werden müssen. Bund und Land
16 sind aufgefordert, Lärminderungsmaßnahmen finanziell zu fördern.
17 Pläne zur Lärminderung allein lösen das Problem nicht.

18 **Natur- und Landschaftsschutz**

19 Der Verbrauch und der Schutz von Natur und Landschaft muss wie-
20 der eine verstärkte Rolle spielen. Der dramatische Flächenverbrauch
21 muss gestoppt werden, Biotopverbünde sind auszubauen, Lücken in
22 Grüngürteln zu schließen, Fluss- und Bachläufe zu renaturieren. In
23 den Schutz der Artenvielfalt sind auch die Kommunen eingebunden.
24 Sowohl die Kommunen als auch die Landesplanung sind gefordert,
25 Hochwassergefahren zu vermindern.

26 Ein wichtiger Baustein ist die Sanierung und Wiedernutzbarmachung
27 von Altlasten und Brachflächen, um die weitere Inanspruchnahme
28 „grüner Wiesen“ zu vermeiden.

29 Altlastensanierung und Brachflächen-Recycling sind deshalb aktiver
30 Naturschutz, der gerade in einem dicht besiedelten Land wie Nord-
31 rhein-Westfalen mit seinen vielfältigen Nutzungsansprüchen einer
32 starken Förderung durch das Land bedarf.

33

34 **Dafür steht die SPD in NRW:**

- 35 ➤ Wir verstehen aktiven Klima- und Umweltschutz, der nicht nur
36 repariert, sondern vorsorgt und die Lebensgrundlagen für Kinder
37 und Enkelkinder bewahrt als eine zentrale Aufgabe der Kommu-
38 nalpolitik. Er ist ein Schlüssel für neue Technologien und neue
39 Arbeitsplätze im Konzept kommunaler Wirtschaftsförderung.
- 40 ➤ Wir wollen aktive Förderung von Energieeinspar-Investitionen in
41 privaten und öffentlichen Gebäuden sowie eine Stärkung des
42 öffentlichen Personennahverkehrs zur Verminderung des CO₂-
43 Ausstoßes.
- 44 ➤ Wir fordern die Aufgabenträgerschaft der Kommunen in zentralen
45 Ver- und Entsorgungsbereichen.
- 46 ➤ Wir wollen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftreinhaltung
47 sowie eine Verminderung der Lärmbelastungen im Interessen der
48 Betroffenen umsetzen,
- 49 ➤ Wir setzen uns für eine deutliche Förderung der Wiedernutzbar-
50 machung von Altlasten- und Brachflächen zum Schutz „grüner
51 Wiesen“ im Interesse eines aktiven Naturschutzes und zur Ver-
52 minderung des Flächenverbrauchs ein.

- 1 ➤ Der Schutz von Natur und Landschaft sowie der Artenvielfalt
2 gehören zur kommunalen Umweltpolitik.
3

4 **10. Kulturraum Kommune**

5 Städte und Gemeinden werden wesentlich durch ihr kulturelles Profil
6 geprägt. Ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges kulturelles Ange-
7 bot ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität einer Stadt und för-
8 dert die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt. Kulturelle Aktivi-
9 täten und Investitionen in kulturelle Infrastruktur tragen wesentlich zur
10 nachhaltigen Entwicklung der Stadt und ihrer Stadtteile bei. Den
11 gleichberechtigten Zugang zur Kultur und zur kulturellen Bildung zur
12 gewährleisten, ist Aufgabe sozialdemokratischer Kommunalpolitik.
13 „Kultur für alle“ und „Kultur von allen“ gehören zu unserem Verständ-
14 nis kommunaler Kulturpolitik.

15 Seit Jahren wächst die wirtschaftliche Bedeutung der Kultur. Die
16 Kulturwirtschaft muss in die Ziele kommunaler Kulturpolitik einbezo-
17 gen werden, regionale Kooperationen kommunaler Kultureinrichtun-
18 gen sichern das kulturelle Angebot.

19 Das Kulturangebot leistet einen wichtigen Beitrag zur Imagebildung
20 der Städte und Gemeinden und stellt damit auch eine Verknüpfung
21 zum Tourismus her. Kulturelle Großereignisse wie die Kulturhaupt-
22 stadt 2010 prägen das Bild von einer Region wie dem Ruhrgebiet im
23 internationalen Zusammenhang.

24 Die Kulturhauptstadt 2010 bietet die einmalige Chance für das Ruhr-
25 gebiet, die gemeinsame Identität erkennbar werden zu lassen und die
26 Entwicklung zu einer Metropolregion zu befördern. Darüber hinaus
27 muss sie zum Labor werden, in dem neue Formen der Zusammenar-
28 beit, der europaweiten Vernetzung und der Zukunftsperspektiven für
29 die Kultur entwickelt werden. Dazu gilt es nachhaltige Kulturprojekte
30 umzusetzen, die den Strukturwandel voranbringen und der Integra-
31 tion der Menschen dienen, um so auch Modell für weitere Regionen
32 in Europa sein zu können.

33 Die regionale Kulturpolitik der vergangenen Jahre hat in allen Lan-
34 desteilen Netzwerke entstehen lassen, die wir weiterhin unterstützen,
35 weil sie die Zusammenarbeit der Kulturschaffenden fördern und den
36 Regionen neue kulturelle Impulse geben.

37 Kommunale Kulturpolitik kann auch einen wesentlichen Beitrag für
38 eine gelingende Integrationspolitik leisten. Gerade kulturelle Ange-
39 bote erhöhen das Verständnis für Menschen unterschiedlicher Her-
40 kunft, fördern Kommunikation und bilden Vertrauen.

41 Auf die großen gesellschaftlichen Herausforderungen muss Kommunal-
42 politik daher auch kulturpolitisch reagieren. Gleichzeitig hat die
43 Kultur einen Eigenwert als Ausdruck künstlerischer Gestaltung und
44 Sinnggebung für das Individuum. Kulturangebote bieten Räume zu ak-
45 tivem Erleben von Kunst in all ihren Formen, zum gemeinsamen kre-
46 ativen Schaffen, zu direkter Kommunikation frei von ökonomischen
47 Zwängen. Kulturelle Angebote sollen den Bürgerinnen und Bürgern
48 im Übrigen barrierefrei zur Verfügung stehen.

49 Die Sicherung eines umfassenden und vielfältigen Kulturangebotes
50 ist eine öffentliche Aufgabe. Kommerzielle Angebote sind notwendig
51 und häufig von guter Qualität. Sie ersetzen den öffentlichen Auftrag
52 jedoch nicht.

1 Nordrhein-Westfalen verfügt über ein sehr engmaschiges Netz unter-
 2 schiedlicher Kulturangebote: Museen, Theater, Musik, Bibliotheken,
 3 Volkshochschulen, die Sicherung des historischen Erbes, sowie die
 4 freie Kulturszene und Angebote der Stadtteilkultur sind unverzicht-
 5 bare Elemente des Kulturraums Stadt.

6 Kulturelle Bildung ist integraler Bestandteil der Allgemeinbildung. Bil-
 7 dung und Kultur gehören zusammen. Dieses Zusammenwirken muss
 8 vor Ort organisiert werden. Deshalb muss die Zusammenarbeit von
 9 Kulturschaffenden und –verantwortlichen mit Schulen (insbesondere
 10 Ganztagschulen), Einrichtungen der Jugendarbeit, Bibliotheken,
 11 aber auch in der Erwachsenenbildung unterstützt werden. Wir setzen
 12 uns insbesondere zum Ziel, bildungsferne Schichten zu erreichen.
 13 Dies verbessert nicht nur die Möglichkeiten zur Teilhabe an kulturel-
 14 len Angeboten, es sichert auch die Akzeptanz der Kultureinrichtun-
 15 gen.

16 Die Ausdehnung der Medienwelt eröffnet neue Chancen kultureller
 17 Betätigung, die wir fördern wollen. Die Explosion des Informations-
 18 austausches durch die elektronischen Kommunikationstechnologien
 19 stellt eine außerordentliche Herausforderung für die kommunale Kul-
 20 turpolitik dar. Die Medienwelt birgt auch Gefahren. Einer Gesellschaft
 21 mit unterschiedlichem Zugang zu Information und Wissen („Informa-
 22 tion rich“ und „Information poor“) kann kommunale Kulturpolitik ent-
 23 gegenwirken. Sozialdemokratische Kommunalpolitik wird den Ten-
 24 denzen zu Isolation und Desintegration durch eigene kulturpolitische
 25 Konzepte entgegenwirken.

26

27 **Dafür steht die SPD in NRW:**

- 28 ➤ Wir wollen, dass die Kommunen Kultur als unverzichtbaren Teil
 29 der Daseinsvorsorge verstehen und die Grundversorgung sicher-
 30 stellen. Nach den häufig unvermeidlichen Kürzungen der vergan-
 31 genen Jahre sollen die kommunalen Kulturetats nach Möglichkeit
 32 stufenweise erhöht werden. Kultur schafft Identifikation, prägt das
 33 Profil einer Region im Wettbewerb und sorgt für Arbeitsplätze und
 34 Einkommen.
- 35 ➤ Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik. Wir wollen, dass sich die Ver-
 36 änderungen der Gesellschaft auch in den kulturellen Angeboten
 37 niederschlagen. Hierdurch kann gesellschaftlichen Fehlentwick-
 38 lungen entgegengewirkt, können Integrationsprozesse gefördert
 39 werden.
- 40 ➤ Wir wollen, dass der Anspruch „Kultur für alle“ endlich eingelöst
 41 wird. Dies betrifft den gleichberechtigten Zugang zu Kultur und
 42 kultureller Bildung ebenso, wie dezentrale kulturelle Angebote in
 43 den Stadtteilen und im ländlichen Raum und die Möglichkeit
 44 kultureller Betätigung.
- 45 ➤ Wir wollen regionale Zusammenarbeit fördern. Gemeinsam be-
 46 triebene oder geförderte Kultureinrichtungen erhalten die Vielfalt
 47 kommunaler Kulturangebote. Regionale Kulturpolitik und Ruhr
 48 2010 sind Vorbilder für interkommunale Zusammenarbeit.
- 49 ➤ Wir wollen die kulturelle Bildung als unverzichtbares Element in
 50 die kommunale Bildungslandschaft vor Ort integrieren. Dazu
 51 wollen wir die verstärkte Zusammenarbeit und Vernetzung von
 52 Kultur- und Bildungseinrichtungen, von Jugendhilfe und Sport
 53 fördern und weiterentwickeln.

Einfügen Zeile 3:
 Sicherung *und sinnvollen*
Nutzung des historischen

- 1 ➤ Wir wollen die kommunale Weiterbildungslandschaft so gestalten,
2 dass sie für Menschen nach der Erstausbildung Chancen für eine
3 lebensbegleitende Qualifikation und Bildung bietet.

4

5 **11. Sport ist mehr!**

6 Der Sport spielt in den Kommunen mit seiner Vielfalt und seinen zahl-
7 reichen Bezügen zu anderen kommunalen Handlungsfeldern eine
8 zentrale Rolle; er ist gewichtiger Bestandteil der kommunalen Da-
9 seinsvorsorge. Sport ist Teil der integrierten Stadtentwicklungspolitik
10 und somit Teil der Bauplanungs-, Verkehrs-, Wohnungs-, Jugend-,
11 Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Kulturpolitik. Aus diesen Schnitt-
12 mengen können sich zahlreiche kooperative, wechselseitig gewinn-
13 bringende Initiativen entwickeln. Dabei verlangt der demografische
14 Wandel vom Sport neue Konzepte lebensbegleitenden Sporttreibens.

15 Sport ist für die meisten Menschen Freizeitgestaltung, er trägt zum
16 Erhalt der eigenen Gesundheit bei, entspricht dem Wunsch nach kör-
17 perlicher Betätigung, Selbsterfahrung und -bestimmung. Der Sport
18 nimmt wichtige soziale und gesellschaftliche Funktionen wahr. Ethni-
19 sche, soziale und demografische Unterschiede sind selten so gut zu
20 überwinden wie im Sport. Er hat eine dauerhafte integrative Wirkung.

21 Sport bietet für Kinder und Jugendliche vielfältige und unverzichtbare
22 Möglichkeiten ihrer Persönlichkeitsentwicklung und Bildung. Ganz-
23 tagsangebote bieten eine Chance, dass möglichst jedes Kind und je-
24 der Jugendliche seine sportlichen und motorischen Fähigkeiten ent-
25 decken, erfahren und entfalten kann.

26 Im Sport engagieren sich seit langem Bürgerinnen und Bürger ehren-
27 amtlich für die Gesellschaft. In Nordrhein-Westfalen sind rund
28 550.000 Menschen in etwa 20.000 Sportvereinen ehrenamtlich aktiv.
29 Diese zentrale Ressource der Sportvereine verlangt eine zeitgemäße
30 Ehrenamtsförderung.

31 Neben dem Breitensport ist auch ein verantwortungsbewusst betrie-
32 bener und dopingfreier Leistungssport sowie der professionelle Spit-
33 zensport Bestandteil der kommunalen Sportpolitik. Durch eine ver-
34 besserte Kooperation zwischen diesen Formen des Sports, aber auch
35 zwischen den Vereinen und den Kommunen können vorhandene
36 Strukturen wesentlich besser genutzt werden.

37

38 **Dafür steht die SPD in NRW:**

- 39 ➤ Der hohen Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements muss
40 eine angemessene Förderung, Unterstützung und Anerkennung
41 der im Sportsektor tätigen Menschen folgen.
- 42 ➤ Kommunale Sportpolitik muss für die Vereine und Organisationen
43 Handlungs- und Planungssicherheit gewährleisten. Hierzu benö-
44 tigen die Sportvereine sowohl materielle Unterstützung vom Land
45 als auch von den Kommunen.
- 46 ➤ Um allen Schülerinnen und Schülern über alle Jahrgangsstufen
47 und Schulformen hinweg ein differenziertes und qualitativ hoch-
48 wertiges Sportangebot unterbreiten zu können, ist eine angemes-
49 sene Sportinfrastruktur vorzuhalten. Kooperationen zwischen
50 Schulen und Sportvereinen, insbesondere im Ganztagsbetrieb,
51 sind auszubauen.

- 1 ➤ Kommunale Sportangebote richten sich nicht nur an Mitglieder
2 von Sportvereinen; ungeachtet einer Vereinsmitgliedschaft
3 müssen Angebote und Einrichtungen des Sports für alle Teile der
4 Bevölkerung zugänglich und bezahlbar sein.

5

6

7 **Kommunalpolitik – Gute Tradition und neue Aufgabe**

8 Die Sozialdemokratie hat ihre Wurzeln in der Kommunalpolitik. Unser
9 politischer Erfolg und die Stärke der SPD als Volkspartei, gründen in
10 unserer Arbeit in der Kommune. Die oben skizzierten Themen zeigen,
11 welche Handlungsfelder bearbeitet werden und welche Schritte wir
12 unternehmen, damit dies auch morgen noch so ist.

13 Als sich vor 145 Jahren die ersten Sozialdemokraten zusamme-
14 gefunden haben, war die Gestaltung des unmittelbaren Lebensraumes
15 eines der wichtigsten politischen Ziele.

16 Wir erinnern an diese guten demokratischen Traditionen der Sozial-
17 demokratie und unsere Aufgabe ist es, sie in neuer Zeit schöpferisch
18 anzuwenden.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

--

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: Ä 1 zum A 1**

2

3 **Antragsteller: Antragskommission**

4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6

7 **Ersetzen:**

8 **Seite 1, Zeile 27 bis Seite 2, Zeile 15**

9 **durch:**

10

11 **Wir sind die Kommunalpartei in NRW**

12 Wir Sozialdemokraten haben in jahrzehntelanger politischer Verant-
13 wortung die Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen verbessert,
14 das Land modernisiert und es auf neue Herausforderungen gut vor-
15 bereitet. Unsere Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität -
16 sind und bleiben die Basis unseres politischen Handelns auf jeder
17 Ebene der Politik.

18 Wir haben die Aufgaben im Land immer in enger Abstimmung mit den
19 Städten, Gemeinden und Kreisen des Landes bewältigt.

20 „Stadt und Land – Hand in Hand“ lautete die Formel, die dieses
21 Grundverhältnis ausdrückte.

22 Seit dem Wechsel zu einer konservativen Landesregierung hat sich
23 dieser Zusammenhalt grundlegend verändert. Mehr denn je ist das
24 Verhältnis zwischen den Kommunen und der Landesregierung durch
25 eine kommunalfeindliche Politik belastet. Die Folgen haben die Bür-
26 gerinnen und Bürger zu tragen.

27 In den Städten, Gemeinden und Kreisen in Nordrhein-Westfalen
28 gestalten Sozialdemokraten die Politik vor Ort. Nahe bei den Men-
29 schen schaffen wir die Bedingungen guter Lebensqualität, stellen uns
30 den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, wollen Perspektiven
31 für eine gute Stadtentwicklung aufzeigen und kämpfen für Chancen-
32 gleichheit und soziale Gerechtigkeit.

33 Heute und künftig kommt es weiter darauf an, unsere Städte, Ge-
34 meinden und Kreise bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben zu
35 unterstützen.

36 Die Herausforderungen an die Kommunalpolitik sind auch in der Zu-
37 kunft groß: Angefangen von den Auswirkungen der Globalisierung auf
38 der kommunalen Ebene über den demografischen Wandel der Bevöl-
39 kerungsstruktur bis zu den ökologischen Herausforderungen infolge
40 heraufziehender Energiekrisen und des Klimawandels stellen viele
41 Entwicklungen die Kommunen vor neue Aufgaben. Überdies wird die
42 kommunale Selbstverwaltung durch zahlreiche überörtliche Entschei-
43 dungen beeinflusst. Darauf reagieren wir nicht pessimistisch, sondern
44 mit dem politischen Willen zur Gestaltung – gerade auch auf der
45 kommunalen Ebene.

46 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten orientieren unser
47 Handeln in den Städten, Gemeinden und Kreisen an den Leitlinien

Empfehlungen der AK:

Annahme

1 zur Kommunalpolitik und werden unsere Landespolitik auf die Unter-
2 stützung der darin ausgedrückten Positionen ausrichten.

3

4 **Unsere Kommunalpolitik will lebendige Demokratie**

5 Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken. Sie ist die Basis
6 für eine gelingende, gute Kommunalpolitik.

7 Wir wollen Teilhabe und Teilnahme an der Kommunalpolitik ermögli-
8 chen. Deshalb fördern wir die Zivilgesellschaft und ehrenamtliches
9 Engagement.

10 Rat und Verwaltung sind gemeinsam für die Kommune verantwort-
11 lich. Die Trennung der Wahlperioden von Hauptverwaltungsbeamten
12 und Räten werden wir wieder aufheben.

13 Wir ermuntern zum gesellschaftlichen und politischen Engagement.
14 Dazu brauchen wir arbeits- und entscheidungsfähige Räte, die nicht
15 durch Splittergruppen blockiert werden. Deshalb sprechen wir uns für
16 eine wirksame Sperrklausel aus.

17

18 **Unsere Kommunalpolitik fördert Bildung und Chancengleichheit**

19 Frühe und gute Bildung prägt die weiteren Lebensschritte. Für uns
20 sind Kindertagesstätten Bildungseinrichtungen. Wir wollen, dass für
21 ihren Besuch künftig keine Elternbeiträge erhoben werden. Sprach-
22 förderung muss früh und gezielt beginnen. Kein Kind darf aus finan-
23 ziellen Gründen vom gemeinsamen Mittagessen ausgeschlossen
24 werden.

25 Wir setzen uns für ein ortnahe und ganztägiges Schulangebot ein
26 und wollen, dass unsere Kinder länger gemeinsam lernen. Nicht frü-
27 hes sortieren, sondern gemeinsam Chancen eröffnen, lautet unsere
28 Maxime. Deshalb wollen wir die die Gemeinschaftsschule.

29

30 **Unsere Kommunalpolitik gestaltet die soziale Stadt**

31 Die Zukunft der Städte, Gemeinden und Kreise entscheidet über die
32 Zukunft der Gesellschaft. Wir wollen lebendige Städte und Gemein-
33 den, die den Menschen Chancen bieten, ihre Talente zur Geltung zu
34 bringen, ihrem Beruf nachzugehen, ihre Freiheit zu nutzen, gut zu
35 wohnen und sich selbst verwirklichen zu können.

36 Der vorsorgende Sozialstaat ist ein sozialdemokratisches Leitprinzip
37 – auch in der Kommunalpolitik.

38 Wir wollen, dass die Menschen sicher in unseren Städten leben: Ord-
39 nungspartnerschaften, die Gestaltung des öffentlichen Raumes, gute
40 Infrastruktur, Bildung und Integration sind die besten Bedingungen
41 zur Verhinderung von Aggression.

42 Armutsbekämpfung muss integraler Bestandteil kommunaler Sozial-
43 politik sein. Kinderarmut muss durch passgenaue lokale Konzepte
44 bekämpft werden. Wir wollen die „Stadt der Kinder und Familien“ als
45 stadtpolitisches Ziel offensiv verfolgen.

46 Stadterneuerung ist eine dauernde Aufgabe sozialer Stadtpolitik.

47 Integration muss dem Grundsatz von Fördern und Fordern folgen.

48 Wir setzen uns weiterhin für die soziale Wohnraumförderung ein, die
49 den Veränderungen des demografischen Wandels Rechnung tragen
50 muss.

1 Wir wollen vernetzte Angebote zur häuslichen Pflege in Stadtteilen
2 und Wohnquartieren schaffen.

3

4 **Unsere Kommunalpolitik fördert die Zusammenarbeit**

5 Wir wollen attraktive Städte und lebenswerte Regionen.

6 Deshalb brauchen wir neben einer Stadtentwicklungspolitik zur För-
7 derung von Infrastruktur, Handel und Verkehr auch eine Unterstüt-
8 zung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit.

9 Wir entwickeln eine nachhaltige Strategie für die ländlichen Regio-
10 nen, die mit einer Neuausrichtung der europäischen Agrarförderung
11 einhergeht.

12 Wir wollen die Stadtentwicklung auf die ökologischen Herausforde-
13 rungen im Zeichen von Klimaschutz ausrichten und den Flächen-
14 verbrauch reduzieren.

15

16 **Unsere Kommunalpolitik nimmt Verantwortung wahr**

17 Wir Sozialdemokraten haben einen umfassenden Begriff von kom-
18 munaler Daseinsvorsorge, der auch die sozialen und kulturellen Auf-
19 gaben der Städte und Gemeinden umfasst.

20 Die Leistungen der kommunalen Grundversorgung müssen bezahlbar
21 bleiben.

22 Deshalb muss die öffentliche Eigentümerstruktur gestärkt werden.
23 Nur so kann der Einfluss auf Kernbereiche der Daseinsvorsorge si-
24 chergestellt werden.

25 Die ideologische Politik des "Privat vor Staat" gefährdet die kommu-
26 nale Daseinsvorsorge. Sozialdemokraten lehnen privatwirtschaftli-
27 ches Engagement nicht ab, aber die öffentliche Verantwortung für die
28 Daseinsvorsorge muss gesichert bleiben.

29 Wir wollen die öffentlich-rechtlichen Sparkassen erhalten.

30

31 **Unsere Kommunalpolitik will starke Städte, Gemeinden und** 32 **Kreise**

33 Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist in hohem Maße von den
34 finanziellen Spielräumen vor Ort abhängig.

35 Der kommunale Finanzausgleich muss modernisiert werden, um
36 Haushaltsnotlagen vieler Gemeinden in unserem Land besser entge-
37 gensteuern zu können. Hierzu bedarf es einer besseren finanziellen
38 Ausstattung des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Die negativen
39 Eingriffe der konservativen Landtagsmehrheit wollen wir rückgängig
40 machen.

41 Wir fordern die konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips und
42 die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer als wichtigster gestaltbarer
43 kommunaler Einnahmequelle

44 Wir verlangen die Rücknahme der kommunalfeindlichen finanzpoliti-
45 schen Entscheidungen des Landes, wie die Wegnahme des kommu-
46 nalen Anteils an der Grunderwerbssteuer und die Verdopplung der
47 Krankenhauspauschale.

48

1 **Unsere Kommunalpolitik fördert gute Arbeit und eine stabile**
2 **Wirtschaft**

3 Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung
4 beruflicher Perspektiven für junge Menschen bleibt für die SPD in
5 Nordrhein-Westfalen auch eine herausragende kommunalpolitische
6 Aufgabe.

7 Kommunale Wirtschaftsförderung unterstützt die Schaffung von Ar-
8beitsplätzen, fördert Existenzgründungen, sichert und verbessert die
9 Standortbedingungen für Unternehmen und entwickelt neue Stand-
10 orte.

11 Wir fördern die Erwerbstätigkeit von Frauen und unterstützen Maß-
12 nahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

13 Wir halten die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes für einen
14 sinnvollen Weg, um auch denjenigen, die kurz- und mittelfristig keine
15 Chance auf Integration in den ersten Arbeitsmarkt haben, eine job -
16 Perspektive zu bieten.

17 Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wollen wir die Zusammenar-
18beit der Agentur für Arbeit mit den lokalen Akteuren fortsetzen und
19 verbessern. Dabei steht die zentrale Verantwortung des Bundes für
20 die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit außer Zweifel.

21

22 **Unsere Kommunalpolitik ist Partner der Verbraucherinnen und**
23 **Verbraucher**

24 Verbraucherpolitik ist für uns Bestandteil sozialdemokratischer Kom-
25 munalpolitik.

26 Lokale Verbraucherpolitik ist für uns auch Ausdruck von Bürgernähe.
27 Das breite Angebot von Beratungsstellen der Verbraucherzentrale
28 NRW ist sinnvoll und notwendig. Verbraucherpolitik muss auch ein
29 Maßstab für das Handeln kommunaler Mandatsträger in Verwaltungs-
30 und Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen sein.

31

32 **Unsere Kommunalpolitik fördert Mobilität in ökologischer und**
33 **sozialer Verantwortung**

34 Kommunale sozialdemokratische Verkehrspolitik dient dem Ziel, allen
35 mehr Mobilität zu ermöglichen, ohne Umwelt und Lebensqualität in
36 den Städten zu ruinieren. Sie ist Teil der Klimaschutzpolitik auf lokaler
37 Ebene.

38 Die „Stadt der kurzen Wege“ ist unser Leitbild, die Förderung des
39 Fahrradverkehrs, die Unterstützung eines nutzerfreundlichen, öffentli-
40 chen Personennahverkehrs, intelligentes Verkehrsmanagement und
41 erhöhte Verkehrssicherheit sind Elemente sozialdemokratischer Ver-
42 kehrspolitik.

43

44 **Unsere Kommunalpolitik ist nachhaltige Umweltpolitik**

45 Die SPD hat sich in ihrem Grundsatzprogramm zur Energiewende als
46 Schlüsselaufgabe des 21. Jahrhundert bekannt.

47 Wir verstehen aktiven Klima- und Umweltschutz, der nicht nur repa-
48 riert, sondern vorsorgt und die Lebensgrundlagen für Kinder und En-
49 kelkinder bewahrt, als eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik.

1 Unsere Umweltpolitik erhöht die Energieeffizienz und hilft, Energie zu
2 sparen.

3

4 **Unsere Kommunalpolitik will Kultur für alle**

5 Wir wollen, dass der Anspruch „Kultur für alle“ endlich eingelöst wird.

6 Wir wollen, dass die Kommunen Kultur als unverzichtbaren Teil der
7 Daseinsvorsorge verstehen und die Grundversorgung sicherstellen.

8 Wir wollen, dass sich die Veränderungen der Gesellschaft auch in
9 den kulturellen Angeboten niederschlagen. Hierdurch kann gesell-
10 schaftlichen Fehlentwicklungen entgegengewirkt und können Integra-
11 tionsprozesse gefördert werden.

12

13 **Unsere Kommunalpolitik unterstützt Sport und Gesundheit**

14 Der Sport spielt in den Kommunen mit seiner Vielfalt und seinen zahl-
15 reichen Bezügen zu anderen kommunalen Handlungsfeldern eine
16 zentrale Rolle; er ist gewichtiger Bestandteil der kommunalen Da-
17 seinsvorsorge für alle Einwohner.

18 Wir brauchen eine angemessene Sportinfrastruktur.

19 Wir setzen uns für Kooperationen zwischen Schulen und Sportverei-
20 nen, insbesondere im Ganztagsbetrieb ein.

21

22 **Unsere Kommunalpolitik steht für eine gute Zukunft**

23 Die Sozialdemokratie hat ihre Wurzeln in der Kommunalpolitik. Unser
24 politischer Erfolg und die Stärke der SPD als Volkspartei, gründen in
25 unserer Arbeit in der Kommune.

26 Wir arbeiten nahe bei den Menschen für gute Lebensbedingungen
27 und eine hohe Lebensqualität.

28 Wir sind die Kommunalpartei in Nordrhein-Westfalen.

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: A2**
2 **Antragsteller: UB Kreis Soest**
3 **Betreff: Gemeindeordnung § 107**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Der Landesparteitag fordert die NRWSPD auf, sich weiter dafür ein-
7 zusetzen, dass die wirtschaftliche Betätigung von Städten und Ge-
8 meinden in Nordrhein-Westfalen wieder gestärkt wird.

9 Dies ist im Interesse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Städte
10 und Gemeinden. Besonders die regionale Wirtschaft mit Handwerk,
11 Handel und Gewerbe in den Städten und Gemeinden profitieren von
12 leistungsstarken und zukunftsfähigen kommunalen Unternehmen und
13 Stadtwerken.

14 Die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung durch die CDU/
15 FDP-Koalition im Düsseldorfer Landtag (§ 107 Gemeindeordnung) ist
16 der falsche Weg und ist gegen die Interessen der Bürgerinnen und
17 Bürger sowie der Städte und Gemeinden gerichtet und schadet vor
18 allem dem örtlichen Handwerk, Handel und Gewerbe. Die SPD will
19 stattdessen leistungsstarke und zukunftsfähige Stadtwerke und kom-
20 munale Unternehmen. Der SPD-Unterbezirk Kreis Soest fordert des-
21 halb, dass diese Haltung im Regierungsprogramm für die Landtags-
22 wahl 2010 deutlich gemacht wird.

23

24 **Begründung:**

25 Unter dem Motto "Privat vor Staat" hat die schwarz-gelbe Landesre-
26 gierung den Städten und Gemeinden im Land ihre falsche Wirt-
27 schaftspolitik ideologisch ausgerichtet. Die Stadtwerke und andere
28 kommunale Unternehmen werden dadurch in ihrer Entwicklung dras-
29 tisch eingeschränkt und in ihren Handlungsmöglichkeiten gehemmt.
30 Damit werden sie wirtschaftlich geschwächt und nach und nach in die
31 Hände von privaten Unternehmen getrieben. Leidtragende sind die
32 Bürgerinnen und Bürger.

33 Per Gesetz haben hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Hand-
34 lungsfreiheit kommunaler Unternehmen zu Gunsten der Privatwirt-
35 schaft massiv beschnitten. Kommunale Unternehmen sollen zur Er-
36 füllung ihrer öffentlichen Aufgaben nur noch wirtschaftlich tätig wer-
37 den dürfen, wenn "ein dringender öffentlicher Zweck eine Betätigung
38 erfordert" und "der dringende öffentliche Zweck durch andere Unter-
39 nehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann".
40 Diese Verschärfung gibt es in keinem anderen Bundesland!

41 Unsere Stadtwerke sollen privaten Konzernen geopfert werden.
42 Dagegen wehren wir uns!

43 Hände weg vom Eigentum der Bürgerinnen und Bürger!

44

45

46 **angenommen: abgelehnt: überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

**Erledigt bei Annahme A1 –
Fassung AK**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** B 1
2 **Antragsteller:** KV Herford
3 **Betreff:** Abschaffung von Bildungsbeiträgen
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Der Landesparteitag setzt sich für eine Abschaffung von Bildungs-
7 beiträgen wie Kindergartenbeiträge, Buchzuschüsse, Studiengebüh-
8 ren, usw. auf allen übergeordneten Parteiebenen ein.
9

Empfehlungen der AK:

**Erledigt durch Beschluss
„Beste Bildung“ (a.o. LPT
2007) und bei Annahme A1**

10 **Begründung:**

11 Ergänzend zu dem Antrag auf dem Landesparteitag der SPD zur
12 Bildung vom 25.8.2007 sollen die Belastungen für Familien mit
13 Kindern gesenkt und Bildung für alle eine durch die Gesellschaft
14 finanzierte Aufgabe sein.

15 Wir können es uns nicht leisten, ein großes Potenzial unserer Bürger
16 aufgrund finanzieller Erwägungen nicht zu nutzen.
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38

39 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: B 2**
2 **Antragsteller: OV Moers (UB Kreis Wesel)**
3 **Betreff: Kinderarmut bekämpfen - Kinderarmut verhindern**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Alarmierende Zahlen über die enorm anwachsende Kinderarmut in
7 Deutschland erfordern rasch eine konzertierte Kraftanstrengung, um
8 Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft wieder her-
9 zustellen. Dabei sind die materiellen Fragen eng verknüpft mit Bil-
10 dung, Gesundheit und Ernährung, Wohnen, Kinderschutz und gesell-
11 schaftlicher Teilhabe. Wir Sozialdemokraten sind gefordert, ein Kon-
12 zept vorzulegen, das diese Aspekte gemeinsam in den Blick nimmt,
13 wirkungsvoll bestehende Armut abbaut und zukünftige Armut
14 verhindert.

15 Deshalb fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion und die sozialdemo-
16 kratischen Mitglieder der Bundesregierung auf, sich schnellstmöglich
17 für folgende Punkte einzusetzen:

- 18 • Lernmittelfreiheit für alle Kinder, die Hartz IV Leistungen beziehen
19 (Gleichstellung mit der Sozialhilfe)
- 20 • Kinder, die Hartz IV Leistungen und den Ganztagszweig einer
21 Schule oder einer Kita besuchen, erhalten einen Zuschuss zum
22 Essgeldbetrag in der Höhe der Differenz zwischen Höhe des
23 Essgeldbetrags und des „fiktiven Leistungsbetrages eines
24 Mittagessens“, dies kann auch in Form von Gutscheinen
25 geschehen.
- 26 • Die Bundesregierung muss in der Abstimmung mit den Wohl-
27 fahrtsverbänden einen Aktionsplan gegen Kinderarmut entwickeln
28 und schnellstmöglich umsetzen.
29

30 **Wir fordern die SPD Landtagsfraktion auf, folgende Aspekte**
31 **umzusetzen:**

- 32 • Vernetzung der Angebote zum Kinderschutz sowie deren landes-
33 weite Ausweitung; zielgruppenspezifische Vermittlung der Bedeu-
34 tung von physischer und psychischer Gesundheit; verbesserte
35 Organisation der gesundheitlichen Leistung, so dass sie für
36 Kinder in Armut besser nutzbar sind
- 37 • Qualifizierung des Personals in den Kindertageseinrichtungen
38 und Schulen zur Frage der Armutsbekämpfung und -prävention,
39 sowie Ausbau der Schulsozialarbeit;
- 40 • Stärkung der Eltern, zum Beispiel durch eine verbesserte Ausstat-
41 tung der Einrichtungen zur Elternbildung und Erziehungsbera-
42 tung, sowie verstärkt niedrigschwellige und aufsuchende
43 Sozialarbeit;
- 44 • Verbesserte Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Eltern;
- 45 • Besondere Berücksichtigung der Erfordernisse für Kinder mit
46 Migrationshintergrund, insbesondere im Hinblick auf Zugang zu
47 Angeboten und deren Gestaltung;

Empfehlungen der AK:

**Annahme in geänderter
Fassung**

**Zeilen 6 – 28:
Erledigt durch Beschluss
73 S23 Bundesparteitag
Hamburg 2007**

**Zeilen 30 – Seite 2, Zeile 3:
Annahme in folgender Fas-
sung:** Wir fordern die SPD
Landtagsfraktion auf, fol-
gende Aspekte umzusetzen
bei der Umsetzung ihres
Konzeptes „Soziale Gerech-
tigkeit – sozialer Zusammen-
halt – Zukunftschancen in
NRW sichern“ folgende As-
pekte zu berücksichtigen:

- 1 • Wirkungsvolle Ansätze zur Beseitigung von Bildungsbarrieren und
2 zur individuellen Förderung von Kindern aus bildungsfernen
3 Familien.

4 5 **Begründung**

6 Es ist ein enormer Anstieg der Kinderarmut zu erkennen: Als Bei-
7 spiel: Der Sozialbericht 2007 NRW belegt, mehr als 800.000 Kinder in
8 NRW, das bedeutet, jedes vierte Kind, lebt mittlerweile in einem
9 armen Haushalt. Besonders hoch ist das Armutsrisiko für Kinder aus
10 Familien mit einem Elternteil (37,8%) – zumeist Frauen - und aus
11 Familien mit Migrationshintergrund (33,4%). Regionale Unterschiede
12 zeigen gerade für einige Großstadtquartiere, dass Kinderarmut ein
13 Massenphänomen geworden ist, das die Zukunftsfähigkeit der
14 Gesellschaft bedroht.

15 AWO, Kinderschutzbund und der Paritätische Wohlfahrtsverband
16 haben deshalb ihren deutlichen Appell des Jahres 2006 zur
17 Bekämpfung von Kinderarmut jüngst wiederholt und verstärkt.

18 Nicht allein Erwerbslosigkeit eines oder beider Elternteile birgt ein
19 Armutsrisiko für Kinder. So ist trotz deutlich gestiegener Erwerbstätig-
20 keit der Mütter in den letzten zehn Jahren die prekäre Situation der
21 Familien gewachsen. Erwerbstätigkeit sichert nicht mehr unbedingt
22 die materielle Grundlage, um die Kosten für die Erziehung, Betreuung
23 und Bildung der Kinder aufbringen zu können. Die Umstellung von
24 Erziehungsgeld auf Elterngeld bedeutet vor allem für nicht erwerbs-
25 tätige Mütter eine deutliche Verschlechterung: Der Bezug wurde von
26 36 auf 12 bzw. 14 Monate reduziert.

27 Allen familienfreundlichen Diskussionen zum Trotz steigt der Kosten-
28 druck in den Familien: Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergärten,
29 unzureichende Regelsätze und Wegfall von Einzelleistungen in be-
30 sonderen Lebenslagen durch Hartz IV, die Anrechnung von Kinderg-
31 geld bei Sozialleistungen, gestiegene Kosten für Arbeitsmaterialien
32 bei eingeschränkter Lehrmittelfreiheit usw.

33 Eltern sehen sich oft gezwungen, an anderer Stelle zu sparen und
34 melden zum Beispiel verstärkt ihre Kinder vom Schulessen ab bzw.
35 gar nicht erst an. An zusätzliche Kosten für den Sportverein oder die
36 Musikschule ist nicht zu denken. Solche Entwicklungen verschärfen
37 die soziale Ausgrenzung und Armutsspirale.

38 Kinder dürfen nicht als „Kostenfaktor auf zwei Beinen“ erlebt werden.
39 Familien müssen besser in die Lage versetzt werden, notwendige
40 Ausgaben für ihre Kinder zu tätigen.

41 Der Sozialbericht stellt fest: „Materielle Armut bei Kindern geht häufig
42 mit einem ungünstigen Gesundheitsverhalten, psychosozialen Belas-
43 tungen und Defiziten in der sozialen Kompetenz einher.“ Kinder aus
44 einkommensschwachen Familien nehmen weniger Vorsorgeangebote
45 wahr und sind oft schlechter ernährt. Auch hier gibt es in vielen Kom-
46 munen erschreckende Zahlen, die zeigen, wie sich gesundheitliche
47 Probleme bei Kindern häufen, z.B. bei motorischen Defiziten oder
48 beim rasanten Anstieg der Kinderdiabetes. Kinder aus ärmeren Fami-
49 lien sind dabei überproportional betroffen. Hierbei sind zudem signi-
50 fikante geschlechtsspezifische Unterschiede festzustellen. Ernäh-
51 rung, Gesundheit und Bewegung sind Themen, die stärker vermittelt
52 und unterrichtet werden müssen. Ernährungserziehung muss dabei
53 schon in der Kita anfangen. Gesunde Ernährung muss aber auch in

1 Kindergärten und Ganztagschulen praktiziert werden. Hierbei dürfen
2 Kinder aus ärmeren Familien nicht ausgeschlossen werden.

3 Eltern müssen besser mit Angeboten erreicht werden, damit sie Vor-
4 sorge- und Aufklärungsangebote stärker annehmen. Eine frühzeitige
5 Risikoerkennung muss schon von Geburt an einsetzen und rasches
6 und wirksames Eingreifen ermöglichen. Regelmäßige jährliche Unter-
7 suchungen und verstärkte Kooperationen mit Ärztinnen und Ärzten in
8 Kindertagesstätten sowie eine Stärkung des schulärztlichen Dienstes
9 können helfen, gesundheitliche Defizite früher zu erkennen und
10 notwendige Maßnahmen einzuleiten.

11 Festzustellen ist aber auch, dass von Armut betroffene Jungen und
12 Mädchen mit den Folgen unterschiedlich umgehen. So belegen
13 Studien, dass die Selbsteinschätzung der Jungen insgesamt positiver
14 als die der Mädchen ist. Auch treten bei Mädchen wesentlich häufiger
15 psychosomatische Beschwerden auf. Maßnahmen zur Bekämpfung
16 von Kinder- und Jugendarmut müssen diese geschlechtsspezifische
17 Differenz aufgreifen.

18 Der Enquetebericht "Zukunft der Städte" des Landtags hat aufge-
19 zeigt, dass heute in NRW die meisten Menschen mit Migrationshin-
20 tergrund in den Stadtteilen leben, in denen auch die meisten armen
21 Angehörige der Mehrheitsgesellschaft leben. Dort wohnen heute
22 (zumindest in den Städten) auch die meisten Familien und Kinder.
23 Dies bedeutet, dass Kinder aus armen Familien innerhalb ihres direk-
24 ten Wohnumfeldes, in der Kindertagesstätte oder in der Schule häufig
25 unter sich bleiben. Diese Entwicklung wird durch die Aufhebung der
26 Schulbezirksgrenzen in NRW weiter verstärkt.

27 Armut und Ausgrenzung werden dabei als "normal" erfahren, die für
28 die Armutsbewältigung typischen Verhaltens- und Einstellungsmuster
29 werden kulturell eher verfestigt, als dass es Anregungen und Vorbil-
30 der für eine andere Lebensgestaltung gibt.

31 Armut ist bei einer wachsenden Zahl der Betroffenen längst kein
32 Übergangsphänomen mehr. Sie wird von ihnen zunehmend als
33 langfristig "stabil" und z.T. als unlösbar erfahren. Damit verschärfen
34 sich tendenziell die psychischen und sozialen Folgen und vermindern
35 damit auch die Chancen auf ein finanziell unabhängiges Leben.

36 Spätestens seit der PISA -Studie ist deutlich geworden, dass in
37 Deutschland der Bildungszugang und der Bildungserfolg für Kinder
38 aus einkommensschwachen, bildungsfernen Familien erheblich ein-
39 geschränkt ist. Vielen Kindern wird das Recht auf höher qualifizieren-
40 de Bildung und Erziehung verwehrt. Ein Ausbrechen aus der sozial
41 vererbten Armut wird nicht unterstützt.

42 Die Landesregierung hält am selektiven Schulsystem fest, dem in den
43 Studien bescheinigt wird, die soziale Segregation zu befördern. Durch
44 die Einführung von Studiengebühren setzt sich diese Segregation an
45 den Hochschulen fort.

46 Besonders Kinder aus ärmeren Familien erleben das Aussortieren in
47 der Schule hautnah auch als eine Ausgrenzung aus der Gesellschaft
48 und verlieren das notwendige Vertrauen in die eigene Gestaltung der
49 Zukunft.

50 Im Bereich der Kindergärten wird heute deutlicher als früher die
51 Bedeutung der Frühförderung für den Bildungserfolg gesehen, denn
52 in der Kita wird der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiogra-
53 phie gelegt. Gleichzeitig wird mit dem Entwurf zum neuen Kindergar-
54 tengesetz KiBiz in die falsche Richtung gesteuert, indem pädagogi-

1 sche Standards abgesenkt werden. Der Paritätische Wohlfahrtsver-
2 band beklagt zu Recht: „Um Bildungsdefizite auszugleichen, brau-
3 chen Tageseinrichtungen für Kinder ausreichend Betreuungspersonal
4 mit hoher pädagogischer Qualifikation. Mit dem vorliegenden KiBiz -
5 Gesetzentwurf ist das nicht zu machen“. Neben der institutionellen
6 Bildung müssen auch die Orte der informellen Bildung gestärkt und
7 weiterentwickelt werden.

8 Der Slogan „Starke Eltern - starke Kinder“ des Kinderschutzbundes
9 zeigt, dass ein Schlüssel für eine verbesserte Strategie gegen Kin-
10 derarmut darin liegt, Eltern zu bilden, zu unterstützen und zu beglei-
11 ten. Hierfür ist eine deutliche Stärkung und Vernetzung der Hilfsstruk-
12 turen notwendig. Elternbildung und Erziehungsberatung brauchen
13 eine bessere Ausstattung, um die in sie gesetzten Erwartungen und
14 zusätzlichen Aufgaben, z.B. bei der Koordinierung der Kooperations-
15 partner innerhalb der Familienzentren erfüllen zu können. Die
16 finanzielle Unterstützung der Familienzentren seitens des Landes in
17 Höhe von 12.000 € jährlich ist völlig unzureichend. Neue Zentren
18 finden kaum noch Erziehungsberatungsstellen als Partner, da die
19 Kapazitätsgrenzen längst erreicht sind.

20 Kinder aus ärmeren Familien leben häufiger als andere in schwieri-
21 gen familiären Situationen und sind häufiger Opfer von Vernachlässi-
22 gung und häuslicher Gewalt. Hier sind neue Wege beim Kinderschutz
23 z.B. durch aufsuchende, vernetzte Angebote notwendig, die früher als
24 bisher ansetzen. Es gibt in NRW hierzu vereinzelt hervorragende
25 Projekte. Wir brauchen nun eine systematische Ausweitung für das
26 ganze Land.

27 Kinder leiden noch mehr als Erwachsene unter der Spaltung der Ge-
28 sellschaft. Sie nehmen deutlich wahr, dass sie in das gesellschaftliche
29 Abseits gestellt sind. Zunehmende soziale Isolation wird deutlich,
30 wo Kinder vom Schulessen oder aus dem Sportverein abgemeldet
31 werden, da die Eltern die Beiträge nicht mehr aufbringen. Viele Eltern
32 können selbst kleinere Beträge nicht mehr aufbringen, weil sie sich in
33 einer Schuldenfalle befinden, aus der es aus eigener Kraft kein Ent-
34 rinnen gibt. Ähnlich wie bei der Erziehungsberatung ist ein Ausbau
35 der Schuldnerberatung notwendig, die aufgrund der sich ausbreiten-
36 den Armut ihre Kapazitätsgrenzen längst überschritten hat. Eltern
37 dürfen durch monatelange Wartezeiten nicht hingehalten oder gar ab-
38 geschreckt werden. Das Land muss die Kürzungen seiner Zuschüsse
39 für die Schuldnerberatung zurücknehmen. Eine Stärkung der Partizi-
40 pationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ist dringend
41 geboten.

42 Die UN-Kinderrechtskonvention fordert eine umfassende Mitbestim-
43 mung von Kindern in allen sie betreffenden Angelegenheiten. Kinder
44 aus ärmeren Familien müssen gezielt gefördert werden, um Möglich-
45 keiten zur sozio-kulturellen Teilhabe wahrzunehmen. Das Engage-
46 ment in Vereinen, z.B. des Sports, darf nicht an der Hürde des mo-
47 natlichen Mitgliedsbeitrags scheitern.

48 Notwendig ist der Ausbau kostenfreier Angebote der Kinder- und
49 Jugendhilfe, die sich speziell an arme Familien richten. Die Kürzun-
50 gen im Kinder- und Jugendförderplan des Landes haben jedoch ge-
51 nau das Gegenteil bewirkt: Gerade Angebote und Projekte in
52 Problemstadtteilen mussten eingeschränkt werden. Auch hier sind die
53 Kürzungen zu Lasten von Kindern und Jugendlichen aus armen
54 Familien rückgängig zu machen.

1 Mehr Partizipationsmöglichkeiten und niedrighschwellige Zugänge sind
2 auch für Eltern gefordert, insbesondere bei der Gestaltung ihres Le-
3 bensumfeldes im Stadtteil. Das Land kann und muss Kommunen bei
4 der Umsetzung von Partizipationsprojekten stärker unterstützen.

5 Den Kommunen kommt bei der Bekämpfung der Armut von Kindern
6 und Jugendlichen eine besondere Rolle zu. Sie stehen über ihre
7 Beratungsangebote und den Allgemeinen Sozialdienst in besonders
8 engem Kontakt zu Familien in prekären Verhältnissen. So genannte
9 "Problemfamilien" sind vor allem arme Familien. Den Jugendämtern
10 sind diese Familien in der Regel bekannt. Durch die Hilfen zur Erzie-
11 hung wie z.B. die sozialpädagogischen Familienhilfen versuchen die
12 Sozialdienste der Jugendämter die Familien zu stabilisieren. Aller-
13 dings führt die finanzielle Lage der Kommunen dazu, dass Kostenar-
14 gumente Einfluss auf die Entscheidungen über Hilfen zur Erziehung
15 haben. Statistiken wie die über vorläufige Schutzmaßnahmen der
16 Jugendämter in NRW belegen, dass in wohlhabenderen Kommunen
17 mehr Hilfsmaßnahmen durchgeführt werden als in finanzschwachen
18 Kommunen. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Allgemeinen
19 Sozialdienste klagen zudem über zu viele Fälle und Überlastung.

20 Diese Entwicklung wird dadurch verschärft, dass die Landesregierung
21 den Landeshaushalt zu Lasten der Kommunen entlastet und der
22 kommunalen Familie Geld entzogen hat. Um die Armutsbekämpfung
23 der Städte und Gemeinden zu unterstützen, muss diese Entwicklung
24 umgedreht und die Kommunen wieder angemessen finanziell
25 ausgestattet werden.

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** **B 3**
2 **Antragsteller:** **OV Moers (UB Wesel)**
3 **Betreff:** **Rechtsanspruch auf eine berufliche Ausbildung**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Wir fordern alle SPD Gremien auf zu beschließen und sich dafür
7 einzusetzen, den Rechtsanspruch auf eine berufliche Ausbildung im
8 Grundgesetz zu verankern.
9

Empfehlungen der AK:

**Annahme in geänderter
Fassung**

**Zeilen 6 – 8:
Streichen und ersetzen
durch:**

*Wir fordern die SPD-
Bundestagsfraktion auf, den
Rechtsanspruch auf eine
berufliche Ausbildung
gesetzlich zu verankern.*

10 **Begründung:**

11 Alle Jugendlichen haben das Recht auf eine Lebensperspektive.

12 Ein Grundrecht auf Ausbildung ist erforderlich, weil

- 13 • in Deutschland inzwischen mehr als 1,5 Millionen Menschen unter
14 25 Jahren ohne Ausbildung keine Chance auf Arbeit haben.
- 15 • sich seit 1995 jährlich bundesweit hunderttausende Jugendliche
16 um einen Ausbildungsplatz bewerben und keine bekommen
17 können.
- 18 • alle Vereinbarungen und Notprogramme zwischen Politik und
19 Wirtschaft den Ausbildungskandal nicht beseitigen konnten.
- 20 • eine qualifizierte Ausbildung über die Zukunft junger Menschen
21 und die Zukunft der Gesellschaft entscheidet.
- 22 • dadurch der Übergang von der Schule in den Beruf ohne Warte-
23 zeiten auf einen Ausbildungsplatz möglich wird.
- 24 • der Staat für die Ausbildung junger Menschen Verantwortung trägt!
25

26 Die Petition ist eine Initiative der Landesschülervertretungen von
27 Bayern [e.V.], Berlin [e.V.], Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen,
28 Rheinland-Pfalz, Sachsen.

29 Zu den Unterstützern gehören: der Deutsche Gewerkschaftsbund, die
30 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die Vereinigte Dienstleis-
31 tungsgewerkschaft ver.di, die IG Metall-Jugend, der Elternbund
32 Hessen, der Landeselternbeirat Hessen

33
34 **Die Initiative**

35 **Ausbildung für alle**

36 Dem Ausbildungsplatzmangel ein Gesicht geben

37 Der Ausbildungspakt ist ein Erfolg? Für jede Bewerberin und jeden
38 Bewerber wird ein Ausbildungsplatz zur Verfügung gestellt? Die Aus-
39 bildungslücke ist viel kleiner als häufig behauptet wird?

40 Es gibt Menschen, die diese Fragen mit "Nein!" beantworten können
41 – hunderttausende Menschen: Die Jugendlichen, die Jahr für Jahr
42 nicht die Möglichkeit bekommen, eine reguläre Ausbildung aufzu-
43 nehmen.

1 Die Initiative "Ausbildung für alle" von DGB und Gewerkschaften will
2 diesen Jugendlichen Gehör verschaffen und dem Ausbildungsplatz-
3 mangel ein Gesicht geben. Denn die persönlichen Schicksale von
4 Betroffenen, die vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, sind das
5 beste Argument gegen die Behauptungen von Politik und Wirtschaft,
6 am Ausbildungsmarkt gehe es aufwärts.

7 Mit einer Auftaktveranstaltung am 24. April in Berlin und Aktionen in
8 zehn weiteren Bundesländern wird die Initiative gemeinsam mit Ju-
9 gendlichen ihre Forderungen publik machen: ein Grundrecht auf Aus-
10 bildung, eine Ausbildungsplatzumlage für Betriebe und Unternehmen,
11 die nicht ausbilden, ein Sofortprogramm für 50 000 zusätzliche außer-
12 betriebliche Ausbildungsplätze und mehr Qualität in der Ausbildung.

13 Infos und Hintergründe zur Initiative sowie News zu allen Aktionen
14 gibt es, ständig aktualisiert, auf dieser Homepage.

15

16 **Partner**

17 Deutsche Wanderjugend, Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen
18 Jugend in der Bundesrepublik Deutschland, Landesjugendring
19 Thüringen, Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt, DLRG-Jugend,
20 Landesjugendring Berlin

21

22 **Die Situation**

23 **Die Behauptung:** Der Ausbildungspakt ist ein Erfolg – sagen zumin-
24 dest die, die ihn vereinbart haben: Bundesregierung und Wirtschaft.
25 Das werden die Jugendlichen anders sehen, die sich vergeblich um
26 einen regulären Ausbildungsplatz beworben haben. Allein im Jahr
27 2006 waren das rund 160 000. Es gibt also nicht genug Ausbildungs-
28 angebote, um jeder Bewerberin und jedem Bewerber eine betriebli-
29 che Ausbildung zu ermöglichen.

30 **Das Problem:** Die, die sich erfolglos beworben haben, müssen in
31 den folgenden Jahren einen zweiten, dritten oder vierten Versuch
32 unternehmen. Gleichzeitig kommen neue Bewerberinnen und Bewer-
33 ber hinzu. So wird die Zahl von "Altbewerbern" immer größer – und
34 ihre Chancen endlich einen Ausbildungsplatz zu bekommen immer
35 kleiner. Denn: 2006 machten die "Altbewerber" schon rund die Hälfte
36 aller Bewerbungen aus.

37 Außerdem gibt es immer mehr junge Menschen, die in der Statistik
38 als "versorgt" auftauchen, obwohl sie keine reguläre Ausbildungsstel-
39 le in einem Betrieb oder Unternehmen gefunden haben: Sie drehen
40 "Warteschleifen" in außerbetrieblicher Ausbildung oder in Ersatzmaß-
41 nahmen. Diesen "Warteschleifen" entkommen viele nicht mehr. Ein
42 Großteil der Jugendlichen, die an einem solchen Übergangspro-
43 gramme teilnehmen, findet sich später erneut in einer berufsvorberei-
44 tenden Maßnahme wieder. Ein anderer Teil wird direkt arbeitslos.

45 **Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist also kein Erfolg –**
46 **sie ist katastrophal.**

47

48 **Schere zwischen Bewerbern und Stellen**

49 In den letzten zehn Jahren war nur *in einem einzigen Monat* die Zahl
50 der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen höher, als die Zahl

1 der Bewerberinnen und Bewerber. Mit anderen Worten: Auf dem
2 Ausbildungsmarkt klafft eine ständige Lücke. Im März 2007 betrug
3 diese Lücke über 212 000 Stellen.

4 Seit 2002 hat es außerdem einen deutlichen Einbruch bei den abge-
5 schlossenen Ausbildungsverträgen gegeben. Die Zahl der neuen
6 Ausbildungsverhältnisse sank mit einem Schlag um über 40 000.
7 Trotz einer leichten Erholung hat sich die Situation auf dem Ausbil-
8 dungsmarkt immer noch katastrophal.

9 Jedes Jahr gibt es also hunderttausende Jugendliche, die keinen
10 regulären Ausbildungsplatz finden – auch wenn viele von ihnen lange
11 nicht in den Statistiken auftauchten. Im März hat die Bundesagentur
12 für Arbeit erstmals auch die Jugendlichen genannt, die in alternative
13 Übergangsprogramme ausweichen mussten, statt eine reguläre
14 Ausbildung beginnen zu können. In den Statistiken der Bundesagen-
15 tur werden sie trotzdem immer noch als "versorgt" geführt, obwohl die
16 meisten von ihnen ihre Bewerbung aufrechterhalten und weiterhin
17 einen betrieblichen Ausbildungsplatz suchen. Diesem Ziel kommen
18 sie durch die Übergangsmaßnahmen aber kaum einen Schritt näher.

19 Weil viele Jugendliche nicht direkt nach dem Abschluss der allge-
20 meinbildenden Schule einen regulären Ausbildungsplatz bekommen,
21 müssen sie sich in den folgenden Jahren erneut bewerben. Inzwi-
22 schen hat die Bundesagentur für Arbeit den höchsten Stand an so
23 genannten "Altbewerbern" registriert, den es jemals gab: Im Jahr
24 2006 machten sie bereits rund die Hälfte aller Bewerberinnen und
25 Bewerber aus.

26 Besonders schwer haben es auf dem Ausbildungsmarkt Jugendliche
27 mit niedrigem oder ohne Schulabschluss: Nicht einmal die Hälfte der
28 Jugendlichen mit niedrigem Schulabschluss finden eine betriebliche
29 Ausbildungsstelle (40 Prozent), dafür landen fast genau so viele in
30 Übergangsprogrammen wie dem "Einstiegsqualifizierungsjahr", dem
31 "Berufsvorbereitungsjahr" oder in einem Praktikum.

32

33 **Der Pakt ist gescheitert**

34 "Ausbildungspakt verlängert – erfolgreiche Arbeit wird fortgesetzt!"
35 Das meldete das Bundesarbeitsministerium im März 2007. Diese
36 Einschätzung ist mit Blick auf die aktuelle Lage am Ausbildungsmarkt
37 schlicht falsch.

38 2004 wurde der "Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenach-
39 wuchs", so der vollständige Name der Vereinbarung, zwischen Bun-
40 desregierung und Arbeitgeberverbänden geschlossen. Inzwischen
41 wurde er um drei weitere Jahre bis 2010 verlängert.

42 Das Problem des Pakts: Die Zusagen der Arbeitgeber sind nicht mehr
43 als eine "freiwillige Selbstverpflichtung". Außerdem verpflichten sie
44 sich nur dazu "neue Ausbildungsplätze" zu schaffen. Ein Taschen-
45 spielertrick, denn: Die Zusage, etwa 60 000 "neue" Ausbildungsplätze
46 zu schaffen, kann auch eingehalten werden, wenn die Zahl der insge-
47 samt angebotenen Ausbildungsplätze in Wirklichkeit abnimmt. Näm-
48 lich dann, wenn mehr "alte" Ausbildungsplätze verloren gehen, als
49 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Der DGB fordert
50 deshalb, die Unternehmen zur Schaffung "zusätzlicher" Ausbildungs-
51 plätze zu verpflichten.

1 Ein weiteres Problem des Pakts: Statt mehr reguläre Ausbildungsstel-
2 len zu schaffen, gibt der Ausbildungspakt den Arbeitgebern die Mög-
3 lichkeit, Jugendliche in Übergangsmaßnahmen wie dem "Einstiegs-
4 qualifizierungsjahr" (EQJ) unterzubringen. Das EQJ ist eine Art
5 "Langzeitpraktikum" in einem Unternehmen und soll den Jugend-
6 lichen anschließend den Weg in eine reguläre Ausbildung ermöglich.
7 Aber: Selbst der Bundesrechnungshof, der die Arbeit und Ausgaben
8 der Bundesregierung kontrolliert, sagt, dass die "Integrationserfolge
9 in betriebliche Ausbildungsverhältnisse eher gering" sind. Zwar wech-
10 seln über die Hälfte der EQJ-TeilnehmerInnen nach der Maßnahme
11 in ein reguläres Ausbildungsverhältnis. Der DGB sieht im EQJ aber
12 nicht mehr als eine "verlängerte Probezeit" - die der Staat den Unter-
13 nehmen mit finanzieller Förderung auch noch vergoldet.

14 **Was am Ausbildungspakt also erfolgreich ist, fragen sich vor**
15 **allem die hunderttausenden Jugendlichen, die keinen regulären**
16 **Ausbildungsplatz gefunden haben.**

17

18 **Warteschleifen statt echter Ausbildung**

19 Auch in diesem Jahr werden trotz Erfolgsmeldungen über den Aus-
20 bildungspakt zwischen Bundesregierung und Arbeitgebern Hundert-
21 tausende Jugendliche keine reguläre Ausbildung im dualen Ausbil-
22 dungssystem aufnehmen können.

23 Viele von ihnen landen in alternativen berufsvorbereitenden Maßnah-
24 men oder Übergangsprogrammen. Einige dieser von Politik und Wirt-
25 schaft angebotenen Maßnahmen sind vielleicht gut gemeint – für die
26 meisten Jugendlichen wird das "Übergangssystem" aber zu einer
27 endlosen Warteschleife. Und der "Übergang" in eine reguläre Ausbil-
28 dung ist keineswegs garantiert.

29 Die Instrumente sind vielfältig: Einstiegsqualifizierungsjahr (EQJ),
30 Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) oder
31 ganz einfach Praktika. Eins haben sie alle gemeinsam: Eine Ausbil-
32 dung im dualen System kann keine der Maßnahmen ersetzen. Sie
33 machen nur Sinn, wenn Jugendliche anschließend die Chance
34 bekommen, auf einen regulären Ausbildungsplatz zu wechseln.

35 Dafür müssten die Arbeitgeber ausreichend Lehrstellen für alle
36 Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stellen. Weil das immer
37 noch nicht der Fall ist, bleiben viele Jugendliche im "Übergangssys-
38 tem" hängen. Und haben immer weniger Chancen, irgendwann
39 einmal einen qualifizierten Beruf auszuüben:

40 **Die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz von heute gehören zur**
41 **Gruppe der Niedriglöhner von morgen.**

42

43 **Problemfall EQJ**

44 Rund die Hälfte aller TeilnehmerInnen an einem Einstiegsqualifizie-
45 rungsjahr (EQJ) bekommt nach der Maßnahme einen regulären Aus-
46 bildungsvertrag. Im abgelaufenen Beratungsjahr der Bundesagentur
47 für Arbeit (Oktober 2005 bis September 2006) waren das mindestens
48 12 000 Jugendliche.

49 Allerdings: Der Bundesrechnungshof hat auf eklatante Mängel bei
50 Einstiegsqualifizierungen hingewiesen. Die Integrationserfolge seien

1 eher gering - schließlich schaffe nur jeder Zweite den Sprung in die
2 reguläre Ausbildung. Außerdem prüfe die Bundesagentur nicht ein-
3 mal, ob die Unternehmen die vorgesehene Praktikumsvergütung von
4 192 Euro im Monat auch tatsächlich an die TeilnehmerInnen zahlen.
5 Im Klartext: Steuermittel werden an die Betriebe weitergeleitet, ohne
6 sicher sein zu können, dass diese ordnungsgemäß verwendet
7 werden.

8

9 **Forderungen:**

10 **Jugend braucht Perspektive: Umlagefinanzierung jetzt**

11 Die Ausbildungsplatzumlage muss kommen: Das duale System
12 trocknet seit Jahren aus, weil sich zu wenig Betriebe, Unternehmen
13 und Verwaltungen an der Ausbildung beteiligen.

14 Wir wollen die betriebliche Berufsausbildung auf eine breitere Basis
15 stellen und damit langfristig sichern.

16 1. Betriebliche Ausbildung im dualen System – ergänzt durch Teil-
17 zeitberufsschule – muss derzeit in großem Umfang durch öffent-
18 lich finanzierte außerbetriebliche Ausbildungs- und Qualifizie-
19 rungsangebote ersetzt werden. Wir wollen Bund, Länder und
20 Bundesagentur für Arbeit von Kosten für betriebliche und
21 außerbetriebliche Ausbildung entlasten.

22 2. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet, dass sich grundsätz-
23 lich alle Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen entweder an
24 der Ausbildung oder an den Ausbildungskosten beteiligen. Das
25 bedeutet auch, dass die Finanzierung dafür auf eine neue Basis
26 gestellt werden muss.

27 3. Durch Bundesgesetz (Rahmengesetz) werden daher alle Betriebe
28 zur Zahlung einer Berufsausbildungsumlage zur Finanzierung der
29 Gesamt-Ausbildungskosten herangezogen.

30 4. Dabei haben tarifliche oder branchenbezogene Lösungen
31 Vorrang.

32 5. Unternehmen, die durch Branchenfonds oder Tarifverträge nicht
33 erfasst werden, deren Branchenfonds oder Tarifverträge die
34 jährlich vorgesehene Quote nicht erreichen, zahlen in einen
35 Ausbildungsfonds bei der jeweiligen Berufsgenossenschaft.

36 Mit den so eingenommenen Mitteln sollen finanziert werden:

- 37 • betriebliche Ausbildungsplätze
- 38 • Plätze in Ausbildungsverbänden
- 39 • außerbetriebliche Ausbildungsplätze.

40

41 **Sofortprogramm**

42 Im Rahmen eines Sofortprogramms sollen überschüssige Mittel der
43 Bundesagentur für Arbeit (BA) genutzt werden, um 50 000 zusätzli-
44 che außerbetriebliche Ausbildungsplätze zu finanzieren. Die sollen
45 Jugendlichen zugute kommen, die keinen Zugang zum dualen Sys-
46 tem oder zu einem vollzeitschulischen Bildungsgang gefunden
47 haben.

48

1 Der DGB rechnet mit Kosten von rund 650 Millionen Euro für das
2 Programm - Kosten die bei einem Überschuss der BA von rund zehn
3 Milliarden Euro mehr als zu verkraften wären.

4 Inzwischen hat der Verwaltungsrat der BA einen ersten Schritt in die
5 richtige Richtung beschlossen: Immerhin 220 Millionen Euro stehen
6 2007 zur Verfügung, um insgesamt 27 500 Ausbildungsplätze zu
7 schaffen. Dieses Sonderprogramm ist ein gewerkschaftlicher Erfolg.
8 Darüber hinaus fordern die Gewerkschaften aber einen weiteren,
9 nachhaltigen Ausbau des Angebots an Ausbildung: qualifizierte
10 Ausbildung für alle.

11 Jugendliche brauchen eine Perspektive auf einen qualifizierten Be-
12 rufsabschluss - auch wenn sie keinen Zugang zu einem klassischen
13 Ausbildungsgang gefunden haben.

14

15 **Qualität in allen Bildungsgängen sichern**

16 Die Konzentration von Politik und Wirtschaft auf die schnelle Bereit-
17 stellung fehlender Ausbildungsplätze hat gleichzeitig die Frage nach
18 der Qualität von Ausbildung in den Hintergrund gedrängt. Die Bun-
19 desregierung hat diese Situation noch verschärft, indem sie die Aus-
20 bildereignungsverordnung außer Kraft gesetzt hat. Die Folge davon:
21 Die Qualifikation des Ausbildungspersonal geht zurück.

22

23 Jugendliche müssen sich aber auf hohe Qualität in allen Bildungs-
24 gängen verlassen können. Dazu gehören verbesserte Qualitätssi-
25 cherungs- und -entwicklungsmaßnahmen.

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an:

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: B 4**
2 **Antragsteller: UB Unna, UB Hamm**
3 **Betreff: Selbstständigkeit für alle Schulen in NRW**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 278 Schulen in 19 Regionen des ganzen Landes und mehr als 400
7 Korrespondenzschulen sind dem Aufruf der rot-grünen Landesregie-
8 rung seit dem Jahr 2002 gefolgt und haben im Modellvorhaben
9 Selbstständige Schule neue Organisationsformen erprobt und erwei-
10 terte Freiheiten in der Unterrichtsgestaltung genutzt. In allen teilneh-
11 menden Städten und Kreisen ist die Resonanz auf die erweiterte
12 Selbstständigkeit der Schulen rundweg positiv. Die Selbstständige
13 Schule hat gezeigt, dass sie der Herausforderung, Schülerinnen und
14 Schüler in einem modernen Unterricht besser zu fördern, mehr als
15 gewachsen ist.

16 Der Landesregierung aus CDU und FDP ist dieser Erfolg, der ge-
17 meinsam von der Vorgängerregierung und der beteiligten Bertels-
18 mann Stiftung erreicht worden ist, ein Dorn im Auge. Statt den Erfolg
19 des Projektes ehrlich anzuerkennen, den Schulen für ihr über das
20 normale Maß hinaus gehende Engagement zu danken und den
21 Transfer erfolgreich erprobter Instrumente auf alle Schulen zu orga-
22 nisieren, soll das Projektende zum Ende des laufenden Schuljahres
23 tot geschwiegen werden. Stattdessen wird unter der eigenen Fanta-
24 sieüberschrift „Eigenverantwortliche Schule“ vorgegaukelt, die Schu-
25 len erhielten jetzt mehr Selbstständigkeit. In der Realität kann jedoch
26 nicht auch nur eines der hoch gesteckten Versprechen gehalten
27 werden. Statt den Schulen mehr organisatorische Verantwortung zu
28 geben, verursacht die Landesregierung Chaos in der Landesverwal-
29 tung, statt den Schulen mehr Freiraum für die Unterrichtsgestaltung
30 zu geben, werden sie bis ins Detail gegängelt und mit einem dichten
31 Terminkorsett versehen.

32 Die NRW SPD setzt sich für die Übertragung der erfolgreich erprob-
33 ten Elemente aus dem Modellvorhaben Selbstständige Schule auf
34 alle Schulen in Nordrhein-Westfalen ein. Das heißt für uns

- 35 1. Schulen müssen selbstständig über Unterrichtsgestaltung, die
36 sinnvolle Verbindung von Unterrichtsfächern, die Rhythmisierung
37 und die Organisation von Unterricht entscheiden. Der Staat be-
38 schränkt sich dabei auf die Vorgabe von Zielen und Rahmenbe-
39 dingungen im Rahmen seiner Verantwortung für die gesamtstaat-
40 liche Bildungsqualität. Wenn das Land klare Ziele vorgibt und
41 überprüft, ob und wie sie erreicht werden, kann auf Erlasse und
42 Verordnungen weitgehend verzichtet werden, auf jeden Fall sind
43 sie aber zeitlich zu begrenzen.
- 44 2. In der Schule müssen alle Verantwortung übernehmen können.
45 Deshalb müssen an den Schulen wieder demokratische Verhält-
46 nisse eingeführt und die Drittelparität in den Schulkonferenzen
47 wiederhergestellt werden. Darüber hinaus muss das auf dem
48 Rücken der Schulen ausgetragene Experiment der Wahl der
49 Schulleitungen ausschließlich durch die Schulkonferenz beendet

Empfehlungen der AK:

**Annahme in geänderter
Fassung**

**Annahme Zeilen 32 – Seite
2, Zeile 37**

Rest: Begründung

- 1 werden; die Schulträger müssen darin wieder einbezogen
2 werden!
- 3 3. Zur Schule, die mehr selbst verantwortet, organisiert und gestal-
4 tet, gehört auch, dass vernünftige Mitbestimmung organisiert wer-
5 den kann. Daher müssen den Lehrerräten nicht nur echte Perso-
6 nalaratsaufgaben übertragen werden, sondern auch die dafür
7 erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um auf
8 Augenhöhe verhandeln zu können.
- 9 4. Die Schulleiterinnen und Schulleiter sollen für ihre Aufgaben kom-
10 petente Verwaltungsunterstützung erhalten. Die Schulleitungen
11 sollten zukünftig weitgehend von der Unterrichtsverpflichtung frei-
12 gestellt und die Entwicklung der Schule und der in ihr handelnden
13 Personen durch ausreichende Fortbildungsmittel gestützt werden.
- 14 5. Die Schulen sollen selbst über die ihnen zugewiesenen Mittel ent-
15 scheiden können. Mittel von Land und Kommunen sollen in einem
16 Budget zusammengefasst und die Verfügbarkeit für die Schulen
17 erhöht werden. Der erfolgreiche Weg der Kapitalisierung freier,
18 besetzbarer Stellen muss fortgesetzt werden. Die Landesregie-
19 rung plant klammheimlich die Beendigung dieser Möglichkeit, mit
20 der die Schulen maßgeschneidert ihre Aufgaben, selbst schwierige
21 Probleme, vor Ort lösen konnten. Alle Schulen müssen kapita-
22 lisieren können und so den Spielraum erhalten um je nach Bedarf
23 auch Sozialarbeiter, Medienfachleute oder Kunstpädagogen in
24 der Schule einzubinden.
- 25 6. Kommunen müssen die Rolle eines aktiven Akteurs in der Bil-
26 dungspolitik bekommen. Deshalb dürfen sie nicht wieder allein
27 auf die Aufgaben der äußeren Schulangelegenheiten reduziert
28 werden. Die Kommunen sind nach dem Verständnis der NRW
29 SPD Kern für die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften, in
30 der alle am Bildungswesen beteiligten Organisationen und Ver-
31 bände mitwirken und durch regionale Bildungsbüros unterstützt
32 werden. Hierfür brauchen sie die wirksame Unterstützung des
33 Landes.
- 34 Die NRW SPD steht zu den Erfolgen des Modellvorhabens Selbst-
35 ständige Schule und wird im Landtag entsprechende Initiativen für
36 den Transfer erfolgreich erprobter Instrumente des Modellvorhabens
37 ergreifen.

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an:

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** **B 5**
2 **Antragsteller:** **Stadtverband Lippstadt**
3 **Betreff:** **Sprachunterricht für Sekundarschüler mit Defiziten in deutscher**
4 **Sprache**
5

6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7 Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, sich für
8 die Sicherstellung von flächendeckendem Sprachunterricht für
9 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I mit Defiziten in
10 deutscher Sprache einzusetzen.

11

12 **Begründung:**

13 In Kindergärten und Grundschulen wird Kindern Sprachunterricht an-
14 geboten. Ebenfalls für junge Erwachsene und zugezogenen Erwach-
15 sene gibt es obligatorischen Sprachunterricht. Für schulpflichtige zu-
16 gezogene Jugendliche allerdings besteht nach wie vor eine Versor-
17 gungslücke. Um eine Teilnahme am geregelten Schulunterricht in der
18 Sekundarstufe I zu ermöglichen, müssen bedarfsdeckende Sprach-
19 fördermaßnahmen angeboten werden.

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

Annahme

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: C 1**
2 **Antragsteller: UB Unna, UB Hamm**
3 **Betreff: Echter Mindestlohn statt verstecktem Kombi-Lohn**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Die NRW SPD spricht sich für einen flächendeckenden, branchen-
7 übergreifenden gesetzlichen Mindestlohn aus. Wir setzen uns für das
8 Leitbild der guten Arbeit ein! Dafür ist eines Grundvoraussetzung:
9 Wer in Vollzeit beschäftigt ist, muss von seinem Einkommen men-
10 schenwürdig leben können. Ein menschenwürdiger Lohn kann die
11 Basis für eine menschenwürdige Rente sein.

12 Der gesetzliche Mindestlohn korrigiert die schleichende Einführung
13 eines subventionierten Niedriglohnssektors durch Kombi-Löhne, mit
14 denen es heute schon Unternehmen gelingt, sich aus der Verantwor-
15 tung für eine gerechte Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeit-
16 nehmer zu stehlen. Vor allem Arbeitgeber profitieren von staatlichen
17 Leistungen, die zusätzlich zu Löhnen in sozialversicherungspflichtiger
18 Beschäftigung bezahlt werden. Die immer wieder propagierte positive
19 Beschäftigungswirkung von Kombilohn-Modellen konnte jedoch bis
20 heute nicht nachhaltig nachgewiesen werden. Die NRW SPD setzt
21 sich ebenso wie Gewerkschaften und Kirchen für einen gesetzlichen
22 Mindestlohn ein, damit der Staat zukünftig nur noch dann eintritt,
23 wenn nicht durch Erwerbstätigkeit eine eigene Lebensgrundlage
24 geschaffen werden kann.

25 Der gesetzliche Mindestlohn verbessert zudem die Situation der
26 öffentlichen Haushalte und nicht zuletzt der kommunalen Finanzen.
27 Bei Löhnen unterhalb des Existenzminimums haben Arbeitnehmerin-
28 nen und Arbeitnehmer Anspruch auf zusätzliche Leistungen - diese
29 Aufstockungsmöglichkeit wird vor allem durch Bund und Kommunen
30 finanziert. In allen Kreisen und kreisfreien Städten erhält eine große
31 Zahl von Menschen, die in sozialversicherungspflichtiger Beschäfti-
32 gung stehen, zusätzlich zum Erwerbseinkommen Arbeitslosengeld II.

33 Von konjunkturell bedingt positiven Entwicklungen auf dem Arbeits-
34 markt und den dadurch sinkenden Kosten der Arbeitslosigkeit profitie-
35 ren Kreise und Kommunen jedoch erst an letzter Stelle, weil der
36 kommunal getragene Anteil der Leistungen aus dem SGB II (vor
37 allem Kosten der Unterkunft) bei steigendem Einkommen zuletzt
38 entfällt. Das gilt selbst dann, wenn Städte und Kreise in ihrem Bereich
39 positive Vermittlungsergebnisse erzielen. Der gesetzliche Mindest-
40 lohn ist also auch deshalb das richtige Mittel, weil durch ihn Kommu-
41 nen nicht die Kosten für ungerecht entlohnte Arbeit übernehmen
42 müssen. Durch den Mindestlohn gewinnen Kommunen finanzielle
43 Handlungsspielräume und damit politische Gestaltungsmöglichkeiten
44 zurück.

45 Der Mindestlohn wird allerdings nur dann dem Anspruch an gerecht
46 entlohnte Arbeit genügen, wenn durch ihn bei Vollzeitarbeit auch ein
47 angemessenes Einkommen erzielt wird. Ein gesetzlicher Mindestlohn
48 muss also in einer Höhe festgelegt werden, bei der Arbeitnehmerin-
49 nen und Arbeitnehmer bei einer individuellen Wochenarbeitszeit von

Empfehlungen der AK:

Annahme in geänderter Fassung

**Annahme Zeilen 5 – 10
Annahme Zeilen 10f. in folgender Fassung: *Ein fairer Lohn ist auch die Basis für ein Auskommen im Alter.***

Rest: Begründung

1 unter 40 Stunden ein Einkommen oberhalb von Existenzminimum
2 und Aufstockungsnotwendigkeit erhalten.

3 Ein gesetzlicher Mindestlohn muss die Menschen in die Lage ver-
4 setzen, sich und ihren Familien eine ausreichende Existenzgrundlage
5 zu verschaffen und dadurch ein Leben in Selbstbestimmung zu
6 führen.
7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an:

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** C 2
2 **Antragsteller:** KV Herford
3 **Betreff:** Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Die SPD setzt sich im Kampf gegen Arbeitslosigkeit stärker für
7 Maßnahmen zur Verteidigung bestehender Arbeitsplätze ein. Wir
8 fordern:

- 9 - wer rentable und produktive Arbeitsplätze vernichtet, darf nicht
10 dafür belohnt werden.
11 - Die Unternehmensmitbestimmung muss ausgebaut werden. Wir
12 wollen mehr Rechte der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat,
13 auch und gerade wenn es um Produktionsstandorte geht.
14 - Mitbestimmungsrechte der Europäischen Betriebsräte müssen
15 verbessert werden, Verstöße gegen die entsprechende europä-
16 ische Richtlinie müssen scharfe Sanktionen nach sich ziehen.

17 Die Fraktion der SPE im EU-Parlament wird aufgefordert, bei der
18 Verteilung von Fördermitteln entsprechende Vergabebedingungen an
19 die Vergaben zu knüpfen, sodass eine Verlagerung von Arbeitsplät-
20 zen in andere EU-Mitgliedsstaaten nicht mehr erfolgt.

21 Dabei ist es unerheblich, ob es sich bei den Fördermitteln um direkte
22 oder nachweislich verdeckte Förderungen über die Empfängerländer
23 handelt.

24 Der Landesparteitag lehnt eine durch EU-Mittel geförderte Verlage-
25 rung von Arbeitsplätzen wie zuletzt im Falle des NOKIA-Werks in
26 Bochum ab.

27

28 **Begründung:**

29 Aktuell erleben wir am Beispiel des Industrieunternehmens NOKIA in
30 Bochum eine kurz bevorstehende neue Welle von Entlassungen von
31 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

32 Konzerne wie NOKIA oder auch AEG/Elektrolux und BENQ /
33 SIEMENS vernichten rücksichtslos Arbeitsplätze in Deutschland,
34 schließen Betriebe und verlagern die Produktion.

35 Angesichts dieser Situation müssen wir Sozialdemokraten folgendes
36 feststellen:

37 Wir können nicht hinnehmen, dass die Konzernleitungen großer
38 Industrieunternehmen im Namen der Gewinnmaximierung, wegen
39 größerer Renditegewinne die Existenz von Arbeitnehmerinnen und
40 Arbeitnehmern und ihren Familien aufs Spiel setzen.

41 Es kann ebenfalls nicht hingenommen werden, dass dadurch die
42 wirtschaftliche Überlebensfähigkeit ganzer Regionen ruiniert wird.

43 Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe der Sozialdemokratie an,
44 dass kein weiterer Arbeitsplatz in der Industrie mehr sinnlos zerstört
45 wird. Sozialdemokratische Politik muss mit allen politischen Mitteln
46 verhindern können, dass Betriebsschließungen und Produktionsverla-

Empfehlungen der AK:

**Erledigt bei Annahme F7,
Fassung Antragskommis-
sion**

1 gerungen nur wegen einer höher zu erwartenden Rendite hingenom-
2 men werden müssen.

3 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD erinnert
4 die Delegierten des Kreisparteitages an die gültigen Verfassungsre-
5 geln, die das Grundgesetz für ein menschenwürdiges Leben inner-
6 halb unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorgege-
7 ben hat.

8 Wir erinnern an den Artikel 14 des Grundgesetzes, der die „Sozial-
9 pflicht des Eigentums“ gegenüber den Besitzenden einfordert. Auch
10 die Eigentümer von Produktionsmitteln, deren Verwendung die Inter-
11 essen des Allgemeinwohls berühren, unterliegen einer solchen
12 Verpflichtung.

13 Für uns Sozialdemokraten gibt es keinerlei Legitimation dafür, dass
14 Produktion und Arbeitsplätze zerstört werden. Wir setzen uns für
15 gesetzliche Regelungen ein, die jegliche Betriebsschließungen,
16 Betriebsverlagerungen und Entlassungen wegen höherer Rendite-
17 erwartungen verbieten.

18 Bei Zuwiderhandlungen seitens der Unternehmen müssen Arbeits-
19 plätze und Betriebe unter den Schutz des Staates gestellt werden.
20 Alle von staatlicher Seite erhaltenen Vorleistungen und Subventionen
21 aller Art müssen zurückgegeben werden. Die von den Belegschaften
22 geschaffenen Gewinne und Vermögenswerte sind sicherzustellen.

23 Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Kreisverband
24 Herford stehen auf der Seite aller betroffenen Beschäftigten in ganz
25 Deutschland sowie ihren Gewerkschaften.

26 Gemeinsam werden wir um den Erhalt aller Arbeitsplätze streiten.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an:

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** C 3
2 **Antragsteller:** KV Herford
3 **Betreff:** Jugendliche mit besonderem Förderungsbedarf
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Auf der Basis einer umfassenden Analyse der Lernvoraussetzungen,
7 Eignung und Fähigkeiten sind für jeden Jugendlichen mit besonde-
8 rem Förderungsbedarf Förderpläne zu erstellen, die aufzeigen, wel-
9 che Maßnahmen zur Qualifizierung angebracht sind. Dabei ist von
10 den Kompetenzen der Jugendlichen auszugehen und jede Segmen-
11 tierung in Kategorien wie ausbildungsfähig / nicht ausbildungsfähig zu
12 vermeiden.

13 Für originär Benachteiligte sind vor allem die Ausbildungsfähigkeit
14 fördernde Kompetenzen, für die sog. Marktbenachteiligten eher der
15 Ausbildung entnommene Bausteine zu vermitteln, die auf diese anzu-
16 rechnen sind, also zu einer Verkürzung der Ausbildung führen kön-
17 nen bzw. als Teilqualifizierung zu zertifizieren sind.

18

19 **Begründung:**

20 Auf der einen Seite verschärft sich das Problem der Jugendarbeitslo-
21 sigkeit von Jahr zu Jahr. Der Anteil Jugendlicher ohne jegliche Be-
22 rufsausbildung in Deutschland wird ständig größer. Besonders betref-
23 fen von dieser Entwicklung sind junge Menschen mit Migrationshinter-
24 grund. Als Folge verschärfter Selektions- und Segmentierungspro-
25 zesse in Schule, Berufsausbildung und Arbeitsmarkt wird die berufli-
26 che Integration von jungen Erwachsenen mit Lernschwächen und
27 sozialen Benachteiligungen immer schwieriger. Einer von vier Ju-
28 gendlichen, die die deutschen Schulen verlassen, gehört laut PISA-
29 Studie I zur so genannten Risikogruppe. Ihre Fähigkeiten und Fertig-
30 keiten reichen oft kaum aus, um einen Beruf zu erlernen. Eine düste-
31 re Perspektive – werden doch die Qualifikationsanforderungen in der
32 Arbeitswelt weiter steigen und immer differenzierter. Es ist sehr
33 schwer für junge Leute, diesen Mangel an Kompetenzen später
34 auszugleichen.

35 Darum ist es unumgänglich, dass für diejenigen Jugendlichen, für die
36 präventive Maßnahmen zu spät kommen, die derzeitigen Regelungen
37 der Berufsausbildungsvorbereitung umgehend nach fachlich-pädago-
38 gischen Kriterien evaluiert und nach einer entsprechenden Auswer-
39 tung modifiziert werden. In diese Evaluierung sollten alle Instrumente
40 der Benachteiligtenförderung:

- 41 - außerbetriebliche Ausbildungen,
- 42 - schulisches Berufsorientierungsjahr bzw. Berufsgrundbildungs-
- 43 - jahr,
- 44 - Betrieb und Schule (BuS),
- 45 - Werkstattjahr,
- 46 - Einstiegsqualifizierungen,
- 47 - Qualifizierungsbausteine (QBS),

Empfehlungen der AK:

**Annahme in folgender Rei-
henfolge:**

Seite 2, Zeilen 10 – 25

Seite 1, Zeilen 6 – 12

**Seite 1, Zeilen 35 – 39 in
folgender Fassung:**

*Für diejenigen Jugendlichen, für die präventive Maßnah-
men zu spät kommen, sind die derzeitigen Regelungen
der Berufsausbildungsvorbereitung umgehend nach fach-
lich-pädagogischen Kriterien zu evaluieren und nach einer
entsprechenden Auswertung zu modifizieren.*

**Seite 1, Zeile 39 – Seite 2,
Zeile 9**

**Seite 1, Zeilen 13 – 17:
streichen**

**Seite 1, Zeilen 19 – 34:
Begründung**

1 - berufliche Lehrgänge,
2 - ausbildungsbegleitende Hilfen (abH),
3 - sowie zahlreiche Pilotprojekte und Modellversuche
4 einbezogen werden und das Gesamtergebnis in ein alle bisherigen
5 Maßnahmen umfassendes und zwischen den einzelnen Akteuren
6 abgestimmtes Konzept für die berufliche Integration von jungen
7 Menschen mit besonderem Förderbedarf einfließen. Das Ziel muss
8 es sein, auch jungen Frauen und Männern mit erkennbaren Defiziten
9 eine Ausbildung in einem anerkannten Beruf zu ermöglichen.

10 Dabei ist grundsätzlich zu fordern, dass Jugendliche, die auf Grund
11 des Mangels an Ausbildungsplätzen keine berufliche Ausbildung er-
12 halten können, nicht mit berufsvorbereitenden Maßnahmen „versorgt“
13 werden, sondern dass für sie vollqualifizierende Ausbildungsgänge
14 (vollzeitschulisch mit schulischen und betrieblichen Praxisanteilen, an
15 außerbetrieblichen Einrichtungen, Verbundmodelle etc.) als gleich-
16 wertige Ergänzungen der dualen Ausbildung bereit gestellt werden.
17 Die durch die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes und die ver-
18 abschiedete Berufskolleganrechnungs- und -zulassungsverordnung
19 neu geschaffenen Möglichkeiten sind inhaltlich und materiell auszu-
20 gestalten. Da lernschwache Jugendliche auch die Chance auf eine
21 Berufsausbildung erhalten sollten, sind zusätzliche Möglichkeiten
22 eines „dritten Weges der Berufsausbildung“ so auszugestalten, dass
23 auch nach einem vorzeitigen Abbruch eine spätere Wiederaufnah-
24 memöglichkeit geschaffen und ergänzend die Zertifizierung von
25 Teilqualifikationen zugelassen werden.

26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an:

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** C 4
2 **Antragsteller:** KV Herford
3 **Betreff:** Dezentrale Ausschreibung von Fördermaßnahmen der
4 Arbeitsagentur und der ARGE
5

6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7 Damit Fördermaßnahmen der Arbeitsagentur und der ARGE für be-
8 nachteiligte Jugendliche nicht zur Förderung der Maßnahmeträger
9 und ihrer Beschäftigten „verkommen“, ist bei der Vergabe von Maß-
10 nahmen insbesondere die Qualität der lokalen Bildungsträger zu
11 berücksichtigen. Statt der Förderung von Billiganbietern muss die
12 pädagogische Qualität einschließlich bestimmter Standards für den
13 Status des Personals (Tariftreue, sozialversicherungspflichtige
14 Beschäftigung) vorrangiges Vergabekriterium sein. Hierzu sind die
15 beruflichen Fördermaßnahmen dezentral vor Ort auszuschreiben und
16 zu vergeben.

17

18 **Begründung:**

19 Bei der Vergabe an Maßnahmeträger darf nicht der Kostenaspekt das
20 wesentliche Kriterium sein. Vielmehr ist die Qualität und die Kontinui-
21 tät zu berücksichtigen, da eine sinnvolle Beratung und Betreuung von
22 Jugendlichen im Übergang Schule / Beruf nur dann gewährleistet ist,
23 wenn die Träger nicht dauernd wechseln.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

**Erledigt bei Annahme C8,
Seite 3, Zeilen 12 – 23**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: C5**
2 **Antragsteller: UB Dortmund**
3 **Betreff: „Zukunft der ARGEEn – ARGEEn der Zukunft“**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Mit der größten Arbeitsmarktreform in der Geschichte unseres Lan-
7 des zum 01.01.2005 haben die kommunalen Sozialämter und die
8 Bundesagentur für Arbeit sozialpolitisches Neuland betreten.

9 Die Arbeitsgemeinschaften stellen sich heute als kundenfreundlich,
10 hoch qualifiziert und effizient dar.

11 Es ist gelungen, insbesondere mit dem personellen Sachverstand
12 und der fachlichen Kompetenz der kommunalen Seite aus zwei bis-
13 her kooperierenden Behörden eine handlungsfähige Organisations-
14 einheit zu schaffen, die nicht nur Transferleistungen auszahlt sondern
15 auch Eigeninitiativen der Kunden fördert und hier Vermittlungserfolge,
16 auch im Bereich der Langzeitarbeitslosen nachweisen kann.

17 Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Urteil vom 20. Dezem-
18 ber 2007 zur Organisationsstruktur der Arbeitsgemeinschaften ent-
19 schieden, dass die bisherige Zusammenarbeit der Kommunen mit der
20 Bundesagentur für Arbeit nicht mit der Verfassung vereinbar ist.

21 In einer Übergangsfrist bis zum 31.12.2010 ist der Bundesgesetzgeb-
22 er aufgefordert, die rechtlichen Grundlagen für Arbeitsgemeinschaf-
23 ten neu zu regeln.

24 Das beinhaltet die Chance, die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften der
25 letzten drei Jahre zu bewerten und langfristig tragfähig zu machen,
26 Zuständigkeiten und Kompetenzen in den Arbeitsgemeinschaften
27 noch deutlicher zu fassen und Verantwortungen in den Arbeitsge-
28 meinschaften vor Ort zu stärken.

29 Das beinhaltet aber auch das Risiko, Bürokratie für Kundinnen und
30 Kunden neu zu schaffen, die Interessen der Kommunen zu schwä-
31 chen und die erfolgreiche Arbeit der Arbeitsgemeinschaften zu
32 belasten.

33

34 **Die NRWSPD sieht in dem ersten Vorschlag zu den Eckpunkten**
35 **eines kooperativen Job-Centers von Bundesarbeitsminister Olaf**
36 **Scholz vom 13.2.2008 eine gute Grundlage für den weiteren**
37 **Beratungsprozess auf Bundes- und Landesebene.**

38 Die genauen Auswirkungen des Eckpunktepapiers des Bundesminis-
39 teriums für Arbeit und Soziales und der Bundesagentur für Arbeit auf
40 die kommunale Seite müssen noch näher untersucht werden.

41 Dies gilt insbesondere für mögliche Nachteile aus der freiwilligen Per-
42 sonalgestellung der Kommunen, den zukünftigen Aufgaben der Kom-
43 munen neben der Gewährung von Kosten der Unterkunft sowie die
44 Besetzung des vorgeschlagenen Kooperationsausschusses.

45

Empfehlungen der AK:

Votum wird nachgereicht

1 **Die NRWSPD erwartet auch für die Zukunft eine Zusammenarbeit**
2 **der BA und des kommunalen Trägers in einer „gleichberechtig-**
3 **ten Partnerschaft auf Augenhöhe“ zum Wohle der Kundinnen**
4 **und Kunden.**

5 Während sich die Interessen des Bundes mit einem durchgehenden
6 SGB II-Strang und einem eigenen lokalen BA-Geschäftsführer Grund-
7 sicherung bereits sehr deutlich in dem Papier wieder finden, sind die
8 kommunalen Einflussmöglichkeiten eher noch als gering einzustufen
9 (z.B. gibt es im geplanten Kooperationsausschuss keine echten kom-
10 munalen Mitbestimmungs- und Entscheidungsrechte). Angesichts der
11 nach wie vor hohen kommunalen Finanzbelastung (70% der Kosten
12 der Unterkunft) muss aber auch eine entsprechende kommunale
13 Gesamtverantwortung für ein Kooperatives JobCenter verankert
14 werden.

15 Die NRWSPD fordert den Bund deshalb auf, noch vor der Sommer-
16 pause einen Vorschlag zur Neuorganisation der Arbeitsgemein-
17 schaften vorzulegen.

18 Es muss schnell Klarheit für die Träger der Arbeitsarbeitsgemein-
19 schaften, für die Kundinnen und Kunden sowie für die Beschäftigten
20 geschaffen werden, wie die Arbeitsgemeinschaften nach 2010 arbei-
21 ten.

22 Dieser Vorschlag sollte sich an folgenden Eckpunkten orientieren:

- 23 - Kundenfreundliche Arbeitsstrukturen Doppelstrukturen unter
24 einem Dach(Fördern und Fordern und Hilfe aus einer Hand);
- 25 - das finanzielle Risiko der Arbeitslosigkeit darf nicht vom Bund auf
26 die Kommunen übergehen;
- 27 - Stärkung der dezentralen Verantwortungsstrukturen der Arbeits-
28 gemeinschaften vor Ort vor dem Hintergrund der Schaffung eines
29 sozialen Arbeitsmarktes;
- 30 - Garantie seitens des Bundes für die Finanzausgaben an die Kom-
31 munen in mindestens gleicher Höhe;
- 32 - weitere Stärkung der kommunalen Entscheidungskompetenz in
33 den Arbeitsgemeinschaften.

34 Die NRWSPD erwartet zudem, dass die Ausschreibungsvorgaben
35 der Bundesagentur hinsichtlich der Beschäftigungsmaßnahmen
36 geändert und stärker regionalisiert werden.

37 Im Rahmen des Wettbewerbsrechts sind anerkannte Qualifizierungs-
38 und Beschäftigungsträger vor Ort zu stärken und Vergabekriterien
39 wie z.B. Regionalität der Anbieter, Qualität und Kompetenz der An-
40 bieter oder soziale und ökologische Kriterien in den Vordergrund zu
41 stellen.

42 Die langjährige Erfahrung und die lokale Ausrichtung von Beschäf-
43 tigungsträgern in den Netzwerken vor Ort dürfen bei der Vergabe von
44 Beschäftigungsmaßnahmen nicht unberücksichtigt bleiben.

45

46

47

48

49

50 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: C 6**
2 **Antragsteller: Region Niederrhein**
3 **Betreff: Nachfolgestrukturen der ARGEn**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei der Debatte um die
7 Nachfolgestrukturen der ARGEn folgende Gesichtspunkte zu
8 berücksichtigen:

- 9 1. Die Nachfolgeregelung über die nicht verfassungsgemäße Ar-
10 beitsgemeinschaft (ARGE) im Rahmen der Grundsicherung für
11 Arbeitssuchende (SGB II) muss sich entscheidend an der Interes-
12 senlage der hilfsbedürftigen Menschen orientieren.
- 13 2. Die Leistungen nach dem SGB II müssen auch in Zukunft unter
14 einem Dach gewährleistet werden. Ein Rückfall auf die Zeit vor
15 2004 und der getrennten Aufgabenwahrnehmung muss verhindert
16 werden.
- 17 3. Den handelnden Arbeitsmarktakteuren in den Städten und Land-
18 kreisen ist ein größtmöglicher Handlungsspielraum bei der SGB II
19 Umsetzung einzuräumen, damit sie auch weiterhin die Möglich-
20 keit besitzen, eine aktive Rolle in der Bekämpfung der Langzeit-
21 arbeitslosigkeit einzunehmen und damit auch individuellen Be-
22 darfslagen Rechnung tragen zu können.
- 23 4. Die fachlichen Kompetenzen der engagierten ARGE-Mitarbeite-
24 rinnen und Mitarbeiter dürfen auch in der neuen SGB II Organisa-
25 tionsstruktur nicht verloren gehen. Vor allem muss die in den
26 ARGEn gewachsene Kooperationskultur der neuen Organi-
27 sationsstruktur dienstbar gemacht und weiter ausgebaut werden.
- 28 5. Deshalb werden zentralistische Bestrebungen nach einer Aufwer-
29 tung der Rolle der Bundesagentur für Arbeit entscheiden zurück-
30 gewiesen, um Chancen zu erhalten, die soziale Infrastruktur vor
31 Ort unterstützen zu können und damit auch kommunalen Mehr-
32 wert zu erzielen.
- 33 6. Die besondere Kompetenz der Kommunen in der Beschäftigungs-
34 und der Sozialpolitik ist unbestritten - für die erfolgreiche Entwick-
35 lung einer auch regionalen Arbeitsmarktpolitik ist sie deshalb
36 unverzichtbar.
- 37 7. Ein Nachfolgekonstrukt für die ARGEn muss organisatorisch aus
38 klaren Regelungen bestehen. Es muss die Geburtsfehler, die aus
39 dem Kompromiss bei Gründung der ARGEn erwachsen, besei-
40 tigen und den Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungs-
41 gerichtes deutlich entsprechen. Freiwillige Kooperationen sind
42 hierzu nicht ausreichend. Gerade die Personal- und Organisati-
43 onshoheit sollte vor Ort geregelt werden.
- 44 8. Neben klaren Zuständigkeiten bei der Aufgabenwahrnehmung
45 muss auch die Finanzierung klar geregelt sein. So muss der Bund
46 auch weiterhin in der Verantwortung für die Finanzierung der
47 Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit stehen. Die ausgehandelten
48 finanziellen Entlastungen der Kommunen bleiben unangetastet.

Empfehlungen der AK:

Votum wird nachgereicht

1 9. Bund und Länder müssen sich schnell auf einen verbindlichen
2 Zeitplan verständigen. Trotz der vom Bundesverfassungsgericht
3 eingeräumten Umsetzungsfrist bis 2010 müssen die Grundsatz-
4 entscheidungen für ein Nachfolgekonstrukt der ARGEN noch bis
5 zur Sommerpause 2008 getroffen werden.
6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an:

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** C 7
2 **Antragsteller:** UB Leverkusen
3 **Betreff:** Zukünftige Wahrnehmung der Aufgaben des SGB II
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Die NRW-SPD fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf sich dafür
7 einzusetzen, dass die Wahrnehmung der Aufgaben des SGB II
8 zukünftig durch die Kommunen aus einer Hand wahrgenommen wird.
9

Empfehlungen der AK:

Votum wird nachgereicht

10 **Begründung:**

11 Mit seiner Entscheidung vom 20.12.2007 hat das Bundesverfas-
12 sungsgericht die Verfassungswidrigkeit der durch § 44b SGB II vor-
13 gegebenen Mischverwaltung von Bund und Kommunen bei der Be-
14 treuung von Langzeitarbeitslosen festgestellt. Bis zum 31.12.2010
15 muss durch den Gesetzgeber ein neues verfassungskonformes
16 Modell festgelegt werden.

17 Hierzu sind theoretisch drei Wege möglich:

- 18 1. Die vollständige Übertragung der Gesamtzuständigkeit auf die
19 Bundesagentur für Arbeit durch Bundesgesetz
- 20 2. Die vollständige Übertragung der Gesamtzuständigkeit auf die
21 Kommunen durch Landesgesetz auf der Grundlage einer
22 bundesrechtlichen Regelungsermächtigung
- 23 3. Die Einführung einer getrennten Aufgabenwahrnehmung (BA:
24 Arbeitslosengeld II und Eingliederung; Kommune: Wohnkosten
25 und periphere Leistungen) durch Bundesgesetz

26 In der Bundespolitik wird vermehrt die dritte Variante diskutiert. Auch
27 das aktuell auf Bundesebene vorgeschlagene Modell des kooperativen
28 JobCenters ist bei Licht betrachtet nichts anderes. Vor dieser
29 Lösung muss dringend gewarnt werden. Sie wäre ein Schritt zurück
30 in die Arbeitsstrukturen vor 2005. Die Bundesagentur für Arbeit hat in
31 den zurückliegenden Jahrzehnten hinreichend bewiesen, dass sie zu
32 einer ortsnahen und erfolgreichen Betreuung der Langzeitarbeitslo-
33 sen keine geeigneten Instrumente hat. Die zentralistische Form der
34 Arbeitsverwaltung mag für die Administration der beitragsfinanzierten
35 Leistungen geeignet sein, die schwierige und anspruchsvolle Aufgabe
36 der Sicherstellung von Arbeitslosengeld II, Unterkunft, Qualifizierung
37 und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen vor Ort übersteigt jedoch
38 ihre Leistungsfähigkeit. Konsequenz dieser Variante wäre die Rück-
39 kehr zur Betreuung desselben Personenkreises durch zwei Behörden
40 mit zwei Verwaltungsapparaten, zwei Rechtswegen und einer Viel-
41 zahl kaum organisierbarer Schnittstellen in der operativen Arbeit,
42 letztlich wie vor Einführung des Sozialgesetzbuchs II am 01.01.2005.

43 Die gesamte Aufbauarbeit der zurückliegenden Jahre würde dadurch
44 zunichte gemacht. Hinzu käme, dass die Städte zwar nach wie vor
45 die Kosten der Unterkunft für die Langzeitarbeitslosen tragen müsste,
46 aber keinerlei wirklichen Einfluss auf die Qualifizierungs- und Integra-

1 tionsarbeit hätten. Für Schlechtleistungen und Misserfolge der
2 Arbeitsverwaltung müsste die Städte die Zeche zahlen.
3 Erst recht kann die vollständige Aufgabenübertragung auf die Bun-
4 desagentur kein sinnvoller Weg sein: Zentralismus und bundesweite
5 Bürokratie sind die völlig falsche Antwort auf die Herausforderung der
6 Langzeitarbeitslosigkeit in den Städten. Das haben die vergangenen
7 Jahrzehnte – leider – eindrucksvoll bewiesen.

8 Vielmehr muss nun die große Chance genutzt werden, die mit dem
9 Urteil verbunden ist, nämlich die Zusammenführung der Gesamtzu-
10 ständigkeit in kommunale Verantwortung.

11 Daher muss es ermöglicht werden, die Betreuung und Vermittlung
12 Langzeitarbeitsloser aus einer Hand unter kommunaler Federführung
13 in eigenständigen Strukturen weiterzuentwickeln.

14 Eckpunkte einer solchen Struktur müssen sein:

15 Rechts- und Dienstherrenfähigkeit

- 16 • Eigene Budgethoheit
- 17 • Führungs- und Steuerungsstrukturen analog § 114a GO NRW
- 18 • Rechtsstellung der Geschäftsführung analog § 114a Abs. 6
19 GO NRW
- 20 • Fortführung der operativen Aufgabenerledigung aus einer
21 Hand, keine innerorganisatorische Differenzierung nach
22 Kommunal- und Bundesaufgaben
- 23 • Keine operative, sondern ausschließlich strategische Steue-
24 rung durch Zielvereinbarungen und Controlling

25 Sollte eine solche Ausgestaltung nur im Rahmen einer Übertragung
26 der Zuständigkeit durch Bundesgesetz auf die Länder und von der
27 Länderebene auf die Kommunen, dann ist dieser Weg zu beschrei-
28 ten. In diesem Fall ist die Landesregierung gleichermaßen in der
29 Pflicht, eine dem Konnexitätsgrundsatz entsprechende Aufgaben-
30 übertragung auf die Städte und Landkreise zu realisieren.

31 Die Wahrung einheitlicher Lebensbedingungen im Bundesgebiet wird
32 dadurch nicht gefährdet, da das materielle Leistungsrecht nach wie
33 vor durch das Bundesrecht des SGB II einheitlich geregelt bleibt.

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: C 8**
2 **Antragsteller: UB Kreis Mettmann**
3 **Betreff: Bessere Arbeit – Neue Impulse**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**
6

7 **Arbeitslosigkeit bekämpfen**

8 Die hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland ist die große wirtschafts-
9 und sozialpolitischen Herausforderung unserer Zeit. Ziel ist es, Voll-
10 beschäftigung zu erreichen, denn jeder Mensch hat das Recht auf
11 Arbeit. Kein Mensch, der arbeiten kann und will, darf ausgegrenzt
12 werden.

13 Arbeit eröffnet Lebenschancen und ist von zentraler Bedeutung für
14 die Sicherung des Wohlstandes, des sozialen Friedens und der Sta-
15 bilität unserer Sozialsysteme.

16 Im Jahr 2007 hat sich nicht zuletzt wegen der greifenden Arbeits-
17 marktpolitik der SPD in der Bundesregierung die Situation für Arbeits-
18 lose deutlich verbessert. Im September 2007 waren bundesweit 3,5
19 Millionen und in Nordrhein Westfalen 811.000 Menschen als arbeits-
20 los registriert. Trotz der positiven Entwicklung ist diese Zahl immer
21 noch zu hoch.

22 Das Streben nach Vollbeschäftigung ist für uns alternativlos.

23 Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir uns von folgenden Motiven
24 leiten lassen:

- 25 • Faire Löhne, von denen man leben kann,
- 26 • Anerkennung beruflicher Erfahrung,
- 27 • Ausbildung und Weiterbildung mit beruflichen Perspektiven,
- 28 • flexible, abgesicherte und gleichgestellte Arbeit,
- 29 • Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

30 Verbesserung der Situation behinderter und chronisch kranker Men-
31 schen im Arbeitsbereich.

32 Der wirtschaftliche Aufschwung hat zwar inzwischen den Arbeits-
33 markt erreicht, doch bei behinderten Menschen ist er noch nicht an-
34 gekommen. Die Zahl der arbeitslosen behinderten Menschen steigt.

35 In der Bundesrepublik sind 164.000 behinderte Menschen arbeitslos
36 gemeldet, in NRW 41.000. Hier sind nebend en bestehenden Förder-
37 angeboten dringend weitere Maßnahmen, wie der Ausbau von Inte-
38 grationsunternehmen und die gezielte Vermittlung auf dem allgemei-
39 nen Arbeitsmarkt erforderlich.

40 Hier ist die Wirtschaft in der Verantwortung. Für die politischen Rah-
41 menbedingungen haben dabei Bund, Land, Kreis und Kommunen
42 ihren Beitrag zu leisten. Nur das gemeinsame Handeln von Wirt-
43 schaft und öffentlicher Hand führt zum gewünschten Erfolg.

Empfehlungen der AK:

Annahme in folgender Fassung:

Ersetze Zeilen 17f.:

~~Situation für Arbeitslose deutlich verbessern~~

Durch:

die Zahl der Arbeitslosen deutlich verringert

Einfügen Zeile 26:

beruflicher, ehrenamtlicher und familiärer

Zeilen 30-31: Überschrift!

1 **Hartz-Gesetze weiterentwickeln**2 **I. Vorschläge für eine verbesserte Praxis**

3 Durch die Einführung des Zweiten Sozialgesetzbuchs – SGB II -
 4 („HARTZ IV“) wurden die Vermittlungschancen langzeitarbeitsloser
 5 Menschen verbessert. Die Wirkungen zeigen sich im Rückgang der
 6 Arbeitslosigkeit, an dem verstärkt Langzeitarbeitslose partizipieren.
 7 Zudem hat das SGB II dafür gesorgt, dass endlich ein realistischeres
 8 Bild der Arbeitslosigkeit aufgezeigt wird, so dass genauere Hand-
 9 lungsprogramme entwickelt werden können.

10 Nach bald drei Jahren Praxis des SGB II zeigen sich aber auch die
 11 Schwachstellen des seinerzeitigen Kompromisses im Bundesrat wie
 12 auch Vollzugsdefizite, die einer Änderung bedürfen.

13 Hier werden besonders folgende Änderungen gefordert:

14 1. Als ein Problem hat sich herausgestellt, dass durch die Verkür-
 15 zung der Anspruchsdauer von Arbeitslosengeld I (ALG I) beson-
 16 ders ältere Arbeitslose sich ungerecht behandelt fühlen. Die
 17 Vermittlungsbemühungen für ältere Arbeitslose sind äußerst
 18 erfolgreich. Trotzdem schließen wir uns den Beschluss des
 19 SPD-Bundesparteitags an, die Zahlungen des ALG I für ältere
 20 zu verlängern. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, eine Rege-
 21 lung zu schaffen, die die Lebensleistung älterer Arbeitneh-
 22 mer/innen adäquat berücksichtigt. Eine Kürzung der Leistungen
 23 für jüngere Arbeitslose zur Gegenfinanzierung lehnen wir ab.

24 2. Wenn eine Verlagerung von Verantwortung bei der BA auf die
 25 örtliche Ebene nicht möglich ist, muss die Steuerungsverantwor-
 26 tung für den Vollzug des SGB II in die Hände der Kommunen
 27 gelegt werden. Die jetzige Regelung einer unnötigen Schnittstel-
 28 len produzierenden „Doppelzuständigkeit“ von Kommunen und
 29 Bundesagentur für Arbeit hat sich nicht bewährt. Sie gehört auf
 30 den Prüfstand, um ein optimales Verfahren im Sinne der Betrof-
 31 fenen zu erarbeiten. Nur durch ein flexibles Handeln auf lokaler
 32 und regionaler Ebene können die Herausforderungen zur
 33 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemeistert werden.

34 3. Die durch das SGB II intendierte finanzielle Entlastung der
 35 Kommunen von den Kosten der Arbeitslosigkeit ist nicht in dem
 36 zugesagten Maße eingetreten, zumal auch die Anrechnungssy-
 37 stematik von Einkommen auf die Transferleistungen eine ein-
 38 seitige Belastung der Kommunen systemimmanent vorgibt (alle
 39 Einkünfte werden zunächst von den bundesfinanzierten Regel-
 40 leistungen abgezogen, die nicht gedeckten Kosten der Unter-
 41 kunft, gerade bei Vollzeit arbeitenden Geringverdienenden
 42 gehen zu Lasten der Kommunen).D.h.: Wenn Gemeinden mit
 43 besonderen Anstrengungen und besonderen Erfolgen Men-
 44 schen in Arbeit bringen, müssen sie auch entsprechende
 45 Bonuszahlungen erhalten.

46 4. Gegenüber den Regelungen der Modernisierungsgesetze zum
 47 BSHG bedeutet das SGB II für den kreisangehörigen Raum
 48 einen Rückschritt mit der Folge, dass die Vorteilsübersetzung
 49 des Engagements kreisangehöriger Städte bei der Bekämpfung
 50 der Arbeitslosigkeit zurückgeht, da diese zwar eigene Anstren-
 51 gungen erbringen können, gleichwohl aber über die Kreisumlage
 52 weiterhin zu den Gesamtkosten beitragen müssen. Hier sind
 53 Regelungen, wie seinerzeit im BSHG verbindlich, erforderlich.

Einfügen Zeile 5:
 Menschen, v.a. *ehemaliger*
Sozialhilfeempfänger,

Zeilen 14 – 23 streichen:
Erledigt durch Geset-
zeslage

Zeilen 24 – 33:
Erledigt

Zeile 47:
Ersetzen: ~~das SGB II~~
Durch: *dies*
Neufassung Zeilen 48-52:
, dass ungeachtet des En-
gagements kreisangehöriger
Städte sie zwar eigene
Anstrengungen erbringen,
dies aber keine Auswirkungen
auf die Kreisumlage hat

- 1 5. Für einen optimalen Vollzug des SGB II gerade in Hinblick auf
 2 Beratung und Vermittlung bedarf es einer ausreichend bemes-
 3 senen und qualifizierten Personalausstattung. Die Praxis sieht
 4 anders aus, allein wegen der erheblichen Zahl von „Leiharbei-
 5 tern“ öffentlicher Personalauffanggesellschaften und zeitlich
 6 befristeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht allein die er-
 7 heblichen Eingliederungsmittel des Bundes oder die nahezu
 8 inflationär zunehmende Zahl arbeitsmarktpolitischer Instrumente
 9 bieten Gewähr für eine Zielerreichung in Bezug auf Integration
 10 in Arbeit und Überwindung der Hilfebedürftigkeit, sondern
 11 fachlich qualifiziertes Personal.
- 12 6. Durch die Vorgaben der Bundesagentur für Arbeit unterliegen
 13 nahezu alle Arbeitsmarktdienstleistungen dem Vergaberecht.
 14 Ziel ist, eine schnelle Reaktion auf neu auftretende Bedarfe auf
 15 regionaler und kommunaler Ebene zu ermöglichen. Leider gibt
 16 es nach wie vor große, bundesweit agierende Bildungsträger,
 17 die insbesondere durch Dumpinglöhne für ihre Mitarbeiter/innen
 18 Marktvorteile im Vergaberechtsverfahren erlangen. Dies führt
 19 nicht nur zu Qualitätsverlusten bei den Angeboten für Langzeit-
 20 arbeitslose, sondern auch zu einer Verdrängung kleiner, flexi-
 21 bler Anbieter und letztendlich zum Verschwinden einer für re-
 22 gional angepasste Lösungen notwendigen pluralen Bildungs-
 23 trägerlandschaft.
- 24 7. Dadurch dass Transferleistungen und Leistungen zur Eingliede-
 25 rung nicht gegenseitig deckungsfähig sind, ist ein Transfer pas-
 26 siver Leistungen in aktive nicht möglich (statt Zahlen der Trans-
 27 ferleistung Umwandlung in eine vergütete Beschäftigung refi-
 28 nanziert durch Einsparungen der Regelleistungen und Kosten
 29 der Unterkunft). Hierdurch sind innovativen Lösungen enge
 30 Grenzen gesetzt.
- 31 8. Wir wollen einen Schwerpunkt setzen, um Kinder aus der Armut
 32 zu holen bzw. vor Armut zu schützen. Dazu gehört zu aller erst
 33 die Eltern in Erwerbsarbeit zu bringen. Wir unterstützen die
 34 Überprüfung der Regelsätze für Kinder nach dem SGB II um zu
 35 klären, inwieweit diese bedarfsdeckend sind, gesellschaftliche
 36 Teilhabe und eine gesunde Ernährung ermöglichen. Durch den
 37 Wegfall der einmaligen Beihilfen, Weihnachtsbeihilfe, Einschul-
 38 lungspauschalen sind Kinder gegenüber dem alten BSHG
 39 schlechter gestellt. Deshalb wollen wir Sachleistungen für
 40 Kinder, wie z.B. Zuschüsse für Klassenfahrten wieder einführen.
 41 Die Landesregierung wird aufgefordert, Lehrmittelfreiheit wieder
 42 herzustellen. Außerdem brauchen wir verstärkt Möglichkeiten
 43 der für die Eltern kostenfreien Ernährung für Kinder. Ein guter
 44 Ansatz ist, die Infrastruktur für Kinder deutlich auszubauen.
 45 Mehr und bessere Ganztagsbetreuung ist wichtig für die Bil-
 46 dungschancen von Kindern, gerade für die von Armut bedrohten
 47 und für die , die in Armut leben. Die einmaligen Beihilfen sind für
 48 den besonderen Bedarf von Kindern wieder einzuführen.
- 49 9. Durch die Regelungen im Bereich der Krankenversicherung
 50 kommt es durch Zuzahlungen, Eigenleistungen Zahnersatz und
 51 Brille regelmäßig zu einer finanziellen Überforderung der
 52 Betroffenen mit der Folge, dass Zahnersatz und Brillen nicht im
 53 medizinisch indizierten Umfang mehr beschafft werden können.
 54 Es kann nicht sein, dass man in einem so reichen Land wie
 55 Deutschland jetzt wieder Bedürftige an fehlendem Zahnersatz

Ersetze Zeilen 42-44:
*Wir wollen, dass kein Kind in
 den Bildungseinrichtungen
 aus finanziellen Gründen vom
 gemeinsamen Mittagessen
 und anderen schulischen
 Aktivitäten ausgeschlossen
 wird.*

**Streiche Zeile 54 – Seite 4,
 Zeile 4: Es....SGBII).**

1 erkennen kann. Zudem mindern diese Defizite massiv die
 2 Vermittlungschancen (einige ARGEN finanzieren schon Brillen
 3 rechtswidrig über „Sonstige weitere Leistungen“ nach § 16 II
 4 SGB II). Hier ist dringend eine Anpassung erforderlich.

5 10. Die Zahl der Menschen, die Vollzeit arbeiten und trotzdem SGB
 6 II Leistungen beziehen, nimmt bundesweit immer stärker zu.
 7 Statistisch gesehen hat jeder siebte Deutsche schon einmal
 8 Leistungen nach dem SGB II bezogen (Quelle: Hans- Böckler-
 9 Stiftung). Dumping-Löhne der Unternehmen werden letztendlich
 10 von den Kommunen durch Übernahme der ungedeckten
 11 Wohnungskosten subventioniert. Vor diesem Hintergrund allein
 12 ist die Forderung der SPD nach einem existenzsichernden
 13 Mindestlohn noch einmal zu wiederholen.

14

15 **II. Chancengleichheit gewährleisten und einheitliche** 16 **Lebensverhältnisse sicherstellen**

17

18 Statt Sonderfonds wie „Kein Kind ohne Mahlzeit“, die zudem einen
 19 bürokratischen Aufwand produzieren, der nahezu gleich hoch ist wie
 20 der Zuschuss an die Kommunen, bedarf es einer gesetzlichen Frei-
 21 stellung für alle Bezieherinnen und Bezieher von ALG II von Schul-
 22 materialien und den Kosten der Verpflegung in Kindertageseinrich-
 23 tungen und Schulen.

24 Es kann nicht sein, dass hier die Kassenlage der Kommunen oder die
 25 örtliche Schwerpunktsetzung darüber entscheiden, ob durch kosten-
 26 freie Schulbücher und – materialien oder Kindergarten- bzw. Schules-
 27 sen die Teilhabe von Kindern aus bedürftigen Haushalten sicherge-
 28 stellt ist oder nicht. Zudem dürfen Kommunen mit einem Haushalts-
 29 sicherungskonzept – in der Regel auch Kommunen mit einem hohen
 30 Anteil von ALG-II-Beziehern/innen – kaum diese freiwilligen
 31 Leistungen aufbringen.

32

33 **III. Sozialer Arbeitsmarkt**

34 Trotz der anhaltenden guten konjunkturellen Lage und der ebenso
 35 guten bundespolitischen Programme gelingt es nur sehr unzurei-
 36 chend, Langzeitarbeitslose und vor allem Menschen aus dem Gel-
 37 tungsbereich des SGB II in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Von den
 38 derzeit 3,5 Mio. registrierten Arbeitslosen befinden sich 70 % im
 39 Rechtskreis des SGB II. Trotz der sinkenden Arbeitslosenzahlen be-
 40 steht für diese Menschen der Bedarf eines sozialen Arbeitsmarktes,
 41 der ihnen die Chance auf eine sinnvolle Beschäftigung und eine
 42 ausreichende Entlohnung bietet.

43 Deshalb ist mittelfristig die Einrichtung eines sozialen Arbeitsmarktes
 44 anzustreben, der über die bereits vorgesehenen bundesweiten
 45 100.000 Plätze hinausgeht.

46 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, die notwendigen
 47 Anpassungen des 16 a SGB II anzupassen.

48 Folgende Eckpunkte sind für den sozialen Arbeitsmarkt hierbei zu
 49 beachten:

50 - Die Zielgruppe ist ausschließlich der Personenkreis, der aufgrund
 51 seiner persönlichen Voraussetzungen selbst bei Anwendung der
 52 jetzt zur Verfügung stehenden Instrumente aktiver Arbeitsmarkt-

**Zeilen 15 – 31:
 Erledigt durch Beschluss
 „Beste Bildung“**

**Zeile 33:
 Ersetze: ‡‡
 Durch: //**

- 1 politik mittelfristig nicht vermittelbar ist. Es handelt sich somit um
 2 Menschen, die zwar im Sinne des Gesetzes arbeitsfähig sind, de
 3 facto aber nicht beschäftigungsfähig.
- 4 - Der soziale Arbeitsmarkt wird in allen Kommunen eingerichtet, die
 5 eine über den Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit zu
 6 verzeichnen haben und die aufgrund ihrer Finanzlage der
 7 Haushaltssicherung unterliegen.
- 8 - Die Tätigkeitsfelder sind im regionalen Konsens durch die Sozial-
 9 partner zu definieren, durch die Kommunen zu akquirieren und im
 10 öffentlichen Bereich oder bei Wohlfahrtsverbänden durchzu-
 11 führen.
- 12 - Die Vergütung muss nach Tariflohn erfolgen oder, falls kein
 13 Tarifvertrag vorhanden, nach ortsüblichem Lohn.
- 14 Gerade in Kommunen, die aufgrund der finanziellen Entwicklung der
 15 vergangenen Jahre der Haushaltssicherung unterliegen und einen
 16 überdurchschnittlichen hohen Arbeitslosenanteil haben, sind spezielle
 17 Arbeitsmarktprojekte nicht möglich. Es gibt zahlreiche, sinnvolle Mög-
 18 lichkeiten der Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen. Gleichzeitig
 19 bleiben viele notwendige Aufgaben unerledigt, weil die Finanzierung
 20 nicht möglich ist. So verschlechtern sich die Lebensverhältnisse der
 21 Bürgerinnen und Bürger in diesen Kommunen.
- 22 Der soziale Arbeitsmarkt bietet den Langzeitarbeitslosen die Chance
 23 für eine berufliche Tätigkeit, die ihnen ihren Lebensunterhalt
 24 ermöglicht.

25

26 IV. Direkte flexible Hilfen vor Ort

27 Die Arbeitslosenzahlen sind stetig gesunken. Zur Zeit sind ca. 17000
 28 Menschen als arbeitslos registriert. Dies sind 20 % weniger als im
 29 Vorjahresmonat. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist trotzdem
 30 weiterhin sehr hoch. Sehr erfreulich ist die Entwicklung bei der Zahl
 31 der älteren Arbeitslosen, die im letzten Jahr um 1/3 zurückgegangen
 32 ist. Es ist notwendig, diese Langzeitarbeitslosen, die Leistungen nach
 33 dem SGB II erhalten, am Aufschwung nachhaltig teilhaben zu lassen.
 34 Die Bundesregierung hat hierzu den Arbeitsgemeinschaften,
 35 Optionskommunen und den Leistungserbringern in getrennter Trä-
 36 gerschaft mit dem neuen § 16 a SGB II ein Instrument geliefert, Lang-
 37 zeitarbeitslosen, denen die dauerhafte Integration auf dem ersten Ar-
 38beitsmarkt verwehrt bleiben wird, mit besonderen Förderbedingungen
 39 eine Alternative zu schaffen. Die Aufnahme im Arbeitsmarkt ist aber
 40 nur erreichbar, wenn sich in ausreichender Anzahl Arbeitsplätze
 41 schaffen lassen.

42 Große Arbeitgeber sind die kreisangehörigen Städte und die Kreise
 43 selbst. Die kommunalen Arbeitgeber sind gefordert, gesamtpolitische
 44 Verantwortung zu beweisen und ihren Beitrag zur Beseitigung von
 45 Langzeitarbeitslosigkeit zu leisten.

46 Insbesondere im Übergang Schule zum Beruf, dem Bereich zwischen
 47 Ehrenamt und Pflegedienst, aber auch zur Vermeidung frühzeitiger
 48 Unterbringung in Einrichtungen lassen sich mit dem Instrumentarium
 49 des SGB II Arbeitsplätze schaffen. Zum Beispiel durch Mithilfe bei der
 50 Betreuung Jugendlicher in Jugendeinrichtungen, Grünflächenpflege,
 51 Betreuung in Schulen, Senioreneinrichtungen usw. In die Überlegun-
 52 gen lassen sich Beschäftigungsgesellschaften, aber auch Beschäfti-
 53 gungsträger mit kommunaler Beteiligung einbeziehen. Die Koordina-

Einfügen Zeile 4:

eingrichtet. *Die Fördermittel des Bundesprogramms „Sozialer Arbeitsmarkt“ erhalten alle Kommunen, Die die*

Einfügen Zeile 24:

und eine Rückkehr in den 1. Arbeitsmarkt zum Ziel hat

Zeile 26:

**Ersetze ~~IV~~
Durch III**

Zeilen 27-29:

Streichen:
~~Zur Zeit...Vorjahresmonat.~~

**Zeile 31f.: Streichen: ,
die...ist.**

Ersetzen Zeilen 42-43:

Große Arbeitgeber sind auch die Kommunen und Kreise selbst.

1 tion sollte über das speziell eingerichtete Beteiligungsmanagement im
2 Kreissozialamt erfolgen. Eine neue inhaltliche Ausrichtung der Be-
3 schäftigungsgesellschaft würde die Wirkung der Arbeitsmarktpolitik
4 verstärken.

5 In Zusammenarbeit mit der ARGE, IHK, Kreishandwerkerschaft /
6 Handwerkskammer müssen die Beratungsangebote für Unternehmen
7 und Unternehmensgründern in der Wirtschaftsförderung verbessert
8 und ausgebaut werden. Die Einrichtung von zentralen Service-Cen-
9 tern ist zu prüfen. Die SPD unterstützt die Einrichtung von „Starter-
10 Centers“, deren Grundkonzeption bereits durch den damaligen Wirt-
11 schaftsminister Clement entworfen wurde.

12 Es müssen individuelle Förderangebote geschaffen werden, die
13 aufeinander aufbauen und die Beschäftigungsfähigkeit erhöhen. Die
14 Bemühungen SGB II – Empfänger zu vermitteln, können nur durch
15 passgenaue Akquise von entsprechenden Arbeitsplätzen erfolgreich
16 sein. Diese Aufgabe ist zu intensivieren und mit weiterem Personal
17 auszustatten.

18

19 **Frauen auf dem Arbeitsmarkt**

20 In den letzten Jahrzehnten haben Frauen bei Qualifikation und Bil-
21 dung deutlich aufgeholt und die Männer zum Teil übertroffen. Ihr
22 Leistungs- und Qualifikationspotential spiegelt sich jedoch nicht
23 adäquat auf dem Arbeitsmarkt wider. Gleiche Chancen für Frauen
24 und Männer bei der Erwerbsarbeit zu verwirklichen ist eines der
25 wichtigsten Anliegen unserer sozialdemokratischen Gleichstellungs-
26 politik. Wir brauchen mehr Frauen in Führungspositionen und endlich
27 gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.

28 Deutschland ist auf dem besten Weg, das Ziel der Lissabon-Strategie
29 der EU, die Frauenerwerbsquote bis 2010 auf über 60% zu steigern,
30 zu erreichen. 2005 lag die Frauenerwerbsquote bei 59,6%, davon
31 aber 43,8% in Teilzeit. Im Kreis Mettmann z.B. ist die Arbeitslosigkeit
32 von Frauen im letzten Jahr zurückgegangen, bedauerlicherweise
33 aber weniger stark als die Arbeitslosigkeit von Männern.

34 Die Wirtschaft muss bessere Aufstiegschancen für Frauen schaffen.
35 Die freiwillige Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den
36 Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zur Förderung von
37 Frauen und Männern von 2001 war ein wichtiger erster Schritt. Darin
38 ist die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen als
39 ausdrückliches Ziel formuliert. Die Unternehmerverbände im Kreis-
40 gebiet sind aufgefordert, sich stärker für die Frauenförderung einzu-
41 setzen. Aber auch die Stadtverwaltungen und die Kreisverwaltung
42 müssen noch mehr tun und ihren Frauenanteil in den Verwaltungsvor-
43 ständen deutlich erhöhen.

44 Wir dürfen nicht länger hinnehmen, dass der geschlechtsspezifische
45 Lohnunterschied in Deutschland weiter gestiegen und mit 22 % der
46 vierhöchste der EU ist. Die Gründe für den Lohnabstand zwischen
47 Frauen und Männern sind vielfältig. Ein Grund ist nach wie vor, dass
48 eher typisch weibliche Qualifikationsmerkmale, z.B. im sozialen Be-
49 reich, als minderwertiger angesehen und entlohnt werden als typisch
50 männliche. Es ist besonders empörend, dass geschlechtsspezifische
51 Vorurteile dazu führen, dass junge Frauen oft ein niedrigeres Ein-
52 stiegsgehalt erhalten - eine potenzielle Elternzeit ist bereits mindernd
53 berücksichtigt. Gleichstellung von Frauen und Männern heißt auch,
54 die Verantwortung von Männern für die Familienarbeit zu stärken.

Streichen Zeilen 5 – 11

Streichen Zeilen 30 – 33:
2005 lag...Männern.

Streichen Zeilen 39f.:
im Kreisgebiet

Ersetzen Zeile 41:
Stadtverwaltungen und die
Kreisverwaltung müssen
Durch: öffentliche Verwaltung
muss

1 Durch die Partnermonate beim Elterngeld nehmen jetzt mehr Väter
2 Elternzeit. Das war ein wichtiger Schritt, um die geschlechtsspezifische
3 Arbeitsteilung in der Familie zu überwinden. Diese führt häufig
4 zu „atypischen“ Beschäftigungsverläufen von Müttern, und damit zu
5 frauenspezifischen „Abwärtsspiralen“. So arbeiten viele Frauen nach
6 der Familienphase unter ihrem Qualifikationsniveau. Ein früherer
7 beruflicher Wiedereinstieg trägt zum Qualifikationserhalt bei.

8

9 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern**

10 Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist daher notwen-
11 dig, um die Erwerbsbeteiligung, Karrierechancen und finanzielle
12 Eigenständigkeit von Frauen zu stärken. Die rot-grüne Bundesregie-
13 rung hat den Betreuungsausbau spürbar vorangetrieben. Die Große
14 Koalition setzt unsere sozialdemokratische moderne Familienpolitik
15 fort. Wir haben mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz, das es seit
16 2005 gibt, die Grundlage für den Betreuungsausbau geschaffen. Nun
17 wird es bis 2013 für jedes dritte Kind unter drei Jahren einen Betreu-
18 ungsplatz in einer Kita oder in der Tagespflege geben. Zudem hat die
19 SPD sogar den Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten
20 Geburtstag ab 2013 durchgesetzt.

21 Langfristig soll beginnend mit dem letzten Kita-Jahr die gesamte Kita-
22 Zeit schrittweise kostenfrei werden. Ganztägige Erziehungs-, Bil-
23 dungs- und Betreuungsangebote für Kinder sind wichtig, damit sich
24 Eltern nicht mehr zwischen Beruf und Familie entscheiden müssen.
25 Sie leisten aber auch einen wichtigen Beitrag zur individuellen Förde-
26 rung für alle Kinder von Anfang an.

27 Immer mehr Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
28 profitieren von den Vorteilen einer familienfreundlichen Personalpoli-
29 tik. Das Bewusstsein für das Thema Familienfreundlichkeit ist in den
30 letzten Jahren stark gestiegen. Laut „Unternehmensmonitor Familien-
31 freundlichkeit 2006“ schätzen drei Viertel aller Befragten Familien-
32 freundlichkeit für das eigene Unternehmen als sehr wichtig oder wich-
33 tig ein. Auch die steigenden Zertifizierungen des Audits „Beruf und
34 Familie“ zeigen dies. Im Rahmen der „Allianz für die Familie“ werden
35 die Aktivitäten von Wirtschaft und Bundesregierung für eine familien-
36 freundliche Arbeitswelt weiter intensiviert. So soll Familienfreundlich-
37 keit ein Markenzeichen der deutschen Wirtschaft werden.

38

39 **Ausbildung und Bildung verbessern**

40 Immer noch gibt es zu wenig Ausbildungsplätze. Hat sich die Zahl der
41 Jugendlichen, die in diesem Jahr ohne Ausbildungsplatz bleiben auch
42 erheblich verringert, so ist festzuhalten, dass viele Jugendliche auch
43 in diesem Jahr ohne Ausbildung bleiben bzw. in der schulischen
44 Warteschleife verharren.

45 Die Wirtschaft kommt ihrer Pflicht, junge Menschen auszubilden, im-
46 mer noch nicht in ausreichendem Maße nach. Der zur Zeit herrschen-
47 de Facharbeitermangel ist zum großen Teil diesen Versäumnissen
48 zuzuschreiben. Wir müssen aber auch in der Schul- und Bildungspoli-
49 tik stärkere Schwerpunkte auf die Qualifikationsmerkmale beim Über-
50 gang von Schule in den Beruf setzen. Es darf nicht sein, dass Ju-
51 gendliche ohne jegliche Abschlüsse die Schule verlassen und keine
52 Perspektive auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben.

Streichen Zeilen 1 – 7

1 Die erfolgreichen Bewerbungen der Kreise und der kreisangehörigen
2 Städte um das vom Bund geförderte Kompetenzzentrum sind zu be-
3 grüßen. Wir wollen, dass berufliche Qualifizierung in der Schule be-
4 ginnt und Schülerinnen und Schülern mit Hilfe der Kompetenzzentren
5 der Übergang von der Schule in den Beruf erleichtert wird. Schulische
6 Warteschleifen ohne berufliche Perspektiven sind nicht zu akzeptie-
7 ren.

8 Gemeinsam mit den Berufskollegs sind weitere Angebote für junge
9 Menschen zu entwickeln, damit sie nach der Schule eine Ausbildung
10 beginnen können. Dabei hat das Duale System der Berufsausbildung
11 Vorrang. Wir wollen aber auch, dass Jugendliche, die im Dualen Sys-
12 tem keine Ausbildung bekommen, noch stärker gefördert werden.

13 Kein Jugendlicher darf zukünftig ohne Ausbildung bleiben.

14

15 **Klimaschutz und Energie - Neue Chancen für den Arbeitsmarkt**

16 Eine zentrale Herausforderung für eine nachhaltige Politik ist der
17 Klimaschutz, der in Hinblick auf die drastischen Klimaveränderungen
18 zu einer immer wichtigeren Aufgabe wird. Der Schlüssel dazu liegt in
19 einer verantwortungsbewussten Energiepolitik, die auf drei Säulen
20 ruht: Energie sparen, Energie-Effizienz erhöhen und erneuerbare
21 Energien nutzen. Dieser Wirtschaftsbereich hat Zukunft und bringt
22 neue Arbeitsplätze.

23 Kreise und Kommunen werden aufgefordert, für die Ansiedlung
24 solcher Unternehmen in den kreisangehörigen Städten verstärkt zu
25 werben und sie zu fördern. Wirtschaftsperspektiven und Umwelt-
26 schutzziele stellen keine Gegensätze dar.

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an:

**Streichen Zeile 23: Kreise
und**

**Streichen Zeile 24: in den
kreisangehörigen Städten**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: C 9**
2 **Antragsteller: UB Kreis Mettmann**
3 **Betreff: Pflege – Arbeitsmarkt- und Qualifizierungschancen nutzen**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 **Gesellschaftliche Herausforderung hinsichtlich des veränderten**
7 **Altersaufbau in unserer Gesellschaft. Beschäftigungschancen**
8 **auch in diesem Bereich erschließen**

9 Angesichts der demografischen Entwicklung und der damit sich ver-
10 ändernden Bevölkerungsstruktur, steht die pflegerische Versorgung
11 der Bevölkerung vor neuen Herausforderungen. Mit der jetzt eingelei-
12 teten Reform der Pflegeversicherung soll auf diese
13 Herausforderungen Antworten gefunden werden.

14 Mit dem Gesetz sollen aktivierende Pflege und Rehabilitation besser
15 gefördert werden. Die Maßnahmen für eine integrierte wohnortnahe
16 Versorgung und Betreuung, die Einrichtung von Pflegestützpunkten,
17 Pflegebegleiter (Fallmanagement) und neue Leistungen sind ein
18 deutlicher Schritt nach vorn.

19 Die Pflegebranche ist mit mehr als 750.000 Beschäftigten ein dyna-
20 misch wachsender und bedeutsamer Arbeitsmarkt. Nicht akzeptabel
21 ist die illegale Beschäftigung in der häuslichen Pflege. Sie wird der-
22 zeit auf 100.000 Menschen geschätzt. Maßnahmen, die darauf zielen,
23 legale Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die bedarfsgerecht, bezahlbar
24 und von Pflegebedürftigen und Angehörigen akzeptiert werden, sind
25 unbedingt erforderlich. Gleichzeitig gilt es die Chancenpotenziale in
26 Form neuer qualitativer Dienstleistung für die Schaffung sozialver-
27 sicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse zu nutzen.

28 Weiterer Ausbau der ambulanten Pflege, damit alte Menschen so
29 lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können
30 (Daheim statt Heim). Weiterer Ausbau von betreuten Wohngruppen.

31 Kurz- und mittelfristig erfolgreiche Veränderung der Wohn- und
32 Pflegesituation für Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen.
33 Förderung der Selbsthilfe in Familie, Nachbarschaft und Gemeinde.

34 Die Reform der Pflegeversicherung muss deshalb eng mit einer
35 arbeitsmarktpolitischen Initiative verknüpft werden, die Chancen auf
36 ‚gute Arbeit‘, insbesondere faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen,
37 Qualifizierung und Vereinbarkeit Familie und Beruf müssen auch in
38 dieser Branche zur zentralen Richtschnur erhoben werden. Attrak-
39 tivität und Image der Pflegeberufe müssen gefördert, die Fachkräfte-
40 qualifizierung intensiviert und die Berufsverweildauer erhöht werden.
41 Wir wollen eine bis zu 10-tägige bezahlte „Pflegezeit“ für diejenigen,
42 die Angehörige pflegen, analog zur Möglichkeit, kranke Kinder zu
43 pflegen.

44 Das geplante engmaschige Netz von Pflegestützpunkten (Je 20.000
45 Einwohner/ein Pflegestützpunkt) sind nicht nur Anlaufstation für Pfl-
46 gebedürftige und ihre Angehörigen, sondern ihnen kommt eine wich-
47 tige Initiativfunktion in der Bildung von Netzwerken, der Erschließung

Empfehlungen der AK:

**Überweisung an:
Landesvorstand zur
Beratung im Sozialrat
SPD-Landtagsfraktion**

1 neuer Dienstleistungspotenziale und die Feststellung aktueller und
2 zukünftiger Bedarfe zu.

3 Mit der bundesweiten Einführung und Umsetzung des Bundesalten-
4 pflegegesetzes wurde der mittlere Bildungsabschluss als Mindest-
5 voraussetzung für den Zugang in das Berufsfeld Pflege festgeschrie-
6 ben. Hauptschulabsolvent/inn/en stehen gegenwärtig keine bundes-
7 weit geregelten Einstiegsmöglichkeiten in Pflegeberufe offen.

8 Es ist zu erwarten, dass bei wachsenden Bedarfen (und einem gene-
9 rellen Rückgang an Ausbildungseintritten) das Potenzial an verfüg-
10 baren Pflegefachkräften mittelfristig nicht ausreichen wird.

11 Der massive Abbau im Bereich der Erwachsenenbildung in den letz-
12 ten Jahren (Rückgang der Förderung von Umschulung und Weiter-
13 bildung, Wegfall von Verkürzungs- und Nachqualifizierungsmöglich-
14 keiten) wird das Auftreten des Fachkräftemangels beschleunigen und
15 verschärfen.

16 Im reformierten Ausbildungsrecht in der Altenpflege erhält zwar der
17 Bereich der ambulanten Pflege inhaltlich einen höheren Stellenwert,
18 dem zunehmenden Trend der Ambulantisierung wird jedoch in der
19 Ausbildungsstruktur nur unzureichend Rechnung getragen. Die Trä-
20 ger ambulanter Pflegeleistungen können nach wie vor Ausbildungs-
21 vergütungen nicht refinanzieren und sind von daher auch nur sehr
22 begrenzt in der Lage Ausbildungsplätze anzubieten.

23 Die Attraktivität und das Image der Pflegeberufe muss erhöht werden.

- 24 • Wir müssen Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten verbessern
25 (u.a. durch Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten der
26 Altenpflegefachkräfte zu Aufstiegsfortbildung und leitenden
27 Pflegetätigkeiten, hier insbesondere Aufhebung der strukturellen
28 Benachteiligung gegenüber Krankenschwestern/-pflegern)
- 29 • Wir müssen die Durchlässigkeit - Zugänge/ Übergänge in den
30 tertiären Bildungsbereich verbessern (u.a. durch Kombination
31 Altenpflegeausbildung und Erwerb der Fachhochschulreife),
- 32 • Die Angebote berufsbegleitender Studienangebote und die
33 praxisbezogene Profilierung der pflegebezogenen Studiengänge
34 muss ausgeweitet werden (z.B. Versorgungsmanagement)

35

36 Wir wollen die Fachkräftequalifizierung intensivieren,

- 37 • durch eine Regelung zur Förderung des dritten Jahres in der
38 Altenpflege-Umschulung
- 39 • durch die Ausweitung der Förderung von Umschulung/ beruflicher
40 Weiterbildung
- 41 • durch Nachqualifizierungsmöglichkeiten, die verstärkt eingeräumt
42 werden sollen (wie in allen BBiG-Berufen Standard)
- 43 • und durch die Schaffung struktureller Voraussetzungen für
44 verstärkte Ausbildungsaktivitäten der ambulanten Pflegeeinrich-
45 tungen

46

47 Wir streben eine Erhöhung der Berufsverweildauer an:

- 48 • Durch die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit insbesondere
49 älterer Arbeitnehmer/innen (Anpassungsqualifizierung)

- 1 • Durch die Implementierung gesundheitsfördernder Organisations-
2 entwicklungsprojekte in der Pflege
- 3 • Durch die Etablierung von Personalentwicklung, Bildungsgcoach-
4 ing zu work-life-balance
- 5 Die Branchenentwicklung systematisch und flächendeckend erfasst
6 bzw. entwickelt werdenen/ Fachkräftemonitoring
- 7

8 **Pflegestützpunkte bringen neue Anforderungen u.a. auch an**
9 **Pflegefachkräfte mit sich**

- 10 Mit der Umsetzung der Pflegeversicherungsreform und der Einrich-
11 tung von Pflegestützpunkten ergeben sich neue Anforderungen u.a.
12 auch an Pflegefachkräfte und andere Gesundheitsfachberufe.
- 13 Pflegestützpunkte nehmen zukünftig folgende Funktionen/Aufgaben
14 wahr:
- 15 • Entwicklung des quartiersbezogenen Leistungsangebotes, ins-
16 besondere auch die Pflege ergänzender niedrighschwelliger
17 Dienstleistungsangebote in ortsnaher Erreichbarkeit
- 18 • Koordination von Dienstleistungen in der Region und für den
19 einzelnen Kunden bzw. sein persönliches Netzwerk
- 20 • unmittelbares Versorgungs- und Fallmanagement
- 21 • Bereitstellung und/oder Vermittlung von Pflege-, Betreuungs- und
22 Unterstützungsleistungen
- 23 • Beratung und Begleitung zu/ bei Inanspruchnahme der Leis-
24 tungen
- 25 • Assessments zur Abklärung der individuellen Bedarfe, Organisa-
26 tion präventiver Hausbesuche, geriatrischer Assessments
- 27 • Screenings zu Bedarfen an individuellem Versorgungsmanage-
28 ment
- 29 • Evaluation der Unterstützungsarrangements, Reporting
- 30 • Organisation der Koordination der Leistungserbringer, ggf. Media-
31 tion, insbesondere auch Förderung der Kooperation der individu-
32 ellen Netzwerke, der ehrenamtlichen und der professionellen
33 Leistungserbringer bezogen auf alle Hilfe-, Unterstützungs- und
34 Pflege-/Betreuungsangebote
- 35 • Schaffung der Infrastruktur und Unterstützung der Umsetzung
36 (ggf. auch Überwachung) persönlicher (Pflege-)Budgets
- 37 • Koordination und ggf. Leistung von Unterstützungsangeboten zur
38 Entlastung pflegender Angehöriger und/oder Unterstützung und
39 Entlastung der individuellen Netzwerkakteure
- 40 • Förderung des generationenübergreifenden Dialogs und des
41 bürgerschaftlichen Engagements
- 42 • Initiierung und Begleitung von Modellprojekten zur Förderung der
43 quartiersbezogenen Entwicklung und Verbesserung der Unter-
44 stützungsangebote und –arrangements, zur Etablierung neuer
45 Wohnformen mit angepasstem Wohnumfeld
- 46 • Evaluierung von best practice – Beispielen auf Europäischer
47 Ebene
- 48 • Öffentlichkeitsarbeit und Mainstreaming

1 Hierzu benötigen wir die Entwicklung und Etablierung eines integrier-
2 ten Qualifizierungssystems für Pflege- und Gesundheitsfachberufe,
3 das sich am Versorgungsprozess und den zukünftigen Versor-
4 gungsstrukturen orientiert.

5 Qualifiziert werden muss u. a. im Bereich

- 6 • Case bzw. Fall-Management (ggf. differenziert nach Komplexität
7 des erforderlichen Versorgungsmanagements)
- 8 • Prozessmanagement „Integrierte Versorgung“
- 9 • Pflegeberatung, -begutachtung
- 10 • Für die Organisation und Vernetzung von Anbietern im Gesund-
11 heits- und Pflegebereich
- 12 • geriatrischer Rehabilitation
- 13 • Prävention, geriatrischem Assessment, Besuchsmanagement
- 14 • kooperatives Prozessmanagement

15 Im Gutachten des Sachverständigenrates für den Bereich Gesundheit
16 wird konstatiert, dass das Pflegepersonal in Deutschland, gemessen
17 am Europäischen Standard und unter Berücksichtigung der novellier-
18 ten Ausbildungsinhalte aufgrund vielfältiger rechtlicher Hindernisse an
19 der vollen Entfaltung seines beruflichen Potenzials gehindert wird.
20 Dies führt u.a. auch dazu, dass eine flächendeckende Versorgung mit
21 differenzierten Gesundheits- und Pflegeleistungen in strukturschw-
22 chen Regionen zunehmend unzureichender erfolgt (u.a. aufgrund
23 geringer Haus- und Facharztdichte) und dass Leistungen nicht immer
24 so kostengünstig und bedarfsgerecht erbracht werden können wie
25 dies möglich wäre.

26 Eine weitreichende Beteiligung der pflegerischen Einrichtungen an
27 integrierter Versorgung wird u.a. auch aus diesem Grunde verhindert,
28 obwohl in der Gesundheitsreform ausdrücklich angestrebt.

29 Zusätzlich zu den bereits skizzierten Veränderungen im Berufsfeld
30 Pflege ergeben sich weitere den Strukturwandel begleitende neue
31 Aufgabenbereiche und Qualifikationsanforderungen durch die tech-
32 nologische Entwicklung in der Gesundheits- und Seniorenwirtschaft,
33 deren konkrete Auswirkungen sich erst ansatzweise abzeichnen.

34 Wir wollen die Klärung und Beseitigung rechtlicher Hindernisse wie
35 sie im Gutachten des Sachverständigenrates empfohlen werden.

36 Wir wollen z.B.

- 37 • den Heilberufsausweis für Pflege
- 38 • die Übertragung von ausgewählten bisher arztvorbehaltenen
39 Tätigkeiten auf Pflegende, z.B. im Bereich von Prävention

40 und Qualifizierungsmaßnahmen z.B. zu:

- 41 • Fachkräften für den Gemeindepflegedienst (Gemeindeschwester)
- 42 • Präventionsberater/innen und die
- 43 • Palliative Versorgung

44

45 **Pflege-/ Betreuungsassistenz/ Pflegehilfskräfte**

46 Aufgrund der demographischen Entwicklung der Bevölkerung, einer
47 zu erwartenden Zunahme von Pflegebedürftigen und an Demenz
48 erkrankten Menschen insgesamt wächst auch der Bedarf an Pflege-,

1 Unterstützungs- und Betreuungsleistungen. Insbesondere die Versor-
2 gung von Menschen mit komplexen Assistenzbedarfen in ambulanten
3 Wohnformen erfordert eine weitreichende Flexibilisierung, Durchläs-
4 sigkeit und Verzahnung der Versorgungsformen.

5 In komplexen, ausdifferenzierten Leistungsangeboten werden Leis-
6 tungserbringer benötigt, die auf unterschiedlichen Qualifikationsni-
7 veaus, in angepasster Art und Weise, koordiniert passgenau agieren.

8 Neben den Pflegefachkräften, den Angehörigen der Gesundheits-
9 fachberufe und dem nicht-beruflichen niederschweligen Dienstleis-
10 tungsangebot im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements werden,
11 in großem Umfang an- und ungelernte Beschäftigte rekrutiert werden
12 müssen, gerade auch um individuelle, bedarfsgerechte Pflege durch
13 Einzelpersonen im Bedarfsfall bis zu 24 Std. täglich realisieren zu
14 können. Hier ergibt sich eine langfristige stabile Beschäftigungspers-
15 pektive für gegenwärtig Arbeitssuchende.

16 Sollte der Trend der Diskussion um eine Absenkung der Fachkraft-
17 quote und/oder die Freigabe von Pflegeleistungen an Nichtfachkräfte
18 ihre Fortsetzung finden, so wird unmittelbar ein weiterer stark erhöh-
19 ter Bedarf an Service- und Assistenzpersonal zur Unterstützung der
20 Fachpflege unterhalb des Abschlusses Pflegefachkraft vom Arbeits-
21 markt aufgenommen werden.

22 Dieser Arbeitskräftebedarf stößt auf ein Angebot an an- und unge-
23 lernten Arbeitssuchenden, insbesondere auch Frauen und Migrantin-
24 nen, die gerade auch Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse, wie sie in
25 den Pflegeberufen häufig vorkommen, anstreben.

26 Es muss allerdings auch berücksichtigt werden, dass nicht alle Lang-
27 zeitarbeitslosen uneingeschränkt für eine Tätigkeit gerade in der am-
28 bulanten Pflege und Versorgung geeignet sind, da hier nicht unerheb-
29 liche physische und psychische Arbeitsanforderungen zu bewältigen
30 sind, ebenso, wie u.a. Kommunikationsfähigkeit und Zuverlässigkeit
31 unabdingbare Voraussetzungen für einen Einsatz mit hilfebedürftigen
32 Menschen darstellen.

33 Ein gravierendes strukturelles Hindernis ein erfolgreiches Matching
34 zu organisieren, besteht zudem auch in der vollständig unregelmäßig
35 disparaten „Qualifizierungslandschaft“ im Bereich der Pflege-/ Versor-
36 gungsassistenz. Nachdem in Folge der Normenkontrollklage des Lan-
37 des Bayern das Bundesverfassungsgericht die Kranken- und Alten-
38 pflegehilfeausbildungen in die Entscheidungshoheit der Länder ver-
39 wiesen hat, finden sich keinerlei bundeseinheitliche Regelungen
40 mehr, nicht einmal Rahmenvereinbarungen zu Mindestanforderun-
41 gen.

42 Wir benötigen

- 43 - die Entwicklung und Etablierung eines abgestuften, durchlässi-
44 gen Qualifizierungssystems für Assistenz- und Unterstützungs-
45 funktionen im Berufsfeld Pflege mit Ein- und Durchstiegsmöglich-
46 keiten zur Fachkraftqualifikation und
- 47 - die Implementierung fachspezifischer Berufsprofile im Zusam-
48 menhang mit der Vermittlung und Qualifizierung Arbeitssuchender
49 im Berufsfeld Pflege.

50 Dies bedeutet, wir benötigen Qualifizierungsmaßnahmen für Helfe-
51 rInnen u.a.

- 52 • in der Pflegeassistenz

- 1 • im Alltagsmanagement
- 2 • persönliche Assistenz im Sozialraum (u.a. für Menschen mit
- 3 Behinderung, für Demenz Erkrankte)
- 4 • gerontopsychiatrische Basisqualifikationen
- 5 • Haushaltsassistenz
- 6 • Seniorenbegleitung, Geragogik

7

8 **Bekämpfung von Schwarzarbeit**

9 In den letzten Jahren hat sich in der Bundesrepublik in zunehmen-
10 dem Maße eine Schattenwirtschaft im Bereich der ambulanten Pflege
11 ausgebreitet, die u.a. die erfolgreiche Integration eines größeren Po-
12 tenzials von Arbeitssuchenden nachhaltig negativ beeinflusst. Vor-
13 nehmlich aus osteuropäischen Ländern sind zurzeit geschätzt mehr
14 als 100.000 Menschen illegal in der häuslichen Pflege in Deutschland
15 tätig.

16 Neben der Arbeitsmarktrelevanz bei dieser Größenordnung bestehen
17 deutliche Qualitäts-, Kontroll- und Arbeitsschutzdefizite, von denen
18 nicht nur die Pflegebedürftigen, sondern auch die illegal Tätigen
19 Pflegenden stark betroffen sind.

20 Eine wirksame Bekämpfung der Schwarzarbeit kann jedoch nur gelin-
21 gen, wenn die Betroffenen nicht dem öffentlichen Druck ausgesetzt
22 und kriminalisiert werden, sondern wenn es gelingt, legale Arbeitsver-
23 hältnisse zu schaffen, die bedarfsgerecht, bezahlbar und von den
24 Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen akzeptiert (und ggf. auch
25 finanziert) werden.

26 Die bereits beschriebenen Pflegestützpunkte könnten hier einen In-
27 formations-, Beratungs-, Überzeugungs-, Koordinations- und Bereit-
28 stellungs-auftrag erfüllen. Die Träger ambulanter Dienstleistungen
29 sind gefordert, ihr Angebot auch an niedrighwelligen Dienstleis-
30 tungsangeboten weiter auszubauen und legale Arbeitsverhältnisse zu
31 schaffen. Hier können alle Unterstützungsleistungen des SGB wirken.

32 Hierzu sollte eine bundesweiten Kampagne zur Imageverbesserung,
33 zur Förderung von Qualitätsbewusstsein und –verständnis und zum
34 Verbraucherschutz in der Pflege initiiert werden.

35 Wie benötigen

- 36 - eine Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiative zum Ausbau
- 37 haushaltsnaher, niedrighwelliger Dienstleistungsangebote,
- 38 - Job rotation-Programme zur Unterstützung der Qualifizierung
- 39 Beschäftigter und zur Qualifizierung und Begleitung im Anschluss
- 40 an Beschäftigungsaufnahme und
- 41 - die Förderung der Existenzgründung, z.B. auch durch Modell-
- 42 projekte vgl. „Gründerinnen-Netzwerk“ im Bereich Pflege-/ Haus-
- 43 haltsnahe Dienstleistungen

44

45

46

47

48

49 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: C 10**
2 **Antragsteller: Stadtverband Lippstadt**
3 **Betreff: Keine Anrechnung des Kindergeldes auf ALG II-Leistungen**
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Der Landesparteitag unterstützt die Bemühungen der SPD-Bundes-
7 tagsfraktion und des Parteivorstandes, Eltern in ihrer wichtigen Erzie-
8 hungsarbeit zu stärken. Wir begrüßen die Zielsetzung, den Ausbau
9 der familienunterstützenden Infrastruktur voranzutreiben.

10 Wir wissen, dass Eltern familienunterstützende Maßnahmen benöti-
11 gen, damit alle Kinder gerechte Chancen bekommen. Staat und
12 Gesellschaft sind verpflichtet, besonders den Schwachen und
13 Schwächsten zu helfen. Deshalb müssen auch die Empfänger von
14 ALG II - Leistungen durch den Ausbau von familienunterstützenden
15 Leistungen berücksichtigt werden.

16 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen,
17 dass Eltern, die ALG II - Leistungen erhalten, in gleichem Umfang bei
18 der Kindergelderhöhung berücksichtigt werden, damit auch die von
19 Armut betroffenen Kindern in unserer Gesellschaft davon profitieren
20 und nicht noch weiter abgehängt werden. Aus diesem Grund dürfen
21 auch weitere geplante Leistungen, wie z.B. ein kostenloses warmes
22 Mittagessen, künftig nicht auf ALG II - Leistungen angerechnet
23 werden.

24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Empfehlungen der AK:

Annahme

42 **angenommen: abgelehnt: überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** C 11
2 **Antragsteller:** AfALandeskonferenz
3 **Betreff:** „Gleiche Arbeit - gleicher Lohn“ in NRW

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

5 Um den immer stärker um sich greifenden Missbrauch der Leih
6 arbeit in NRW zu stoppen, setzt sich die NRWSPD für gesetzliche
7 Regulierungen der Leiharbeit ein und beteiligt sich an der geplanten
8 Kampagne der IG Metall NRW ‚Gleiche Arbeit – gleicher Lohn‘.
9 Die NRWSPD spricht sich dafür aus, dass Arbeitnehmerüber
10 lassung in nordrhein-westfälischen Betrieben und Einrichtungen nur
11 zu Konditionen stattfinden, wie z.B. zwischen IGM Detmold und
12 Netzwerk Lippe gGmbH in einem Tarifvertraglich vereinbart wurde
13 und gleichen Lohn für gleiche Arbeit absichert. Die NRWSPD fordert
14 alle Betriebe auf, die Arbeitnehmer in NRW überlassen, dass sie mit
15 den zuständigen Gewerkschaften entsprechende Tarifverträge
16 verhandeln und abschließen.

17 Die SPD-Fraktionen im Landtag, in den Kreisen und in den
18 Kommunen werden aufgefordert, herauszubekommen, bei welchen
19 öffentlichen Einrichtungen bzw. Betrieben (incl. der Beteiligungen)
20 Leiharbeiter zu welchen Konditionen beschäftigt werden. Sie
21 wirken im Parlament, Kreistagen, Räten und Aufsichtsräten darauf
22 hin, dass Leiharbeiter nicht über den Bedarf von
23 Auslastungsschwankungen hinaus eingesetzt werden.
24 Sie wirken darüber hinaus darauf hin, dass zukünftig grundsätzlich
25 der Standard des Tarifvertrages, der gleichen Lohn für gleiche
26 Arbeit zusichert, eingehalten wird, wenn Leiharbeiter ein
27 gesetzt werden.

28 Bei zukünftigen Zeitarbeitsmessen in NRW, insbesondere wenn sie
29 durch die Agentur für Arbeit organisiert werden, soll darauf hin
30 gewirkt werden, dass gemeinsam mit dem DGB ein Stand mit den
31 Gegenpositionen organisiert werden.

32
33

34 **Begründung:**

35
36 Der Gesetzgeber hat 2003 durch die Liberalisierung der
37 Arbeitnehmerüberlassung der Leiharbeit Tür und Tor geöffnet. Die
38 daraus resultierende Fehlentwicklung hat zu einer Zunahme der
39 Leiharbeit geführt, die noch lange nicht abgeschlossen ist.
40 Manche Unternehmen missbrauchen die Möglichkeit bedenkenlos
41 und nutzen den Einsatz von Leiharbeitern als reines
42 Kostensenkungsprogramm". Sie bauen Stammbeslegschaft ab und
43 stellen die Entlassenen in von ihnen gegründeten Leihunternehmen
44 zu prekären rechtlichen Bedingungen und zu deutlich niedrigeren
45 Löhnen wieder ein.
46 Deshalb müssen gesetzliche Änderungen wieder sicherstellen, dass
47 Leiharbeit nicht die Stammbeschäftigung ersetzen darf.

48

49

50 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

Annahme in geänderter Fassung

Einfügen Zeile 6:
NRWSPD für *bessere* gesetzliche

Ersetzen Zeile 18 – 20:
~~herausbekommen, bei welchen
in öffentlichen Einrichtungen
bzw. Betrieben (incl. der Beteiligungen)
Leiharbeiter zu
welchen Konditionen beschäftigt werden~~ auf Leiharbeit weitgehend zu verzichten.

Streichen Zeilen 28 – 31

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** C 12
2 **Antragsteller:** AfA Landeskonzferenz
3 **Betreff:** Demografische Herausforderungen meistern – Beschäftigungs-
4 fähigkeit stärken
5

6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7 Die NRWSPD setzt sich dafür ein, dass „Altersstrukturanalysen“ in
8 den kommunalen- und Landeseinrichtungen durchgeführt werden. ´
9 Sie unterstützt die SPD-Fraktionen im Landtag, in den Kreisen und in
10 den Kommunen bei der Vorbereitung und bei der Durchführung
11 solcher Strukturanalysen und der Erarbeitung darauf basierender
12 Maßnahmepläne.
13 Ziel dieser Analysen ist, die durch die demografische Entwicklung
14 absehbaren Problembereiche der Einrichtungen (z.B. Anstieg des
15 Durchschnittsalters der Beschäftigten, höhere Belastung der
16 Beschäftigten, etc.) frühzeitig zu erkennen und Maßnahmen für eine
17 bessere Beschäftigungsfähigkeit zu entwickeln.

18
19
20 **Begründung:**

21
22 Aus unterschiedlichsten und insbesondere aus ideologischen
23 Gründen der Landesregierung wird die Mitarbeiterzahl in
24 Landeseinrichtungen immer geringer. So führt die Verschlingung von
25 Arbeitsprozessen oder Arbeitszeitverlängerungen zu k.w.-Vermerken
26 oder direktem Personalabbau. Häufig muss mit weniger
27 Beschäftigten die gleiche Menge Arbeit erledigt werden. Dadurch
28 steigt die Belastung für jeden einzelnen Beschäftigten in erheblichem
29 Umfang.
30 Durch eine geringer werdende Fluktuation in den Einrichtungen sowie
31 durch die gesetzlich verordnete Verlängerung der Lebensarbeitszeit –
32 so wird ein vorgezogener Ruhestand kaum mehr möglich - steigt
33 darüber hinaus das Durchschnittsalter von Beschäftigten in den
34 Einrichtungen.
35 Beschäftigungsfähigkeit ist deshalb von zentraler Bedeutung für die
36 Landeseinrichtungen und die Kolleginnen und Kollegen selbst. Für
37 eine Einrichtung heißt dies, dass sie mit ihrer im Schnitt älter
38 werdenden Belegschaft ihr Dienstleistungsangebot mindestens bei
39 gleicher Qualität erhalten müssen. Statistiken der Krankenkassen
40 belegen eindeutig, dass mit zunehmendem Alter die Ausfallzeiten von
41 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer mehr steigen.
42 Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedeutet
43 Beschäftigungsfähigkeit, dass sie bis ins Alter von Mitte 60 ihre Arbeit
44 leisten können müssen.
45
46

47
48 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

Annahme in geänderter Fassung

Einfügen Zeilen 9f.:
Sie *fördert die* Durchführung

Ersetzen Zeilen 16f.:
und Maßnahmen ... *entwi-
ckeln*
durch:
*Wir benötigen Maßnahmen
zur Humanisierung des Ar-
beitslebens und eine Perso-
nalentwicklung zur Sicherung
einer kontinuierlichen Ar-
beitsfähigkeit des öffentlichen
Dienstes.*

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: C 13**
2 **Antragsteller: UB Dortmund**
3 **Betreff: Pflegestützpunkte – ein Ort für umfassende Beratung überall**
4 **und für alle die Hilfe brauchen.**
5

6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7 Die von der Sozialdemokratischen Partei auf den Weg gebrachte Re-
8 form der Pflege soll und muss die Lebenssituation der Pflegebedürfti-
9 gen und ihrer Angehörigen überall und einheitlich verbessern.

10 Seit langer Zeit beklagen viele pflegende Angehörige, dass anfangs
11 weniger die eigentlichen pflegerischen Aufgaben, sondern vor allem
12 die Vorbereitung und Organisation rund um die Pflege die größten
13 Belastungen darstellen.

14 Das eingebrachte Gesetz will dies ändern. Es sollen bundesweit
15 „Pflegestützpunkte“ mit kompetenten Pflegeberatern errichtet werden.
16 Diese Pflegestützpunkte sollen das Können und das Erfahrungswis-
17 sen aller, die Hilfen für Menschen mit Pflegebedarf leisten, an einem
18 Ort bündeln und so leicht zugänglich machen. Bereits bestehende
19 Einrichtungen in den Kommunen und in den Ländern sollen selbst-
20 verständlich in das Konzept der Pflegestützpunkte integriert werden.

21 Die Hilfen selbst stellen wie bisher die Kostenträger, also in erster
22 Linie die Pflege- und Krankenkassen sowie die Altenhilfe- und Sozial-
23 hilfeträger zur Verfügung. Neu ist jedoch – dies geschieht unter ei-
24 nem Dach, quartiersnah, und damit für die Menschen gut erreichbar.

25 Diesem Konzept einer bundeseinheitlichen Regelung verweigert die
26 CDU/CSU ihre Zustimmung. Sie hat in der Koalitionsrunde durchge-
27 setzt, dass die Bundesländer in eigener Verantwortung entscheiden,
28 ob derartige Pflegeberatungsstellen / Pflegestützpunkte eingerichtet
29 werden.

30

31 **Im Interesse von Millionen Menschen fordern wir daher unsere**
32 **Landtagsfraktion auf in Nordrhein-Westfalen die Einrichtung von**
33 **Pflegestützpunkten zu fordern und durchzusetzen.**

34 Sie sollen sich an den im Gesetz verankerten Zielen orientieren. Sie
35 sollen als neues Strukturelement der ambulanten Versorgung sein:

- 36 • Wohnortnahe Anlaufstelle für alle Menschen mit kurzzeitigem
37 oder langfristigem Pflegebedarf
- 38 • Pflegerische Versorgungszentren für Menschen mit Pflegebedarf
39 und ihre Angehörigen, in denen alle Dienste, die zur Aufrechter-
40 haltung des Lebens mit Pflegebedarf im eigenen Haushalt oder
41 im Haushalt der privaten Pflegeperson vorgehalten, gebündelt
42 oder vermittelt werden können.
- 43 • Als Begleitinstanz auf dem oft langen Weg durch Pflegebedürftig-
44 keit und Krankheit zur Verfügung stehen und durch ein angemes-
45 senes Management für eine bedarfs- und bedürfnisgerechte Ver-
46 sorgung während des Pflegeverlaufs

47

Empfehlungen der AK:

Annahme

- 1 Diese Aufgaben erfordern eine
- 2 • Bündelung und Integration der erforderlichen Versorgungsdienste
3 und -angebote in der
- 4 • jeweiligen Region,
- 5 • eine Anbindung an vertraute Versorgungsstrukturen,
- 6 • die Herstellung enger Vernetzungs- und Kooperationsbeziehun-
7 gen zu anderen Instanzen und Diensten der pflegerischen
8 Versorgung,
- 9 • ebenso zur medizinischen und rehabilitativen Versorgung.

10 Ziele und Aufgaben lassen sich nur in und mit der Kommune ver-
11 wirklichen. Die Kommunen können dabei ihre Erfahrungen aus den
12 jahrzehntelang bewährten und teilweise neuen hochinnovativen
13 Angebots- und Leistungsstrukturen einbringen.

14 Die Federführung für die konzeptionelle Ausgestaltung, Organisation
15 und Betrieb der Pflegestützpunkte sollte daher den Kommunen über-
16 tragen werden.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** D 1
2 **Antragsteller:** UB Unna, UB Hamm
3 **Betreff:** Steinkohle hat Zukunft
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

- 6 1. Die NRWSPD bleibt Partner einer verantwortlichen Politik für die
7 Perspektiven der Bergbauwirtschaft. 2012 wollen wir eine objek-
8 tive Entscheidung darüber, ob der Bergbau nach 2018 in
9 Deutschland fortgeführt werden soll. Die Sozialdemokratinnen
10 und Sozialdemokraten setzen sich nachdrücklich dafür ein, die im
11 Gesetz vorhandene Optionsklausel zu nutzen und auch nach
12 2018 zumindest einen Sockelbergbau in Deutschland zu erhalten.
- 13 2. Bergbau wird auch in Zukunft benötigt. Angesichts der weltweit
14 steigenden Nachfrage nach Steinkohle und der Notwendigkeit,
15 den Ausstoß von klimaschädlichen Gasen drastisch zu verrin-
16 gern, müssen weltweit die effizientesten und saubersten Kraft-
17 werkstechnologien zum Einsatz kommen. Alte und ineffiziente
18 Kohlekraftwerke müssen weltweit und auch bei uns in NRW durch
19 Kraftwerke mit hohen Nutzungsgraden und wenn möglich mit
20 Kraft-Wärme-Kopplung ersetzt werden. Deshalb setzen wir uns
21 für den Erhalt der Netzwerke für Bergbau und Kraftwerkstechno-
22 logie in NRW ein, um zukunftssichere Arbeitsplätze in Nordrhein-
23 Westfalen zu halten und neu zu schaffen.
- 24 3. Moderne Abbautechnologien sichern einen hohen Arbeitsschutz-
25 standard im Interesse der Bergleute. Daher wollen wir für die
26 deutsche Bergbauzulieferindustrie Absatzchancen erhalten, in
27 dem die Technologie auch vor Ort angewendet und präsentiert
28 werden kann.
- 29 4. Die Landesregierung wird aufgefordert, auch kurzfristig dafür zu
30 sorgen, dass die Ausbildungskapazitäten in den
31 Bergbauunternehmen genutzt werden können. Gerade in den
32 betroffenen Regionen droht ohne diese Ausbildungsplätze eine
33 Verschärfung der Ausbildungskrise.
- 34 5. Die Bundesregierung muss jetzt dafür sorgen, dass die Ende
35 2010 auslaufende Freistellungsverordnung des Europäischen
36 Rates erneuert wird und so auch über 2010 hinaus die staatliche
37 Förderung des Bergbaus möglich ist. Hierzu ist eine Initiative des
38 Bundeswirtschaftsministers notwendig.
- 39 6. Mindestens bis 2012 muss den betroffenen Unternehmen die
40 Möglichkeit zu langfristigen Zugängen zu vorhandenen und noch
41 zu erschließenden Lagerstätten ermöglicht werden.

Empfehlungen der AK:

Annahme

42
43
44
45
46
47 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** D 2
2 **Antragsteller:** KV Herford
3 **Betreff:** Vorrang für dezentrale Biomasseprojekte
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Der Landesparteitag setzt sich für eine Vorrangpolitik im Sinne einer
7 dezentralen Biomassenutzung für die Strom- und Wärmeerzeugung
8 auf allen übergeordneten Parteebenen ein.
9

Empfehlungen der AK:

**Annahme in geänderter
Fassung:**

Ersetze Zeile 7:
den-zentralen
durch:
Dezentralisierung der

10 **Begründung:**

11 Auf Bundesebene wird zurzeit im Bereich Biomasseanbau und –nut-
12 zung der Schwerpunkt auf die Nutzung von Biomasse für die Erzeu-
13 gung von Biokraftstoffen (wie z.B. BTL: Biomass to liquid) gelegt.
14 Hintergrund dafür ist die mögliche Beimischung zum Regelkraftstoff in
15 nennenswerter Höhe, um dann den CO₂-Ausstoß pro gefahrenem
16 PKW-Kilometer auf den von der EU geforderten Grenzwert zu brin-
17 gen. Für die Erzeugung und den Vertrieb dieser Endenergie ist je-
18 doch ein sehr hoher Energieaufwand notwendig.

19 Wir als Sozialdemokraten sehen die Zukunft der Energieversorgung
20 jedoch primär in der Dezentralität und der regionalen Wertschöpfung,
21 abgekoppelt von Interessen multinationaler Energiekonzerne. Für
22 diese Umsetzung ist die Vorrangpolitik grundlegende Basis, eine
23 andere Schwerpunktsetzung kontraproduktiv.

24 Dezentrale Projekte sind z.B. die Biomassenutzung zur Endenergie-
25 erzeugung in Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit Holzhackschnitzeln
26 der lokalen Forstwirtschaft. Eine andere Möglichkeit in der Gasversor-
27 gung ist die Biogaserzeugung und –einspeisung ins Gasnetz von
28 lokalen Stadtwerken, um dann an anderer Stelle mit KWK Endenergie
29 zu erzeugen.

30 Solche Projekte bieten nicht nur den Vorteil, energieeffizienter zu
31 sein, sondern die Wertschöpfung in der Region zu belassen um auch
32 positive Arbeitsplatzeffekte lokal vor Ort zu generieren.

33 Darüber hinaus werden, falls sie bei solchen Projekten beteiligt wer-
34 den, die in der Regeln vor Ort tätigen kommunalen Energieversorger
35 in ihrer Zukunftsperspektive gestärkt, was ureigenes Interesse der
36 Sozialdemokratie ist.

37

38

39

40

41

42

43

44

45 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** D 3
2 **Antragsteller:** UB Hamm
3 **Betreff:** CO₂-Gebäudesanierungsprogramm verstetigen
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Die NRWSPD spricht sich für eine Fortführung und Verstetigung des
7 CO₂-Gebäudesanierungsprogramms aus.

- 8 • Die Verantwortlichen in Ministerien und KfW werden aufgefordert,
9 einen stetigen Mittelfluss sicherzustellen.
- 10 • Der bisher nur im Entwurf vorgesehene zusätzliche Programm-
11 baustein zur energetischen Optimierung vorhandener Stadtstruk-
12 turen – quartiersbezogene Konzepte der Wärme-/Kälteversor-
13 gung, der Nutzung erneuerbarer Energien und der Energiespei-
14 cherung – soll zügig umgesetzt werden

15

16 **Begründung:**

17 Das schon in der rot-grünen Regierungszeit aufgelegte CO₂-Gebäu-
18 desanierungsprogramm ist einer der wirksamsten Bausteine im
19 Rahmen der Klimaschutzstrategie der Bundesregierung. Mit einem
20 Fördervolumen von jährlich 1 Mrd. € können so Energieeinsparpoten-
21 ziale in privaten und öffentlichen Gebäuden erschlossen werden.

22 Darüber hinaus profitieren das örtliche Handwerk und kleine und mit-
23 telständische Unternehmen deutlich von der gestiegenen Investitions-
24 tätigkeit in diesem Bereich.

25 In den vergangenen Jahren ist mehrfach deutlich geworden, dass
26 eine unetige Vergabe der Fördermittel durch die KfW ein Problem
27 für die Unternehmen darstellt. Während in der einen Phase so neben
28 der Arbeitsleistung vor allem Dämmstoffe knapp werden, herrscht in
29 anderen Phasen Leerlauf. Eine Verstetigung der Mittelvergabe würde
30 diesen unerwünschten Nebeneffekt vermeiden.

31 Zusätzlich zu Maßnahmen, die vor allem die Gebäudehülle des ein-
32 zeln Gebäudes betreffen, müssen die Potenziale, die in einer
33 dezentralen, quartiersbezogenen Energieversorgung stecken im
34 Verbund mit – insbesondere kommunaler – Wohnungs- und Energie-
35 wirtschaft stärker ausgeschöpft werden.

36

37

38

39

40

41

42

43

44 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

Annahme

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** D 4
2 **Antragsteller:** UB Köln
3 **Betreff:** Abfall vermeiden, Verletzungen verhindern,
4 **Leistungsanreize schaffen, Müllgebühren senken,**
5 **Sauberkeit erhöhen, Fahrradverkehr fördern**

6
7 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

8 Die Mandatsträger im Bund und Land werden aufgefordert, die
9 Betreiber des Mehrwegflaschensystems zu einer Anhebung des
10 Pfands auf einheitlich 0,20 EUR zu veranlassen.

11

12 **Begründung:**

13 Karneval, Fußballweltmeisterschaft oder Silvester – die Ereignisse
14 sind völlig austauschbar – weite Teile der Großstadt-Innenstädte
15 versinken in einem Meer von Glasscherben.

16 Aber nicht nur zu solchen Großereignissen werden in Kiosken
17 massenweise Pfandglasflaschen gekauft, die in den allermeisten
18 Fällen weder von den Käufern noch von Pfandsammlern zur
19 Verkaufsstelle zurückgebracht werden. Der Gedanke der
20 Pfandflasche als Mehrwegbehältnis entspricht damit nicht mehr der
21 Realität.

22 Die Auswirkungen sind dramatisch:

- 23 • in Köln waren 2007 zum Karneval die häufigsten Verletzungen,
24 weswegen Mensch in Krankenhäuser eingeliefert wurden,
25 Schnittwunden durch zerstörte Pfandglasflaschen,
- 26 • von der Ökobilanz sind die einzeln verkauften Pfandglasflaschen
27 wegen der extrem geringen Recyclingquote das Schlechteste,
28 was derzeit angeboten wird
- 29 • die Sauberkeit der Straßen wird durch die im Straßenraum
30 abgestellten oder aktiv zerstört Flaschen sehr beeinträchtigt,
- 31 • auf Grund der Entsorgung durch die Abfallwirtschaftsbetriebe
32 steigen die Müllgebühren und
- 33 • die Straßen sind auch Tage nach solchen Großereignissen mit
34 dem Fahrrad kaum zu befahren.

35 Aber auch ohne Großereignisse stellen die Fälle, in denen Pfandglas-
36 flaschen auf der Straße entsorgt werden keine Ausnahmen dar – mit
37 den entsprechenden Folgen:

- 38 • Gesundheitsschaden durch Verletzungen,
- 39 • Befahrbarkeit mit dem Fahrrad,
- 40 • erhöhte Müllgebühren,
- 41 • Sauberkeit und
- 42 • negativer Ökobilanz

Empfehlungen der AK:

Ablehnung

1 Dies kann verbessert werden, wenn durch eine Anhebung des Fla-
2 schenpfandes auf 0,20 € mehr Anreize geschaffen werden, die
3 Pfandflaschen zurückzubringen.

4 Den großen Vorteilen einer deutlichen Anhebung des Pfandes für den
5 Radverkehr, die Ökologie, den Gesundheitsschutz, die Sauberkeit
6 der Straßen und als Anreiz für sozial Schwache, sich als Pfandsamm-
7 ler zu betätigen, stehen keine ernst zu nehmenden Nachteile gegen-
8 über.

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43 **angenommen:**

abgelehnt:

überwiesen an:

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** E 1
2 **Antragsteller:** UB Köln
3 **Betreff:** Völkermord in Darfur: Deutschland muss endlich handeln
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Zur Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, Mitgliedern der SPD
7 Bundes- und Landtagsfraktion, Medien, Bundesaußenminister
8

9 **Überblick**

10 In der westsudanesischen Provinz Darfur findet der erste Völkermord
11 des 21. Jahrhunderts statt. Seit dem Jahr 2003 sind mindestens
12 400.000 Menschen ermordet worden, mehr als 2,8 Millionen wurden
13 aus ihrer Heimat vertrieben. Die UNO bezeichnet die Situation in
14 Darfur als die größte humanitäre Katastrophe der Welt, welche sich
15 derzeit metastatisch in die angrenzenden Länder Tschad und die
16 Zentralafrikanische Republik ausbreitet. Der Internationale Strafge-
17 richtshof in Den Haag hat wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen
18 gegen die Menschlichkeit Haftbefehle gegen hohe Regierungsmit-
19 glieder der sudanesischen Regierung erlassen, und hat weitere
20 Anklageerhebungen für das Frühjahr 2008 angekündigt.

21

22 **Verantwortung für die Krise**

23 Für den ersten Völkermord des 21. Jahrhunderts ist die sudanesishe
24 Regierung in Khartum verantwortlich, welche eine akribisch geplante
25 Politik von Mord, Terror und Vertreibung in Darfur betreibt. Um die
26 Rebellen Gruppen der JEM und SLM/A in Darfur zu bekämpfen, wur-
27 den arabische Reitermilizen rekrutiert (die sogenannten Janjaweed),
28 welche gemeinsam mit der regulären sudanesischen Armee eine
29 brutalen Feldzug gegen die afrikanischen Stämme der Fur, Zaghwa
30 und Masalit kämpfen. Von Beginn an wurden hierbei unschuldige
31 Zivilisten zum intendierten Ziel von Mord, Terror, und Massenverge-
32 waltung. Die Regierung in Khartum handelt bis zum heutigen Tag
33 nach der Devise: „Wenn du einen Fisch fangen willst, dann leg den
34 gesamten See trocken“. Mehrere hunderttausend Menschen können
35 aufgrund der schlechten Sicherheitslage nicht mehr von internationa-
36 len Helfern erreicht werden. Seit Januar 2007 wurden 74 Hilfskonvois
37 angegriffen, 12 Mitarbeiter von Hilfswerken starben bei diesen Über-
38 fällen. 131 Helfer wurden entführt. Doch die humanitäre Arbeit wird
39 durch die Willkür der sudanesischen Behörden auf das schwerste
40 behindert. So wurden 58 Angestellte von Hilfsorganisationen verhaf-
41 tet. Zahlreiche Helfer wurden ausgewiesen, weil sie Behinderungen
42 ihrer humanitären Arbeit kritisiert hatten. Neben frischem Wasser und
43 Nahrungsmitteln fehlt es den Menschen in Darfur jedoch vor allem an
44 Schutz, denn schwere Menschenrechtsverletzungen und Brüche des
45 humanitären Völkerrechts dauern weiter an. So werden zehntausen-
46 de Menschen gezielt vertrieben, Flüchtlingslager durch sudanesishe
47 Behörden gewaltsam aufgelöst, Frauen und Mädchen vergewaltigt
48 und ganze Dörfer ausgelöscht. Auch in Flüchtlingslagern finden sie
49 keinen angemessenen Schutz. Denn Frauen und Mädchen werden

Empfehlungen der AK:

**Überweisung an SPD-
Bundestagsfraktion**

1 auch in der Nähe dieser Camps zu Hunderten Opfer von Vergewaltigungen.
2 Angesichts der katastrophalen Sicherheitslage breitet sich in
3 den Lagern Mutlosigkeit aus, da eine Rückkehr in ihre zerstörten Dörfer
4 in immer größere Ferne rückt. Außerdem wird die Perspektive auf
5 ein normales Leben zunehmend unrealistischer, seit die sudanesis-
6 sche Regierung loyale arabische Stämmen auf dem Land von Kriegs-
7 flüchtlingen ansiedelt und so den Status Quo zu zementieren sucht.

8

9 **Die unzureichende internationale Reaktion**

10 Die Folgen des Völkermords in Darfur sind enorm und greifen bereits
11 auf den benachbarten Tschad und die Zentralafrikanische Republik
12 über. Im Februar 2008 unternahm in diesem Zusammenhang vom
13 Sudan unterstützte Rebellen einen Putschversuch gegen die tschadi-
14 sche Regierung, was wiederum zu einer Massenflucht nach Kamerun
15 führte. Die UNO hat dem Morden bis zum heutigen Tag ohne wir-
16 kungsvolles Eingreifen zugesehen und hierdurch ein Übergreifen der
17 Gewalt auf ganz Ost- und Mittelfrika in Kauf genommen. Vor allem
18 die Volksrepublik China und Russland haben jedes härtere Vorgehen
19 gegen die sudanesischen Regierung im UNO Sicherheitsrat verhindert
20 – beide Staaten machen lukrative Waffen- und Ölgeschäfte mit dem
21 Regime in Khartum.

22 Auf zunehmenden internationalen Druck hin sollten ursprünglich bis
23 zu 31.000 Sicherheitskräfte (19.000 Soldaten, 6.000 Polizisten,
24 5.000 Zivilisten) bis zum Ende des Jahres 2007 in Darfur stationiert
25 werden. Diese gemeinsame Mission der Afrikanischen Union und der
26 UNO namens UNAMID hat das Ziel für einen effektiveren Schutz der
27 Bevölkerung sorgen. Doch deren Stationierung geht nur sehr schlep-
28 pend voran. Sechs Monate nach Beschluss der UNAMID sind kaum
29 mehr Friedenstruppen in Darfur als zuvor unter dem alleinigen AU-
30 Mandat. Immer eindringlicher warnen UN-Experten vor einem Schei-
31 tern der Mission, die Anfang Januar von sudanesischem Militär ange-
32 griffen wurde, von den sudanesischen Behörden systematisch behin-
33 dert wird und der es chronisch an Soldaten und Ausstattung mangelt.

34 Die Regierung des Sudan behindert nicht nur den Einsatz von Frie-
35 denstruppen, sondern verweigert auch jede Zusammenarbeit mit dem
36 Internationalen Strafgerichtshof (ICC) bei der Bestrafung der Verant-
37 wortlichen für Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dies stellt einen
38 eklatanten Bruch des Völkerrechts dar. Steckbrieflich gesuchte Per-
39 sonen werden nicht bestraft, sondern befördert. So wurde der berüch-
40 tigte Janjaweed-Führer Musa Hilal zum Berater des sudanesischen
41 Präsidenten ernannt, der wegen Verbrechen gegen die Menschlich-
42 keit gesuchte frühere Minister Ahmed Harun wurde sogar mit dem
43 Vorsitz eines Komitees betraut, dass Menschenrechtsverletzungen in
44 Darfur zu untersuchen vorgibt. Des Weiteren ist er von der sudanesi-
45 schen Regierung mit der Zusammenarbeit mit der UNAMID-Mission
46 betraut worden.

47 Der Völkermord in Darfur gefährdet nicht nur das Überleben hundert-
48 tausender Menschen im Sudan, sondern die Sicherheit der gesamten
49 Region. Wenn die UNAMID scheitert, droht ein Flächenbrand, der
50 Krieg und Gewalt in Ostafrika weiter schüren wird.

51 Sudanesischen Menschenrechtler appellieren schon seit einiger Zeit,
52 den politischen Druck auf die Führung des Sudan zu verstärken, da-
53 mit die UNAMID-Mission nicht länger behindert, der Schutz der Zivil-

1 bevölkerung sichergestellt und Friedensverhandlungen befördert
2 werden.

3

4 **Gezielte Sanktionen gegen die sudanesishe Zentralregierung**

5 Angesichts der von der sudanesischen Zentralregierung zu verant-
6 wortenden schweren Menschenrechtsverletzungen in der Krisenre-
7 gion Darfur gerät Khartum zunehmend unter weltweiten wirtschaft-
8 lichen und politischen Druck. In diesem Zusammenhang erwägen
9 derzeit 15 Staaten eine Verhängung gezielter Sanktionen oder Dis-
10 vestitionsmaßnahmen¹, um die politischen, wirtschaftlichen und
11 diplomatischen Kosten für den Sudan im Falle einer Weiterführung
12 seiner brutalen Politik zu erhöhen. Experten schätzen, dass der
13 Sudan ca. 70-80% seiner Einnahmen aus dem Außenhandel direkt in
14 sein Militärbudget zur Fortführung seiner Kampagne in Darfur umlei-
15 tet. Vor diesem Hintergrund haben gezielte wirtschaftliche Sanktionen
16 einen direkten Einfluss auf die Lage im krisengeschüttelten Darfur.

17 Der amerikanische Kongress hat in diesem Zusammenhang Anfang
18 2008 einstimmig ein Gesetz erlassen, welches es der amerikanischen
19 Bundesregierung verbietet, öffentliche Aufträge an Firmen zu verge-
20 ben, welche im Sudan geschäftlich tätig sind. Dies bezieht sich ge-
21 zielt auf Unternehmen im Öl-, Energie-, Bergbau- und Rüstungssek-
22 tor², und hat deshalb keine unmittelbaren Konsequenzen für die
23 sudanesishe Zivilbevölkerung. Des Weiteren wird es institutionellen
24 Aktienanlegern wie Pensionsfonds erleichtert, ihre Anteile an im
25 Sudan tätigen Unternehmen abstoßen. Laut Angaben der Sudan
26 Divestment Task Force haben inzwischen 22 US-Bundesstaaten
27 entsprechende Aktienanteile aus dem Sudan verkauft³. Auf Grund
28 von bereits im Mai 2007 ergriffenen Strafmaßnahmen ist die sudane-
29 sische Regierung außerdem von verschärften Finanzsanktionen
30 betroffen, welche Transaktionen in US-Dollar verhindern sollen. Aus
31 diesem Grund hat Khartum Ende 2007 sämtliche Finanztransaktionen
32 auf Euro umgestellt. In der Tat scheinen diese von der US-Regierung
33 erlassenen Maßnahmen beträchtliche Wirkung zu entfalten. Der
34 sudanesishe Zentralbankpräsident Sabir Mohammed Hassan erklärt
35 hierzu, dass die amerikanischen Sanktionen „die sudanesishe
36 Volkswirtschaft verletzen“⁴. Des Weiteren erläutert Abdel-Moniem
37 Hassan Sayed, Präsident der Al-Shamal Islamic Bank in Sudan, dass
38 „sudanesishe Banken unter den endlosen amerikanischen Regulie-
39 rungen für Geschäfte in US-Dollar leiden (und) sich extremen
40 Schwierigkeiten gegenübersehen“⁵.

41 Auf Grund der anhaltenden Obstruktionspolitik des Sudan erwägen
42 weitere Regierungen, Menschenrechtsorganisationen und Firmen
43 eine Erhöhung des Drucks auf Khartum. So hat die japanische Kann-
44 sai Electric Power Company, Japans zweitgrößter Elektrizitätser-
45 zeuger, alle Öl-Importe aus dem Sudan aus Besorgnis gestoppt, dass
46 der Sudan die hiermit verbundenen Einnahmen zur Finanzierung
47 seiner Kampagne in Darfur nutze. Weitere Firmen wie La Mancha
48 Resources, CHC Helicopter, ABB, Siemens, Rolls Royce, ICSA of

¹ <http://www.sudandivestment.org/statistics.asp>

² <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=20601103&sid=ae5EDdAJrQ2A&refer=us>

³ <http://www.sudandivestment.org/statistics.asp>

⁴ <http://www.sudantribune.com/spip.php?article25567>

⁵ <http://sudantribune.com/spip.php?article25328>

1 India, Weatherford International, Weir Group und Schlumberger ha-
2 ben sich auf Grund der besorgniserregenden Situation in Darfur auf
3 unbestimmte Zeit aus dem Sudan-Geschäft zurückgezogen oder dies
4 angekündigt.⁶ Groß-Investoren wie Fidelity Investment und Berkshire
5 Hathaway haben im Laufe des Jahres 2007 massive Anteile Petro-
6 Chinas auf Grund des zunehmenden zivilgesellschaftlichen Drucks
7 abgestoßen.⁷

8 Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass der Sudan auf
9 wirtschaftlichen Druck in hohem Maße sensibel reagiert. Es gilt, die-
10 sen Umstand für eine Beendigung des Völkermords in Darfur zu
11 nutzen.⁸

12 Handeln statt Handel! Was Deutschland für ein Ende des
13 Völkermords tun muss!

- 14 1. Die deutsche Bundesregierung muss auf eine Verhängung geziel-
15 ter Sanktionen durch die EU gegen die Verantwortlichen der
16 schweren Menschenrechtsverbrechen dringen. Außerdem muss
17 sich Deutschland innerhalb der EU für ein vollständiges Einfrieren
18 der Visa-Erteilung an sudanesisch Regierungsmitglieder und
19 ihre Familien einsetzen. Solcherlei Maßnahmen haben sich in der
20 Vergangenheit als wirksam erwiesen. Des Weiteren muss die EU
21 – in Kooperation mit den USA - alle in Euro notierten finanziellen
22 Transaktionen durch die sudanesisch Regierung bis auf weiteres
23 unterbinden.
- 24 2. Deutschland muss auch im nationalen Rahmen Gesetze beschlie-
25 ßen, um zu verhindern, dass Unternehmen die Kriegswirtschaft
26 der sudanesisch Regierung unterstützen. Seit dem Beginn des
27 Völkermords im Jahr 2003 hat allein die deutsche Wirtschaft ihre
28 Exporte in den Sudan um 300% erhöht. Deutschland ist inzwi-
29 schen der bedeutendste europäische Handelspartner des Sudan
30 und nimmt hierbei eine besondere Rolle ein, weil es besonders
31 kapital- und wissensintensive Güter und Dienstleistungen anbie-
32 tet, die nur schwer durch andere Anbieter ersetzt werden
33 könnten.
- 34 3. Keine Steuergelder für Völkermord: Es ist unerträglich, dass Fir-
35 men, die Geschäfte mit der für den Völkermord in Darfur verant-
36 wortlichen sudanesisch Regierung machen, in Deutschland aus
37 Steuermitteln finanzierte öffentliche Aufträge erhalten. In diesem
38 Zusammenhang ist der Ausschluss von jenen Unternehmen von
39 der Vergabe öffentlicher Aufträge notwendig, wenn diese mit (A)
40 der Zentralregierung des Sudan, (B) Firmen, an denen die Zen-
41 tralregierung des Sudan direkt oder indirekt Rechte hat, (C) von
42 der sudanesisch Zentralregierung beauftragte Konsortien oder
43 Projekte, oder (D) Firmen, die jenen Konsortien oder Projekten
44 beteiligt sind, Geschäfte pflegen. Ausgenommen hiervon sind Un-
45 ternehmen, deren Hauptanliegen im Sudan darin besteht, huma-
46 nitäre Hilfsgüter oder Dienste zu leisten - darunter fallen Medika-
47 mente oder Medizinische Gerätschaften, landwirtschaftliche
48 Güter, Hilfen zur Infrastruktur oder Bildung, Informationen oder
49 Informationsmaterial, Dienste von strikt kirchlicher oder berich-
50 tender Natur, Nahrungsmittel und Kleidung, sowie Geschäfte mit

⁶ http://www.sudandivestment.org/docs/efficacy_glance.pdf

⁷ http://sudandivestment.org/docs/japan_pr_final.pdf ; Zu der Rolle PetroChinas im Sudan
vergleiche: http://www.sudandivestment.org/docs/petrochina_cnpc_sudan.pdf

⁸ Vergleiche hierzu <http://www.sudandivestment.org/position.asp#efficacy>

1 der süd-sudanesischen Regionalregierung. Laut Informationen
2 der Sudan Divestment Task Force machen deutsche und europäi-
3 sche Firmen in hohem Maße fragwürdige Geschäfte mit der suda-
4 nesischen Zentralregierung in Khartum.⁹ Die Bundesregierung
5 sollte zu diesem Zweck eine öffentliche einsehbare „Schwarze
6 Liste“ erstellen, auf welcher alle Unternehmen aufgeführt sind, die
7 die oben genannten Kriterien erfüllen und somit von öffentlichen
8 Aufträgen ausgeschlossen sind.

10 **Weitere Forderungen:**

11 Was muss darüber hinaus getan werden, um den Völkermord in Dar-
12 fur zu beenden? Die SPD tritt für die Umsetzung der 3 sogenannten
13 SOS-Ziele durch die deutsche Bundesregierung ein. SOS steht für:

14 **Schutz der Zivilbevölkerung.**

15 **Organisation einer politischen Lösung.**

16 **Strafverfolgung der Kriegsverbrecher.**

18 **Schutz der Zivilbevölkerung:**

- 19 1. Eine uneingeschränkte Unterstützung der AU-UN Hybridtruppe
20 durch die Bundesregierung. Dies umfasst finanzielle, logistische,
21 geheimdienstliche, technische und personelle Komponenten wie
22 z.B. die Bereitstellung von Aufklärungsgerätschaften durch die
23 Bundeswehr (z.B. Drohnen), um ein realistisches Bild von Militär-
24 aktionen und Angriffen auf die Zivilbevölkerung zu erhalten. Die
25 sudanesischen Regierung muss wissen, dass sie ihre brutale Poli-
26 tik nicht länger unter einem Mantel der Unwissenheit verbergen
27 kann.
- 28 2. Deutschland muss sein politisches Gewicht innerhalb der UN für
29 eine konsequente Durchsetzung des in Resolution 1591 be-
30 schlossenen Verbots aller offensiven militärischen Flüge einset-
31 zen. Jeglicher Verstoß gegen das Verbot muss unmittelbar der
32 Öffentlichkeit mitgeteilt werden.
- 33 3. Eine Aufstockung der humanitären Hilfe für die betroffenen Men-
34 schen in Darfur, dem Tschad sowie der Zentralafrikanischen
35 Republik.

37 **Organisation einer politischen Lösung:**

- 38 1. Die Bundesregierung sollte einen Sonderbeauftragten einsetzen,
39 der das Parlament und die Öffentlichkeit monatlich über die hu-
40 manitäre, politische und militärische Lage informiert. Er soll sich
41 mit seinen europäischen, amerikanischen UN und AU Kollegen
42 koordinieren, um Vorschläge für konkrete deutsche Beiträge zu
43 einer Beendigung des Darfur Völkermords zu formulieren.

⁹ Eine detaillierte Aufstellung aller im Sudan tätigen und unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten fragwürdigen Unternehmen lässt sich unter <http://www.sudandivestment.org/reportrequest.asp> anfordern. Anfragen durch die Menschenrechtsorganisation *Genocide Alert* bezüglich der Geschäftspolitik oben genannter deutschen Unternehmen gegenüber der Regierung des Sudan blieben bis zum heutigen Tag unbeantwortet..

- 1 2. Deutschland muss den Druck auf die Volksrepublik China erhö-
2 hen (wünschenswerter Weise im Konzert der EU), um diese zu
3 einer härteren Haltung gegenüber dem Sudan zu bewegen.
- 4 3. Deutschland sollte sich an einer finanziellen Unterstützung zum
5 Wiederaufbau Darfurs und der nationalen Versöhnung der betei-
6 ligten Stämme beteiligen, um eine Zukunftsperspektive für die
7 Region aufzubauen.

8

9 Strafverfolgung der Kriegsverbrecher:

- 10 1. Deutschland muss den Internationalen Strafgerichtshof in Den
11 Haag, deutlich über das bisherige Maß hinaus, mit allen angefor-
12 derten Mitteln unterstützen.
- 13 2. Deutschland muss im Rahmen der EU alle Konten von angeklag-
14 ten Kriegsverbrechern und deren Gefolgsleute einfrieren, welche
15 nicht mit dem Internationalen Strafgerichtshof kooperieren.
- 16 3. Deutschland muss den Internationalen Strafgerichtshof aktiv bei
17 der Anklage weiterer Kriegsverbrecher zur Seite stehen, und dies
18 gegebenenfalls finanziell unterstützen.

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

angenommen:**abgelehnt:****überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** F 1
2 **Antragsteller:** KV Herford
3 **Betreff:** Vertrauen in Politiker stärken – Transparenz schaffen – Korruption
4 verhindern
5

6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7 Wir fordern eine erhöhte Transparenz bei sog. Nebentätigkeiten von
8 Politikerinnen und Politikern.

9 Wir brauchen geeignete Instrumente, die verhindern, dass Politike-
10 rinnen und Politiker direkt nach dem Ende ihrer politischen Karriere
11 Positionen in den Bereichen der Privatwirtschaft bekleiden können,
12 für die sie vorher qua Amt direkt zuständig waren.

13 Zur Erreichung dieser Ziele schlagen wir folgende gesetzlichen
14 Maßnahmen vor:

- 15 1. Alle Abgeordneten werden dazu verpflichtet, jegliche Nebentätig-
16 keiten sowie damit verbundene Bezüge detailliert offen zu legen.
- 17 2. Der Gesetzgeber führt eine Übergangszeit (Karenzzeit) ein, die
18 einen nahtlosen Wechsel zu einer bezahlten Tätigkeit in der freien
19 Wirtschaft als Berater, Mitglied in Aufsichtsräten oder anderen
20 etwaigen Führungspositionen verhindert.

21 Die Regelung soll für folgenden Personenkreis gelten:

- 22 a. Mitglieder der Bundesregierung
- 23 b. parlamentarische Staatssekretäre
- 24 c. Mitglieder von Landesregierungen
- 25 d. Abgeordnete von Landtagen, des Bundestages und des
26 Europäischen Parlaments

27 Die Karenzzeit soll für den aufgeführten Personenkreis drei Jahre
28 betragen.

- 29 3. Bei der Entstehung von Gesetzen müssen Abschnitte, die direkt
30 von Vertretern der Wirtschaft oder Lobbyisten übernommen
31 wurden, besonders gekennzeichnet werden.

32 Darüber hinaus führt die SPD auf Kreisebene einen Ehrenkodex für
33 alle künftigen Land-, Bundestags- und Europaabgeordneten ihrer
34 Partei ein. Dieser beinhaltet eine Karenzzeit von drei Jahren für eine
35 berufliche Tätigkeit in einem Gebiet, mit dem die oder der Abgeordne-
36 te in ihrer/seiner parlamentarischen Tätigkeit betraut war. Auszuneh-
37 men sind Tätigkeiten, die schon vor dem Antritt oben genannter poli-
38 tischer Ämter durchgeführt wurden. Außerdem werden zukünftige
39 Abgeordnete dazu verpflichtet, Nebeneinkünfte, deren Herkunft und
40 Höhe, detailliert offen zu legen.

41

Empfehlungen der AK:

**Überweisung an
Landesvorstand**

1 Begründung:

2 Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politikerinnen und
3 Politiker schwindet. Diese Erfahrung machen nicht nur Spitzenpoliti-
4 ker, sondern vielfach auch kommunale Mandatsträger und Parteimit-
5 glieder, die mit dem Zorn der Bürger auf „die Politiker“ direkt konfron-
6 tiert sind.

7 Die Ursachen für diesen Vertrauensverlust sind vielschichtig und
8 nicht immer rational zu erklären. Einer der augenscheinlichen Gründe
9 ist jedoch sicherlich, dass viele Volksvertreter – direkt im Anschluss
10 an ihre politische Tätigkeit – in die private Wirtschaft wechseln, um
11 dort ihre bestehenden Kontakte und Netzwerke, den gesellschaftli-
12 chen Einfluss und die politische Erfahrung zu versilbern. Geschieht
13 dies bei einem Unternehmen aus dem Bereich, mit dem der Betref-
14 fende vorher in seiner Tätigkeit als Minister, Abgeordneter o.ä. direkt
15 zu tun hatte, so kann nicht ausgeschlossen werden, dass eben dies-
16 ses Unternehmen direkt oder indirekt von den gesetzgeberischen und
17 anderen Entscheidungskompetenzen des ehemaligen Amtsträgers
18 begünstigt wird und gar massiv profitiert. Hierbei geht es um mehr als
19 das berühmt berüchtigte „Geschmäcke“, sondern um mangelnde
20 Transparenz und den Verdacht von Vorteilsnahme und Korruption.

21 Mit großem Unbehagen erleben wir tagtäglich auch, dass Politikerin-
22 nen und Politiker bereits während ihrer aktiven Amtszeit in der freien
23 Wirtschaft als Berater, Aufsichtsratsmitglieder oder anderen Füh-
24 rungspositionen entgeltlich tätig sind. Die bestehenden Regelungen
25 zur Veröffentlichung der Einnahmen aus Nebentätigkeiten halten wir
26 für unzureichend.

27 So sehr Politiker beteuern, ihre verschiedenen Tätigkeiten voneinander
28 zu trennen, so wenig nachvollziehbar und transparent ist es doch. Um
29 hier Abhilfe zu schaffen, ist es erforderlich, eine gesetzliche Regelung
30 zu schaffen, die Lobbyismus eindämmt, Korruption verhindert und
31 das Vertrauen in die Politik und ihre Akteure nachhaltig wieder her-
32 stellt. Andere Staaten (z.B. Schweden) haben bereits Karenzzeit-Mo-
33 delle eingeführt und machen damit durchweg positive Erfahrungen.

34 Wir, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, verstehen uns seit
35 Alters her als Interessenvertretung der einfachen – in der Regel als
36 Arbeitnehmer tätigen – Bevölkerung. Wir sind keine Marionetten der
37 großen Konzerne. Wir müssen alles dafür tun, dass das Vertrauen in
38 die Sozialdemokratie und die von ihr vertretenen Grundwerte gestärkt
39 wird.

40 Daher fordern wir – im Sinne einer funktionierenden Demokratie –
41 höchstmögliche Transparenz!

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51 **angenommen:****abgelehnt:****überwiesen an:**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** F 2
2 **Antragsteller:** UB Kreis Soest
3 **Betreff:** Bürokratieabbaugesetz II
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Der Landesparteitag lehnt das „Bürokratieabbaugesetz II“ entschie-
7 den ab. Dieses Gesetz ist bürgerunfreundlich, weil es weniger
8 Rechtsschutz für die Bürgerinnen und Bürger bringt. Die Abschaffung
9 des Widerspruchsverfahrens führt zu mehr gerichtlichen Auseinan-
10 dersetzung und wird die Verwaltungsgerichte überlasten.

11
12 **Begründung:**

13 Zum 01. November 2007 ist das sogenannte „Bürokratieabbaugesetz
14 II“ in Kraft getreten. Damit hat das Land NRW das Widerspruchs-
15 verfahren für fast alle Bescheide im Behördenverkehr mit dem Land
16 und den Kommunen abgeschafft.

17 Aufgabe des Widerspruchsverfahrens war es bisher, die Recht- und
18 Zweckmäßigkeit eines Verwaltungsakts zu überprüfen. Zudem hatte
19 der Widerspruch oftmals aufschiebende Wirkung. Der Widerspruch
20 war ein wertvolles Instrument zur nachträglichen Überprüfung von
21 komplizierten Bescheiden der Verwaltungsbehörden.

22 Wer sich zukünftig gegen einen Bescheid der Verwaltung wehren will,
23 muss direkt beim Verwaltungsgericht klagen. Nach Ablauf der Klage-
24 frist ist der Bescheid bestandskräftig und unanfechtbar.

25 Bei offensichtlichen Fehlern des Bescheids oder bei der tatsächlichen
26 Veränderung einer Angelegenheit durch den Zeitablauf erscheint der
27 direkte Gang vor die Verwaltungsgerichte unangemessen. Die bür-
28 gerunfreundlichen Folgen des Bürokratieabbaugesetzes II sind u.a.:

- 29 • deutliche Mehrarbeit für die Verwaltungsgerichte und damit
30 längere Wartezeiten bis zu einer Entscheidung;
- 31 • Gerichtskostenvorschuss (mindestens 75€) und Anwaltskosten;
- 32 • erhebliche psychologische Hürden, den Gerichtsweg zu
33 beschreiten;
- 34 • der Klageweg ist auch bei offensichtlich einfachen Mängeln des
35 Bescheides erforderlich;
- 36 • die Fachkompetenz und der persönliche Kontakt der Verwaltung
37 mit dem Bürger geht im Klageverfahren verloren.

38
39
40
41
42
43
44

angenommen: **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

**Erledigt bei Annahme A1 –
Fassung AK**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** F 3
2 **Antragsteller:** UB Kreis Soest
3 **Betreff:** Landespersonalvertretungsgesetz
4

5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Der Landesparteitag fordert die SPD auf, sich dafür einzusetzen, die
7 Mitbestimmungsrechte von Personalräten wieder zu stärken. Dazu
8 gehört, die Verschlechterungen im Landespersonalvertretungsgesetz
9 durch die gelb-schwarze Landesregierung wieder zurück zu nehmen.
10 Nordrhein-Westfalen braucht wieder ein modernes Landespersonal-
11 vertretungsgesetz, wie es von den SPD-geführten Landesregierun-
12 gen über die vielen Jahre entwickelt worden ist.

13 Wir wollen starke Personalräte, weil wir auf die Kompetenz und die
14 Verantwortungsbereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
15 setzen.

16

17 **Begründung:**

18 Das Landespersonalvertretungsgesetz hat sich in Jahren bewährt.
19 Den 650.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und ihren
20 gewählten Personalräten - im Land und in den Kommunen - bietet es
21 die notwendigen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte, die ein
22 modernes Personalvertretungsgesetz braucht, damit Verhandlungen
23 auf gleicher Augenhöhe möglich sind. Grundlage des Gesetzes ist
24 das vertrauensvolle Miteinander von Personalvertretung und
25 Dienststellenleitung. Auf gleicher Augenhöhe sind die schwierigen
26 Anpassungsprozesse der letzten Jahrzehnte und Jahre in den
27 Verwaltungen des Landes und der Kommunen erfolgreich bewältigt
28 worden.

29 Das neue Landespersonalvertretungsgesetz der gelb-schwarzen
30 Landesregierung unter Rüttgers bewirkt dagegen drastische Ein-
31 schränkungen der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst. Was dies
32 genau heißt, haben die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
33 zahlreicher Behörden im Kreis Soest erfahren müssen, deren Arbeits-
34 plätze der „Verwaltungsstrukturreform“ der Landesregierung zum
35 Opfer gefallen sind. Beispielsweise ist bei Kündigungen nur noch eine
36 eingeschränkte Anhörung notwendig, bei Abmahnungen fällt sie
37 gänzlich weg. Es gibt keine Mitbestimmung mehr bei Umsetzungen
38 und Probezeiten. Außerdem gibt es keine Einflussmöglichkeiten mehr
39 für die Personalräte bei Privatisierungsentscheidungen.

40

41

42

43

44

45

46 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

Annahme in geänderter Fassung.

**Zeile 10:
Streichen:**
~~wieder~~

**Zeilen 11f.:
Ersetze:**
~~wie es...worden ist.~~

Durch:
Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert, in Abstimmung mit dem DGB, einen Gesetzesentwurf für ein novelliertes LPVG einzubringen.

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** **F 4**
2 **Antragsteller:** **UB Rhein-Erft-Kreis**
3 **Betreff:** **Beamtentum**

4
5 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

6 Die NRWSPD bekennt sich zu den Grundsätzen des Berufsbeamten-
7 tums und der damit verbundenen verfassungsmäßigen Alimentation.
8 Dies bedeutet, dass die Besoldung und Versorgung entsprechend der
9 Entwicklung den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen
10 Verhältnissen anzupassen ist.

11 Ihr zukünftiges Tun und Handeln wird sich hieran ausrichten.

12

13 **Begründung:**

14 Die letzte Anpassung der Beamtenbesoldung und der Versorgungs-
15 bezüge fand zum 1. August 2004 statt.

16 Seit dem hat es keine lineare Erhöhung mehr gegeben.

17 Stattdessen wurde das Urlaubsgeld und die Jubiläumszuwendung
18 komplett gestrichen sowie die Jahressonderzuwendung (Weihnachts-
19 geld) seit 2003 massiv gekürzt.

20 Weitere Einkommensverluste für Beamtinnen, Beamte, Ruhestands-
21 beamte und Witwen von Ruhestandsbeamten gab es durch die Kür-
22 zungen bei der Beihilfe und durch die Einführung der Kostendämp-
23 fungspauschalen.

24 Hierzu kommt eine Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf
25 41 Stunden.

26 Diesen Sachverhalt haben das Oberverwaltungsgericht Münster und
27 das Verwaltungsgericht Arnberg in ihren Entscheidungen als
28 verfassungswidrig festgestellt.

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

Ablehnung

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: F 5**
2 **Antragsteller: Landesvorstand**
3 **Betreff: Der gesellschaftspolitische Stellenwert des Sports**
4 **für die NRWSPD**

5
6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7
8 **Der Landesparteitag beschließt den Antrag „Der gesellschafts-**
9 **politische Stellenwert des Sports für die NRWSPD“ als Diskus-**
10 **sionsgrundlage zur Erarbeitung einer sportpolitischen Position**
11 **in einem künftigen Regierungsprogramm**
12

13 **Präambel**

14 Sport ist ein wichtiges Kulturgut unserer Zeit und unserer Gesell-
15 schaft.

16 Deshalb formuliert die NRWSPD die Bedeutung des Sports für unser
17 Land und die Chancen und Möglichkeiten, die wir zur Weiterentwick-
18 lung unseres Gemeinwesen durch und mit Sport sehen.

19 Wir beschreiben in diesem Positionspapier, welchen gesellschaftspo-
20 litischen Stellenwert wir dem Sport zuschreiben und welchen Anfor-
21 derungen wir uns darum heute und in Zukunft verpflichtet wissen.

22 Diese sportpolitische Positionen der NRWSPD erfüllen folgende
23 Funktionen:

- 24 - Formulierung der Bedeutung und des Stellenwerts des Sport für
25 die SPD in NRW
26 - Orientierung und Diskussionsgrundlage zur Positionsbestimmung
27 für alle Gliederungen der Partei
28 - Argumentationshilfe und Kernthesen für die politische Willensbil-
29 dung vor Ort

30 Wir hoffen, dass dieses Positionspapier sowohl Orientierung bietet,
31 als auch zum kritischen Dialog und Handeln anregt.

32
33

34 **1. Die NRWSPD weiß um die nachhaltige Wirksamkeit von**
35 **Integration durch Sport**

36 *Sport bietet den Menschen exzellente Möglichkeiten, ethnische,*
37 *kulturelle und soziale Grenzen und Unterschiede zu überwinden.*

38 *Dadurch fördert der Sport das friedvolle Zusammenleben der Bür-*
39 *gerinnen und Bürger und trägt zur Bewältigung vielfältiger gesell-*
40 *schaftlicher Probleme bei.*

41 Wenige Gesellungsformen in unserem Alltagsleben bieten so viel-
42 fältige Möglichkeiten wie der Sport, sich mit der Nation, der Gesell-
43 schaft, dem Gemeinwesen, der Heimat zu identifizieren.

Empfehlungen der AK:

**Erledigt bei Annahme F5 –
Fassung AK**

1 Sport begeistert und spricht viele Menschen an, weil der Sport in ver-
2 stehbaren und nachvollziehbaren Regeln organisiert ist und weil
3 Sport Verständigungsmöglichkeiten bietet, die Grenzen überwinden.

4 Ob als aktiver Sportler, als interessierter Zuschauer am Fernseh-
5 schirm, oder als ambitionierter Zuschauer am Spielfeldrand – Dabei-
6 sein ist das Wichtigste – Dazugehören verbindet.

7 Aktives Sporttreiben bietet Austausch und Begegnung und überwin-
8 det sozial-kulturelle Unterschiede. Im Sport werden auch die Men-
9 schen integriert, denen die Gesellschaft vielerorts mit Vorbehalten
10 begegnet.

11 Sport ist in unserer Gesellschaft, sowohl für die Menschen vor Ort als
12 auch bei internationalen Begegnungen und Wettbewerben, ein
13 praktisches Erprobungsfeld für die elementaren Werte Respekt,
14 Fairness und Toleranz.

15 **Die NRWSPD weiß und schätzt, dass der Sport Menschen ver-**
16 **bindet und eine nachhaltige integrative Wirksamkeit in und für**
17 **unserer Gesellschaft hat.**

18 **Die NRWSPD wird sich nachhaltig dafür einsetzen, dass der**
19 **Sport eine seiner Wirkkraft entsprechende Beachtung erfährt**
20 **und wirtschaftlich abgesichert wird.**

21

22

23 **2. Die NRWSPD fördert die Selbstständigkeit bürgerschaft-** 24 **lichen Engagements im Sport**

25 *Sport lebt vom ehrenamtlichen Engagement!*

26 *Da bürgerschaftliches Engagement wesentlich das Sozialkapital*
27 *unserer Gesellschaft ausmacht, fördert und unterstützt die NRWSPD*
28 *die vertrauen- und toleranzstärkenden Beiträge der Aktiven im Sport.*

29 In Sportvereinen, also in Netzwerken engagierter Bürgerinnen und
30 Bürger, treffen Menschen aufeinander, die in einer dauerhaften, ge-
31 meinsamen Unternehmung Nutzen für sich und die anderen Betei-
32 ligten erarbeiten und realisieren.

33 Dieses bürgerschaftliche Engagement von Vereinen erbringt positive
34 Effekte, die als wesentliche Schlüsselfaktoren für die Funktionsfähig-
35 keit unserer Demokratie wichtig sind.

36 Die NRWSPD fördert dieses ehrenamtliche Engagement als wichtig-
37 en Beitrag einer vitalen Bürgergesellschaft und deren Zusammen-
38 wirken mit einem aktivierenden partnerschaftlichen Staat.

39 **Die durch ehrenamtliches Engagement erworbenen Kompeten-**
40 **zen wie Aufmerksamkeit und Initiative, sowie Organisationsfä-**
41 **higkeit und Respekt verbreiten sich durch die Beteiligten über**
42 **den Sport hinaus und stellen einen wesentlichen Beitrag zur de-**
43 **demokratischen und politischen Kultur unseres Gemeinwesens**
44 **dar.**

45

46

47 **3. Die NRWSPD setzt sich für Chancengerechtigkeit im** 48 **Sport ein**

49 Da Sport ein unverzichtbares Kulturgut ist, muss vielen Menschen ein
50 chancengleicher Zugang zum Sporttreiben möglich sein. Zur Unter-

1 stützung dieses Anspruchs tritt die NRWSPD weiterhin für die Ge-
2 währleistung einer durch öffentliche Mittel geförderte Sportinfrastruk-
3 tur ein.

4 Die positive Anziehungskraft des Sports ist, ob für Zuschauer vor
5 dem Bildschirm oder als Aktiver auf dem Bolzplatz im heimatlichen
6 Viertel, ungebrochen groß.

7 Der Anspruch der Sportorganisation „Sport für alle“ wird nur zu
8 realisieren sein, wenn auch ein chancengerechter Zugang für alle
9 möglich ist.

10 Die NRWSPD wird nachhaltig dafür Sorge tragen, die folgenden Zu-
11 gangsbedingungen für aktives Sporttreiben von jung und alt sicherzu-
12 stellen:

- 13 - vielfältige Sport- und Bewegungsangebote vor Ort, die unkompli-
14 ziert zu erreichen sind
- 15 - sozialverträgliche Mitgliedsbeiträge
- 16 - Identifikationsmöglichkeiten durch den Sport,

17 **Die NRWSPD wird sich dauerhaft dafür einsetzen, dass chancen-**
18 **gerechte Zugangsbedingungen im Sport ein gelingendes**
19 **Miteinander der Menschen in allen Städten, Gemeinden und**
20 **Stadtteilen in NRW möglich machen.**

21

22

23 **4. Die NRWSPD steht für Chancengleichheit und** 24 **Humanität im Leistungssport**

25 *Bei der Förderung des Leistungssports unterstützt die NRWSPD alle*
26 *Aktivitäten, bei denen besonderer Wert auf Chancengleichheit beim*
27 *Entdecken von Talenten gelegt wird. Wir treten für einen humanen*
28 *Leistungssport ein, bei dem Respekt, Toleranz und Unversehrtheit im*
29 *Vordergrund stehen.*

30 Leistungs- und Spitzensportler sind als Vorbilder Auslöser für viele
31 Menschen, selbst aktiv Sport zu treiben.

32 Internationale sportliche Erfolge, Welt- und Olympiamedaillen sind
33 Identifikations- und Aushängeschilder der Nation und liefern Mög-
34 lichkeiten für jeden, ein Wir-Gefühl mit der eigenen Nation zu erleben.

35 Um Talente zur Entfaltung zu bringen benötigen die Athletinnen und
36 Athleten sozial- und strukturell - stabile Lebensbedingungen. Insofern
37 brauchen die Talente die Gesellschaft, und die Gesellschaft braucht
38 die Talente.

39 Gerade der Leistungssport ist auf die Zusammenarbeit mit Wirtschaft
40 und Industrie elementar angewiesen.

41 Als NRWSPD wollen wir uns daran beteiligen, Talente aus allen ge-
42 sellschaftlichen Schichten, unabhängig von Geschlecht und Herkunft,
43 aufzuspüren und förderliche Bedingungen anzubieten, damit sich
44 sportliche Talente in unserer Gesellschaft weiter entfalten können.

45 Wir stehen für einen humanen Leistungssport und fühlen uns insbe-
46 sondere dem Schutz Minderjähriger verpflichtet. Wir unterstützen alle
47 Aktivitäten der Sportorganisationen, die vor Missbrauch und Überfor-
48 derung schützen und vorbeugend wirken. Einrichtungen und Institu-
49 tionen, deren Aktivitäten sich gesundheitsbewusst auf das soziale,

1 psychische und physische Wohlbefinden der Leistungssportler kon-
2 zentrieren, erfahren unsere besondere Anerkennung.

3 **Die NRWSPD fördert und unterstützt den Sport, dessen Leis-**
4 **tungsorientierung auf humanitären Werten und Chancengerech-**
5 **tigkeit fußt.**

6
7

8 **5. Die NRWSPD stärkt das politische Engagement des Sports**

9 *Die NRWSPD unterstützt den organisierten Sport bei der Weiterent-*
10 *wicklung nachhaltiger Politikwirksamkeit.*

11 *Wir verstehen Sportpolitik als Querschnittsaufgabe, die nur durch und*
12 *in enger Kooperation mit den Politikbereichen Stadtentwicklung und*
13 *Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Gesundheitsförderung, Kin-*
14 *der- und Jugendpolitik, Bildungspolitik, Schulentwicklung sowie*
15 *Generationenpolitik weiterentwickelt werden kann.*

16 Eine starke Sportlobby muss die Bewegungs- und Sportinteressen
17 der Bürgerinnen und Bürger wirksam wahrnehmen.

18 Sport ist in dieser Zeit ganz besonders gefordert, seine konstruktive
19 Wirksamkeit gegen Bewegungsmangel, Übergewicht und als Erkran-
20 kungsprophylaxe einzulösen. Wir wissen, dass diese Bemühungen
21 gesellschaftlich nur Erfolg haben werden, wenn Sport als politische
22 Querschnittsaufgabe wahrgenommen und gepflegt wird.

23 Auswirkungen der Globalisierung, belastete Haushalte von Ländern
24 und Kommunen sowie zunehmende Konzentration auf Großprojekte
25 machen unverzichtbar, dass der Sport seine Interessenvertretung
26 nicht nur auf den Sport alleine beschränkt. Der Sport sollte seine
27 Kompetenzen für eine aktivierende Gestaltung des Gemeinwesens in
28 alle wichtigen politischen Handlungsfelder einbringen.

29 Die NRWSPD anerkennt das politische Engagement der Sportorgani-
30 sation zur Intensivierung des verpflichtenden Schulsports und auch
31 die präventiven und rehabilitativen Leistungen zur aktivierenden
32 Sozialvorsorge im Gemeinwesen.

33 Die NRWSPD begrüßt die aktive Beteiligung des Sports bei der Weiter-
34 entwicklung von Freizeit-, Sport- und Erholungsräumen vor Ort und
35 die Mitwirkung an der Ausdifferenzierung und Festlegung der Lebens-
36 und Sozialbedingungen.

37 **Die NRWSPD wird sich dafür einsetzen, dass das umfassende**
38 **gesellschaftspolitische Engagement der Sportorganisation in**
39 **den gesetzlichen Grundlagen auf allen Ebenen der Gesellschaft**
40 **einen angemessenen Niederschlag findet.**

41
42

43 **6. Die NRWSPD sieht gesellschaftliche Werte im Zentrum** 44 **des Sports**

45 *Zur Zukunftssicherung des Sports hält die NRWSPD für unverzicht-*
46 *bar, dass der Sport die gesellschaftlich akzeptierten Werte von*
47 *Gleichstellung, Nachhaltigkeit, Gemeinwohlorientierung und Fairplay*
48 *noch deutlicher ins Zentrum seiner Weiterentwicklung stellt.*

49 Trotz gesellschaftlicher Veränderungen und raschem Wandel ist es
50 dem Sport gelungen, seine Werte und Maßstäbe für ein friedvolles
51 und demokratisches Miteinander grundsätzlich aufrecht zu erhalten.

1 Dank der Korrektur- und Selbsthilfemaßnahmen findet im Sport kon-
2 tinuierlich eine Überprüfung von Allem statt, was die positive und
3 konstruktive Zukunftsgestaltung behindert, wie Unfairness, Doping-
4 missbrauch und unzulässige Ausgrenzung.

5 Die *NRWSPD* schätzt die gesellschafts- und kulturprägende Kraft des
6 Sports und wird den organisierten Sport darin unterstützen, die fol-
7 genden Entwicklungskriterien noch stärker in den Mittelpunkt des
8 konkreten Handelns zu stellen:

9 - Gleichstellung

10 In einer immer stärker diversifizierenden Gesellschaft und Welt fällt
11 es dem Einzelnen zunehmend schwerer, Haltepunkte und Orientie-
12 rungen zur eigenen Identitätsbildung zu entdecken. Durch und im
13 Sport sind gemeinsame Erfahrungen möglich, unabhängig von Her-
14 kunft, Geschlecht und sozialem Status.

15 - Nachhaltigkeit

16 Im Sport bieten sich den Menschen vielfältige Möglichkeiten, die
17 Prinzipien der Agenda 21 alltagspraktisch anzuwenden. So hat der
18 Einzelne die Chance, im Konkreten „Verantwortung gegenüber
19 Natur und Mensch“ zu übernehmen.

20 - Gemeinwohlorientierung

21 Gemeinwohlorientierung im Sport zeichnet sich dadurch aus, dass
22 Gemeinnutzen und Solidarität vor individuellem Nutzen gesetzt wer-
23 den. Der Sport bietet jedem Aktiven die Chance, sich für soziale
24 Gerechtigkeit im Miteinander vor Ort einzusetzen.

25 - Fairplay

26 In Anwendung des bedeutendsten Wertes im Sport, dem Fairplay,
27 lernen die Bürgerinnen und Bürger, dass es wert ist, Demokratie,
28 Integration und Chancengleichheit zum friedvollen Zusammenleben
29 innerhalb und außerhalb des Sports einzuüben.

30

31 **Die NRWSPD wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, den**
32 **Sport insgesamt, und insbesondere den organisierten Sport, in**
33 **der Erfüllung seines konstruktiven gesellschaftlichen Engage-**
34 **ments zu fördern.**

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49 **angenommen:**

abgelehnt:

überwiesen an:

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer: F 5 – Fassung AK**
2 **Antragsteller: Landesvorstand**
3 **Betreff: Der gesellschaftspolitische Stellenwert des Sports**
4 **für die NRWSPD**

5
6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7
8 **Präambel**

9 Sport ist ein wichtiges Kulturgut unserer Zeit und unserer Gesell-
10 schaft.

11 Deshalb formuliert die NRWSPD die Bedeutung des Sports für unser
12 Land und die Chancen und Möglichkeiten, die wir zur Weiterentwick-
13 lung unseres Gemeinwesen durch und mit Sport sehen.

14 Wir beschreiben in diesem Positionspapier, welchen gesellschaftspo-
15 litischen Stellenwert wir dem Sport zuschreiben und welchen Anfor-
16 derungen wir uns darum heute und in Zukunft verpflichtet wissen.

17 Diese sportpolitische Positionen der NRWSPD erfüllen folgende
18 Funktionen:

- 19 - Formulierung der Bedeutung und des Stellenwerts des Sport für
20 die SPD in NRW
21 - Orientierung und Diskussionsgrundlage zur Positionsbestimmung
22 für alle Gliederungen der Partei
23 - Argumentationshilfe und Kernthesen für die politische Willensbil-
24 dung vor Ort

25

26 **1. Die NRWSPD weiß um die nachhaltige gesellschaftliche**
27 **Integrationskraft des Sports**

28 Sport bietet den Menschen exzellente Möglichkeiten, ethnische, kul-
29 turelle und soziale Grenzen und Unterschiede zu überwinden.

30 Dadurch fördert der Sport das friedvolle Zusammenleben der Bürge-
31 rinnen und Bürger und trägt zur Bewältigung vielfältiger gesellschaftli-
32 cher Probleme bei.

33 Sport bietet vielfältige Möglichkeiten der Identifikation mit dem Hei-
34 matland, der Heimatstadt oder der Region und bietet damit auch
35 wichtige Ansätze für die Identifikation mit der Gesellschaft und dem
36 Gemeinwesen insgesamt. Sport bietet zudem die Plattform für eine
37 Verständigung, die Grenzen jeder Art überwindet.

38 Sport begeistert, spricht viele Menschen an, bietet Gesprächsstoff
39 und kann so in einer sich zunehmend individualisierenden Gesell-
40 schaft als Bindeglied fungieren.

41 Ob als aktiver Sportler, als Zuschauer am Fernsehschirm oder als Zu-
42 schauer am Spielfeldrand – Dabei sein ist das Wichtigste – Dazuge-
43 hören verbindet.

Empfehlungen der AK:

Annahme

1 Aktives Sporttreiben bietet Austausch und Begegnung und überwin-
2 det sozial-kulturelle Unterschiede. Im Sport werden auch die Men-
3 schen integriert, denen die Gesellschaft vielerorts mit Vorbehalten
4 begegnet.

5 Sport ist in unserer Gesellschaft, sowohl für die Menschen vor Ort als
6 auch bei internationalen Begegnungen und Wettbewerben, ein prakti-
7 sches Erprobungsfeld für die elementaren Werte Respekt, Fairness
8 und Toleranz.

9 **Die NRWSPD weiß und schätzt, dass der Sport Menschen ver-**
10 **bindet und eine nachhaltige integrative Wirksamkeit in und für**
11 **unserer Gesellschaft hat.**

12

13 **2. Die NRWSPD fördert die Selbstständigkeit bürgerschaft-** 14 **lichen Engagements im Sport**

15 Unsere Gesellschaft braucht ehrenamtliches Engagement! Die Arbeit
16 der vielen Sportvereine in NRW wäre ohne dieses ehrenamtliche En-
17 gagement nicht denkbar. Gerade im Bereich der Kinder- und Jugend-
18 arbeit leisten die Vereine eine hervorragende Arbeit, helfen die kultu-
19 rellen Grenzen zu überwinden und leisten damit einen wichtigen und
20 unverzichtbaren Beitrag zur Integration von Kindern und Jugendli-
21 chen mit Migrationshintergrund. Hierfür gebührt den ehrenamtlich
22 Tätigen unsere Anerkennung und unser Dank.

23 Die NRWSPD wird das Ehrenamt im Sport fördern und unterstützen.
24 Hierzu gehört die Förderung der Ausbildung und Qualifizierung von
25 Trainings- und Übungsleitern genauso wie die Unterstützung der Ver-
26 eine bei der Organisation ihrer Arbeit.

27 **Die durch ehrenamtliches Engagement erworbenen Kompeten-**
28 **zen wie Aufmerksamkeit und Initiative, sowie Organisationsfä-**
29 **higkeit und Respekt verbreiten sich durch die Beteiligten über**
30 **den Sport hinaus in Gesellschaft und Arbeitswelt und stellen ei-**
31 **nen Beitrag zur demokratischen und politischen Kultur unseres**
32 **Gemeinwesens dar.**

33

34 **3. Die NRWSPD setzt sich für Chancengerechtigkeit im** 35 **Sport ein**

36 Da Sport ein unverzichtbares Kulturgut ist, muss den Menschen ein
37 chancengleicher Zugang zum Sporttreiben ermöglicht werden. Der
38 Anspruch „Sport für alle“ wird nur zu realisieren sein, wenn auch ein
39 chancengerechter und gleichberechtigter Zugang für alle gewähr-
40 leistet ist.

41 Zur Unterstützung dieses Anspruchs tritt die NRWSPD weiterhin für
42 die Gewährleistung einer durch öffentliche Mittel geförderte Sport-
43 infrastruktur ein. Wir wissen, dass viele Kommunen auf Grund der
44 engen oder kaum vorhandenen finanziellen Spielräume vielfach nicht
45 aus eigener Kraft in der Lage sind, die Sportstätteninfrastruktur im
46 notwendigen Maße zu sanieren oder gar auszubauen. Die NRWSPD
47 setzt sich für Sanierung und den Ausbau von Sportstätten ein und
48 wird die erforderlichen Mittel bereitstellen.

49 Die positive Anziehungskraft des Sports ist, ob für Zuschauer vor
50 dem Bildschirm oder als Aktiver auf dem Bolzplatz im heimatlichen
51 Viertel, ungebrochen groß. Die Individualisierung der Lebens- und
52 Arbeitsbedingungen der Menschen führen auch dazu, dass das Be-

1 dürfnis nach zeitsouveräner Sportbetätigung jenseits von Sportverei-
2 nen mit festen Mitgliedschaften zunimmt. Insofern kommt neben der
3 Unterstützung der Arbeit der Vereine der Förderung des nichtorgani-
4 sierten Sports ein immer größere Bedeutung zu.

5 Die NRWSPD wird dafür Sorge tragen, die folgenden Zugangsbedin-
6 gungen für aktives Sporttreiben von jung und alt sicherzustellen:

7 - vielfältige Sport- und Bewegungsangebote vor Ort, auch jenseits
8 des organisierten Sports in Vereinen, die unkompliziert zu errei-
9 chen sind

10 - sozialverträgliche Mitglieds- und Nutzungsbeiträge

11 **Die NRWSPD wird sich dauerhaft dafür einsetzen, dass chancen-**
12 **gerechte Zugangsbedingungen im Sport ein gelingendes Mitein-**
13 **ander der Menschen in allen Städten, Gemeinden und Stadtteilen**
14 **in NRW möglich machen.**

15

16 **4. Die NRWSPD steht für Chancengleichheit und** 17 **Humanität im Leistungssport**

18 Bei der Förderung des Leistungssports unterstützt die NRWSPD alle
19 Aktivitäten, bei denen besonderer Wert auf Chancengleichheit beim
20 Entdecken von Talenten gelegt wird. Wir treten für einen humanen
21 Leistungssport ein, bei dem Respekt, Toleranz und Unversehrtheit im
22 Vordergrund stehen.

23 Leistungs- und Spitzensportler motivieren viele Menschen, selbst
24 aktiv Sport zu treiben.

25 Internationale sportliche Erfolge, Welt- und Olympiamedaillen sind
26 Identifikations- und Aushängeschilder und bieten Möglichkeiten für
27 jeden, ein Wir-Gefühl zu entwickeln.

28 Um Talente zur Entfaltung zu bringen benötigen die Athletinnen und
29 Athleten sozial- und strukturell - stabile Lebensbedingungen. Insofern
30 brauchen die Talente die Gesellschaft, und die Gesellschaft braucht
31 die Talente.

32 Gerade der Leistungssport ist auf die Zusammenarbeit mit Wirtschaft
33 und Industrie elementar angewiesen.

34 Als NRWSPD wollen wir uns daran beteiligen, Talente aus allen ge-
35 sellschaftlichen Schichten, unabhängig von Geschlecht und Herkunft,
36 aufzuspüren und förderliche Bedingungen anzubieten, damit sich
37 sportliche Talente in unserer Gesellschaft weiter entfalten können.

38 Die NRWSPD wird sich daher für die Schaffung weiterer Sportschu-
39 len in NRW einsetzen, in denen talentierte Kinder und Jugendliche
40 mit ihren sportlichen Fähigkeiten besonders gefördert werden und
41 gleichzeitig eine qualifizierte Schulausbildung erhalten, sind eine
42 wichtige und sinnvolle Ergänzung im System der Talentförderung in
43 den verschiedenen Leistungsstützpunkten im Land.

44 Wir stehen für einen humanen Leistungssport und fühlen uns insbe-
45 sondere dem Schutz Minderjähriger verpflichtet. Wir lehnen jede
46 Form von Doping im Sport ab. Doping ist nicht nur wettbewerbsver-
47 zerrend und widerspricht dem sportlichen Grundsatz des Fairplay,
48 sondern ist vor allem für die Gesundheit der Sportlerinnen und
49 Sportler gefährlich. Wir unterstützen daher alle Aktivitäten der Sport-
50 verbände im Kampf gegen Doping, setzen uns für die Ausweitung
51 von Dopingkontrollen auf allen Ebenen ein und werden die Leis-

1 tungssportförderung des Landes an eindeutige und klare Dopingklauseln knüpfen.
2

3 Wir unterstützen alle Aktivitäten der Sportorganisationen, die vor
4 Missbrauch und Überforderung schützen und vorbeugend wirken.
5 Einrichtungen und Institutionen, deren Aktivitäten sich gesundheitsbewusst auf das soziale, psychische und physische Wohlbefinden der
6 Leistungssportler konzentrieren, erfahren unsere besondere Anerkennung.
7
8

9 **Die NRWSPD fördert und unterstützt den Sport, dessen Leistungsorientierung auf humanitären Werten und Chancengerechtigkeit fußt.**
10
11

12

13 **5. Die NRWSPD stärkt das politische Engagement des Sports**

14 Wir verstehen Sportpolitik als Querschnittsaufgabe, die nur durch und
15 in enger Kooperation mit den Politikbereichen Stadtentwicklung und
16 Arbeitsmarktpolitik, Familienpolitik und Gesundheitsförderung, Kinder- und Jugendpolitik, Bildungspolitik, Schulentwicklung sowie
17 Generationenpolitik weiterentwickelt werden kann.
18

19 Eine starke Sportlobby muss die Bewegungs- und Sportinteressen der Bürgerinnen und Bürger sowohl im Bereich des organisierten
20 Sports wie auch im nichtorganisierten Sport wirksam wahrnehmen.
21

22 Sport ist in dieser Zeit ganz besonders gefordert, seine konstruktive
23 Wirksamkeit gegen Bewegungsmangel, Übergewicht und als Krankungsprophylaxe einzulösen. Wir wissen, dass diese Bemühungen
24 gesellschaftlich nur Erfolg haben werden, wenn Sport als politische
25 Querschnittsaufgabe wahrgenommen und gepflegt wird.
26

27 Wir sind uns bewusst, dass die teilweise stark belasteten Haushalte des Landes und der Kommunen und die zunehmende erkennbare
28 Tendenz der Konzentration auf Großprojekte die finanziellen Handlungsspielräume einschränkt. Die NRWSPD ermutigt daher alle Sporttreibenden,
29 die Sportvereine und –verbände sich einzumischen, die Bedürfnisse und Interessen des Sports offensiv zu vertreten und die
30 vorhandenen Kompetenzen für eine aktivierende Gestaltung des Gemeinwesens in alle wichtigen politischen Handlungsfelder einzubringen.
31
32
33
34
35

36 Die NRWSPD anerkennt das politische Engagement der Sportvereine und -organisation zur Intensivierung des verpflichtenden Schulsports
37 und auch die präventiven und rehabilitativen Leistungen zur aktivierenden Sozialvorsorge im Gemeinwesen und würde es begrüßen, wenn
38 die Sportvereine ihr zum Teil vorbildliches Engagement in den Schulen im Bereich der Offenen Ganztagschule auch auf die weiterführenden
39 Schulen ausdehnen würden.
40
41
42

43 Die NRWSPD begrüßt die aktive Beteiligung des Sports bei der Weiterentwicklung von Freizeit-, Sport- und Erholungsräumen vor Ort und
44 die Mitwirkung an der Ausdifferenzierung und Festlegung der Lebens- und Sozialbedingungen.
45
46

47 **Die NRWSPD wird sich dafür einsetzen, dass das umfassende gesellschaftspolitische Engagement der Sportvereine und -organisation in den gesetzlichen Grundlagen auf allen Ebenen der Gesellschaft einen angemessenen Niederschlag findet.**
48
49
50

51

6. Die NRWSPD stärkt und fördert den Sport von Kindern und Jugendlichen

Sport dient der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen und fördert deren Gesundheit. Es gibt eine wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen, die unter motorischen Störungen leiden, die unter Übergewicht leiden und sich in ihrer Freizeit nur wenig bewegen. Die Lebenssituation insbesondere in den Städten ist dadurch gekennzeichnet, dass es kaum Freiflächen zum Spielen, Toben und Sporttreiben gibt. Insbesondere für ältere Kinder und Jugendliche gibt es jenseits des organisierten Sports in den Vereinen kaum Angebote, wo sie spontan Sport treiben könnten. Der Weg in einen Sportverein ist nicht mehr selbstverständlich. Der Sport in der Schule ist damit häufig der einzige Ort, an dem Kinder aktiv mit Sport konfrontiert werden. Damit kommt dem Schulsport eine besondere Bedeutung zu.

Die NRWSPD wird sich dafür einsetzen, durch eine ausreichende Lehrerausstattung für den Sportunterricht zu gewährleisten, dass Sportunterricht im vorgesehen Umfang erteilt wird. Ein eventueller und ggf. kurzfristiger Mangel an Sportlehrerinnen und Sportlehrer muss durch qualifizierte Übungs- und Trainingsleiter/innen kompensiert werden. Darüber hinaus wird die NRWSPD die Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen weiter fördern und ausbauen. Das bereits angesprochene Förderprogramm zur Sportstättenanierung und –ausweitung ist auch für den Schulsport eine wichtige Voraussetzung für einen verlässlichen und qualifizierten Sportunterricht an den Schulen.

Die NRWSPD wird erfolgreiche kommunale Programme, wie beispielsweise das „Check-und Re-Check-Programm“, mit dem alle Kinder in der zweiten Schulklasse und erneut in der fünften Klasse auf ihr sportlichen und motorischen Fähigkeiten hin getestet werden, dahingehend prüfen, ob sie landesweit verpflichtend eingeführt werden sollten und könnten.

Die sportliche Ausbildung und Förderung von Kindern und Jugendlichen hat für die NRWSPD einen hohen Stellenwert sowohl im Hinblick auf die Gesundheitsförderung wie auch bezogen auf die durch den Sport vermittelten Werte wie Fairness und Toleranz. Die NRWSPD wird dem in ihrem politischen Handeln Rechnung tragen.

7. Die NRWSPD sieht gesellschaftliche Werte im Zentrum des Sports

Zur Zukunftssicherung des Sports hält die NRWSPD für unverzichtbar, dass der Sport die gesellschaftlich akzeptierten Werte von Gleichstellung, Nachhaltigkeit, Gemeinwohlorientierung und Fairplay noch deutlicher ins Zentrum seiner Weiterentwicklung stellt.

Trotz gesellschaftlicher Veränderungen und raschem Wandel ist es dem Sport gelungen, seine Werte und Maßstäbe für ein friedvolles und demokratisches Miteinander grundsätzlich aufrecht zu erhalten.

Dank der Korrektur- und Selbsthilfemaßnahmen findet im Sport kontinuierlich eine Überprüfung von Allem statt, was die positive und konstruktive Zukunftsgestaltung behindert, wie Unfairness, Doping und unzulässige Ausgrenzung.

1 **Die NRWSPD schätzt die gesellschafts- und kulturprägende**
2 **Kraft des Sports und wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen,**
3 **den Sport insgesamt in der Erfüllung seines konstruktiven**
4 **gesellschaftlichen Engagements zu fördern.**

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40 **angenommen:**

abgelehnt:

überwiesen an:

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** F 6
2 **Antragsteller:** AfA Landeskonzferenz
3 **Betreff:** Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand - Privatisierungen stoppen
4 (StoPPP)
5

6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7 Die NRWSPD setzt sich für eine Daseinsvorsorge (Kindererziehung
8 und Bildung, Gesundheit, Energie- und Wasserversorgung, Entwäs-
9 serung, Abfallbeseitigung, Verkehrsinfrastruktur) in öffentlicher Hand
10 ein.

11 Die SPD-Fraktionen im Landtag und in den Kommunen werden auf-
12 gefordert, die privatisierten oder teilprivatisierten Aufgaben der Da-
13 seinsvorsorge in NRW wieder zu kommunalisieren und den öffent-
14 lichen Dienst / die Eigenbetriebe so aufzustellen, dass sie die Aufga-
15 ben der Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger in guter
16 Qualität und zu günstigen Preisen anbieten.

17 Die Daseinsvorsorge darf nicht der Gewinnerzielung privater
18 Investoren und Unternehmen ausgesetzt werden.
19
20

21 **Begründung:**

22 Daseinsvorsorge bedeutet, dass der Staat (Bund, Länder und Ge-
23 meinden) seinen Bürgern öffentliche Leistungen (von Infrastrukturein-
24 richtungen und Bildungseinrichtungen über Krankenhäuser bis hin
25 zur Abwasserentsorgung) flächendeckend zu einer guten Qualität
26 und zu günstigen Preisen / Gebühren / Steuern bereit stellt und nie-
27 mand ausschließt. Über den Umfang und die Qualität der Daseins-
28 vorsorge entscheiden die Bürgerinnen und Bürger über ihre gewähl-
29 ten Vertreterinnen und Vertreter.

30 Die Daseinsvorsorge gehört nicht in die Hand von Unternehmen,
31 deren Ziel es ist, Gewinne zu erzielen. Das Ziel der Gewinnerzielung
32 führt dazu, eine Versorgung einzustellen, die nicht rentabel ist,
33 obwohl die Bürgerinnen und Bürger auf sie angewiesen sind.
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44

45 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

**Erledigt bei Annahme A1 –
Fassung AK**

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

1 **Antrag-Nummer:** F7
2 **Antragsteller:** AfA Landeskonzferenz
3 **Betreff:** Unternehmensverlagerungen verteuern - weitere NOKIA's
4 verhindern!
5

6 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

7 Die NRWSPD spricht sich dafür aus, dass Unternehmensverlage-
8 rungen zukünftig erschwert werden.

9 Verlagernden Unternehmen sollten die gesellschaftlichen Folgekos-
10 ten wie in Frankreich und Skandinavien auferlegt werden. Verlage-
11 rungskosten dürfen zukünftig nicht mehr als Steuer mindernde
12 Ausgaben geltend gemacht werden.

13 Die Mitbestimmung sollte dahingehend erweitert werden, dass
14 Unternehmensverlagerungen zukünftig nur noch durch eine Zwei-
15 Drittel-Mehrheit im Aufsichtsrat beschlossen werden können.

16 Die Förderrichtlinien in der EU sind zu vereinheitlichen und es ist
17 sicherzustellen, dass Verlagerungssubventionen ausgeschlossen
18 werden.

19

20 **Begründung:**

21 In Deutschland können Unternehmensverlagerungen im Vergleich zu
22 anderen europäischen Ländern sehr einfach und ohne große Kosten
23 durchgeführt werden. Hier sollten Hürden aufgebaut werden, die zum
24 einen den Beschluss zur Verlagerung erschweren und zum anderen
25 die gesellschaftlichen Folgekosten, die eine Verlagerung mit sich
26 bringt, den Betrieben auferlegt.

27 Die angesichts der geplanten Schließung des Nokia-Werks in
28 Bochum vom IG-Metall-Chef Berthold Huber geforderten gesetzlichen
29 Barrieren für Unternehmensverlagerungen ins Ausland: „In Deutsch-
30 land könnten Firmen viel zu einfach Standorte schließen und Men-
31 schen in die Arbeitslosigkeit entlassen“ werden uneingeschränkt von
32 der AfA geteilt. Unternehmen sollten deshalb per Gesetz an den
33 gesellschaftlichen Kosten solcher Aktionen beteiligt werden.

34 Die darüber hinausgehende Forderung Hubers, eine Erweiterung der
35 Mitbestimmungsrechte wie im VW-Gesetz, um Verlagerungen zu er-
36 schweren, wird ebenfalls uneingeschränkt unterstützt. Der Fall Nokia
37 zeigt, wie wichtig Regelungen nach dem Beispiel des VW-Gesetzes
38 sind, wonach für die Verlagerung von Standorten eine Zwei-Drittel-
39 Mehrheit im Aufsichtsrat notwendig ist. Wenn die Mitbestimmung in
40 Deutschland in diesem Sinne erweitert würde, könnte Nokia heute
41 nicht so mit Menschen umspringen.

42

43

44

45

46 **angenommen:** **abgelehnt:** **überwiesen an:**

Empfehlungen der AK:

**Annahme in geänderter
Fassung**

Streichen Zeilen 16 – 18

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
5. April 2008
Maritim-Hotel Düsseldorf

- 1 **Antrag-Nummer:** S 1
2 **Antragsteller:** Landesvorstand
3 **Betreff:** Änderung der Landessatzung

4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

	Aktuelle Satzungsformulierung	Änderungsvorschlag	Empfehlungen der Antragskommission
5			
6			
7	§ 5	§ 5	Annahme
8	(4) Anträge von Organisationsgliederungen und Regionalkonferenzen sowie Anträge von Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen und Foren (§ 10 Organisationsstatut) auf Landesebene an den Landesparteitag sind spätestens sechs Wochen vorher beim Landesvorstand einzureichen, ...	(4) Anträge von Organisationsgliederungen und <u>Regionen</u> sowie Anträge von ... <u>Die Ausübung des Antragsrechtes der Regionen zum Landesparteitag regeln die Regionen in ihren Satzungen oder Geschäftsordnungen.</u>	
9			
10			
11			
12			
13			
14			
15			
16			
17	§ 14	§ 14	Annahme
18	(2) Die Regionen koordinieren und unterstützen die politische Arbeit der Unterbezirke und deren Zusammenarbeit und organisieren den regionalen Interessenausgleich.	(2) Die Regionen koordinieren und unterstützen die politische Arbeit der Unterbezirke und deren Zusammenarbeit und organisieren den regionalen Interessenausgleich. <u>(2.1) Sie haben gegenüber dem Landesverband ein Personalvorschlagsrecht zur Aufstellung der Liste für die Wahl zum Europäischen Parlament sowie zur Aufstellung der Landesreservelisten bei der Wahl zum Landtag und zum Bundestag. Sie wählen die auf die Region entfallenden Mitglieder des Bundesparteirates und entscheiden über die Personalvorschläge zu den Reservelisten für die Regionalräten. Näheres regeln die Regionen in ihren Satzungen oder Geschäftsordnungen.</u> <u>(2.2) Die Regionen haben ein Personalvorschlagsrecht für die Reserveliste zu den Landschaftsverbänden.</u> <u>In einer gemeinsamen Konferenz entscheiden die zuständigen Regionen über die Reserveliste für die Landschaftsverbände.</u> <u>Diese Konferenzen setzen sich aus 100 in den Unterbezirken zu wählenden Delegierten zusammen. Die Einberufung der Konferenzen erfolgt durch den Landesverband.</u>	
19			
20			
21			
22			
23			
24			
25			
26			
27			
28			
29			
30			
31			
32			
33			
34			
35			
36			
37			
38			
39			
40			
41			
42			
43			
44			
45			
46			
47			
48			
49			
50			
51			

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25	<p>§14</p> <p>(4) Die Regionalkonferenz berät und entscheidet über Anträge der Organisationsgliederungen und entscheidet im Übrigen selbst über ihre Themen. Sie kann Beschlüsse und Anträge an den Landesvorstand, den Landesparteitag und den Bundesparteitag richten.</p> <p>Sie hat gegenüber dem Landesverband ein Personalvorschlagsrecht für die Region zur Aufstellung der Landesreservelisten bei der Wahl zum Landtag und zum Bundestag, zur Aufstellung der Liste für die Wahl zum Europäischen Parlament, sowie für die Reserveliste für die Wahlen zu den Landschaftsverbänden. Sie entscheidet über die Personalvorschläge zu den Regionalräten und wählt die auf die Region entfallenden Mitglieder des Parteirates.</p>	<p>§14</p> <p>(4) Die Regionalkonferenz berät und entscheidet über Anträge der Organisationsgliederungen und entscheidet im Übrigen selbst über ihre Themen. Sie kann Beschlüsse und Anträge an den Landesvorstand, den Landesparteitag und den Bundesparteitag richten.</p> <p>Sie hat gegenüber dem Landesverband ein Personalvorschlagsrecht für die Region zur Aufstellung der Landesreservelisten bei der Wahl zum Landtag und zum Bundestag, zur Aufstellung der Liste für die Wahl zum Europäischen Parlament, sowie für die Reserveliste für die Wahlen zu den Landschaftsverbänden. Sie entscheidet über die Personalvorschläge zu den Regionalräten und wählt die auf die Region entfallenden Mitglieder des Parteirates.</p> <p>Sie entscheidet über die Satzung oder die Geschäftsordnung der Region.</p>	Annahme
---	---	---	----------------

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen an: